

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 21. März 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Aus Mißverständnis in den Weltkrieg.

Die konservative Presse gibt sich den Anschein, als sei es ihr ganz unfaßlich, daß Lord Churchill in seiner Flottenrede Deutschland gemahnt habe, doch im Wettstreit sich gewisse Reserven aufzuerlegen. Werde das deutsche Wettstreit doch nur den Erfolg haben, daß England seinen Vorsprung unter allen Umständen einzuhalten entschlossen sei. Eine Ueberlegenheit der englischen Flotte gegenüber Deutschland von 60 Proz. sei das Mindestmaß des englischen Rüstungstempos, und in bezug auf die Dreadnoughts, die modernen Schlachtschiffe, werde England sogar ein Vantempo einschlagen müssen, durch das das Verhältnis von zwei zu eins zwischen den beiden Flotten hergestellt werde.

Die „Deutsche Tageszeitung“ spottet über Lord Churchill als den anmaßlichen „Praeceptor germaniae“, den Flotten-Schulmeister Deutschlands. Die Churchill'sche Rede lasse nur seine Selbstüberschätzung überaus drastisch hervortreten und sei für Deutschland nur eine Mahnung, unbestimmt um englische Einwirkungen lediglich nach den eigenen Bedürfnissen seine Flottenbauten einzurichten. Auch die „Kreuz-Zeitung“ springt höchst unwirsch mit dem Ersten Lord der Britischen Admiralität um. Sie zieht aus dessen Rede das Resümee, daß „England den Ausbau seiner Flotte in der Hauptsache nicht betreibe zum Schutze seiner vitalen Interessen, sondern unter dem Gesichtspunkte der Weiterentwicklung Deutschlands zu einer Weltmacht zu hindern.“

Es ist eine recht ruhige Tonart, die von der agrar-konservativen Presse gegenüber England angeschlagen wird. Sie ist um so unbegründeter, als in den Vorlesungen des Lord Churchill tatsächlich mancherlei durchaus Beachtliches enthalten ist. Denn mit Recht hat Lord Churchill darauf hingewiesen, daß Englands Position lediglich auf seiner herrschenden Seestellung beruhe. Sei doch England nicht nur genügend die Nahrungsmittel über See zu beziehen, sondern habe doch auch England nur eine so kleine Armee, daß es keinerlei Invasionen gegen einen europäischen Staat auszuführen in der Lage sei. Einzig von der maritimen Suprematie hänge also Englands Weltmachtstellung ab. Das ist so einleuchtend und so richtig, daß auch die offiziöse „Kölnische Zeitung“ eingestehen muß, daß Churchills Rede absolut nichts Provokierendes für Deutschland enthalte. Englands Besorgnis gegenüber Deutschland und sein eiferfüchtiges Bemühen, Deutschland möglichst eine doppelte Ueberlegenheit zur See entgegenzustellen, sei nur leider auf das Verkennen der deutschen Absichten, auf ein beklagenswertes Mißverständnis zurückzuführen.

Das also ist die Regierungsweisheit! Aus einem Mißverständnis heraus betreiben Deutschland und England ein aberwitziges maritimes Wettstreit gegeneinander. Und wenn es einmal zum mörderischen Kriege zwischen Deutschland und England kommen sollte, so ist das nach der uralten Weisheit letzten Endes nur auf das bedauerliche Verkennen der wahren Absichten der beiden Staaten gegeneinander zurückzuführen.

Es gibt keine beikendere Satire, als diese Beateuerungen eines Mißverständnisses in der deutschen offiziellen Presse. Als ob solche Mißverständnisse nicht zu vermeiden gewesen wären! Im vorigen Jahre waren es englische Staatsmänner, die einen Rüstungstillstand auf maritime Gebiete bei der deutschen Regierung anregten. Ein englischer Staatsmann war es, der der Hoffnung Ausdruck gab, daß mit dem Jahre 1911 die Hochflutmarke des Seerüstens für Deutschland erreicht sei. Der „Vorwärts“ bezeichnete diese Hoffnung damals allerdings als Illusion des englischen Ministers. Das Jahr 1912 und die neuen Flottenvorlagen haben dem „Vorwärts“ recht gegeben. Sollen doch drei neue Schlachtschiffe in den nächsten Jahren mehr gebaut werden, als in den bisherigen Absichten des Flottengehebes und der Flottenovellen lag. Auch darf nicht vergessen werden, daß es kein anderer als Herr von Bethmann Hollweg war, der die von England angebotene Rüstungsverständigung in der brüsktesten Weise durch seine bekannte Reichstagsrede ablehnte. Der deutsche Reichskanzler stellte sich damals, im März 1911, auf den nächsten Machtpunkt. Von den gottgewollten Abhängigkeiten gegenüber der christlichen Lehre war damals bei ihm keine Rede, vielmehr bekannte er sich politisch zum Darwinismus, indem er erklärte, daß nun einmal der Satz gelte, daß der Schwache die Beute des Starken werde. Wollte oder könne ein Volk seine Rüstungsausgaben nicht mehr bestreiten, so rüde es in das zweite Glied, so sinke es in die Rolle des Statisten zurück. Und da Deutschland inzwischen durch das neue Flottenprogramm der mehr zu bauenden drei Schlachtschiffe diese Theorie Theobalds in die brutale Realität übertragen hat, ist es kein Wunder, daß England an die nachdrücklichste Gegenwehr denkt.

Daß die Kölnische Offiziöse das Mißverständnis „Englands heuchlerisch bedauert“, kennzeichnet nur die Unfähigkeit der politischen Lage um so drastischer. Oder ist es etwa

nicht unsäglich abgeschmackt, daß nach der offiziellen Lesart die ganze politische Hochspannung zwischen Deutschland und England, das auf die Dauer die beiderseitigen Finanzen zerrüttende Wettstreit nur auf ein „Mißverständnis“ zurückzuführen sein soll? Welch sonderbares Mißverständnis! Deutschland geht von der mißverständlichen Auffassung aus, daß England beabsichtige, sich der wirtschaftlichen Konkurrenz der deutschen Industrie und des deutschen Handels durch einen Gewaltstreik zu entledigen. England befürchtet, daß Deutschlands unerlötes Wettstreit keiner anderen Absicht entspringe, als Englands Kolonialweltbeherrschung zu vernichten und wertvolle Kolonien dem zu schaffenden deutschen Imperialgebiete einzuverleiben.

Im Ernst: Gönndete es sich wirklich nur um ein Mißverständnis, so müßte sich dieses Mißverständnis nur zu leicht lösen lassen. Und es würde sich leicht lösen lassen, denn daß England in Wirklichkeit gar nicht daran denken kann, die Handelsrivalität Deutschlands auszuhalten zu wollen, ergibt sich schon daraus, daß viele, viele hunderte Millionen englischer Exporte gerade in Deutschland Absatz finden, daß England also seiner eigenen Industrie den sähersten Schlag verziehen würde, wollte es der deutschen Konkurrenz auf anderen Weltmarktgebieten wegen Deutschlands wirtschaftliche Kauf- und Expansionskraft schädigen. Auf der anderen Seite trägt Deutschland durch sein unablässiges, alle flottengefährlichen Festlegungen immer wieder von neuem zersprengendes Wettstreit gesichtlich dazu bei, in Englands Kolonialkreisen die Auffassung zu erwecken, als ob Deutschland tatsächlich darauf spekuliere, Englands Kolonialbeherrschung zu brechen und wesentliche Teile der englischen Kolonien in seinen Besitz zu bringen.

Das alles sind nur „Mißverständnisse“ — sollen nach den beiderseitigen offiziellen Darstellungen der deutschen und englischen Regierung nichts als Mißverständnisse sein. Leider sind es höchst verhängnisvolle Mißverständnisse, die zur jährlichen Vergendung ungeheurer Nationalwerte führen, die die Rüstungsausgaben bis zum Wehrlücken der Nationen anschwellen lassen, die schließlich bis zum Staatsbankrott oder aber zum Völkerverleugern führen müssen!

Und das sollen in der Tat nur „Mißverständnisse“ sein? Ach nein, es sind keine Mißverständnisse, sondern es ist die zielbewusste Hebe der privilegierten Ausbeuterkräfte der beiden Nationen gegeneinander. Es ist das aberwitzige va banque-Spiel der an der Weltpolitik und an dem Wettstreit und schließlich auch an dem internationalen Massenmord finanziell interessierten kapitalistischen Kreise, das dies unsäglich „Mißverständnis“ und seine unausbleiblichen Folgen verurteilt.

Unsere kapitalistische Gesellschaftsordnung hat ja die Dinge so eigenartig gestaltet, daß das Wohl und Wehe der Volksgesamtheit keineswegs zusammenfällt mit den Interessen der politisch herrschenden und der ökonomisch dominierenden Ausbeuterschichten. Kriege, die namenloses Elend über die große Masse bringen, können immer noch den herrschenden Klassen reiche Vorteile verheihen. Aber selbst wenn es nicht so wäre: die chauvinistische Verwirrung hat innerhalb unserer Kapitalistenkreise einen derartigen Umfang angenommen, daß wir gewissen panzerplattenpatriotischen und weltpolitisch interessierten Kreisen zuliebe jederzeit in den verhängnisvollsten Weltkrieg gestürzt werden können!

Und das alles nur politischer „Mißverständnisse“ wegen! Wenn nach den offiziellen Auslassungen die politische Verwirrung der herrschenden Klassen derartig gemeindefähliche Dimensionen angenommen hat, wäre es doch wirklich an der Zeit, daß das Volk sich seines politischen Einflusses erinnere und den ratlosen Diplomaten und den weltpolitischen Abenteurern endlich das Heft aus der Hand nimmt! Die internationale Arbeiterklasse ist zu schade dazu, um solch grotesker Mißverständnisse wegen mit Blut und Gut die unsäglich Opfer internationaler Völkerverleugung zu bezahlen! Die Volksmassen werden deshalb in Deutschland nicht minder wie in England und Frankreich dafür zu sorgen haben, daß dem weltpolitischen Rüstungswahn endlich die ihm längst gebührende Zwangsjacke angelegt wird!

Nach dem Kampf im Ruhrgebiet.

Die Belegschaften befolgen den Beschluß der Revierkonferenz, am Mittwoch die Arbeit wieder aufzunehmen, ohne Widerspruch. Auf einzelnen Zechen vollzog sich Mittwoch früh die Anfahrt der Streikenden ohne jede Zwischenfälle. So wurde dem Arbeiterauschuss der Zeche Hamburg mitgeteilt, daß die Streikenden wieder an ihre alten Plätze zurückkehren könnten. Andere Schächte wiesen die Arbeiter einweisen zurück. Wie es den Anschein hat, warten die Zechenbesitzer allgemein erst auf Order vom Zechenverband, sie haben deshalb den Arbeitern gesagt, sie sollten nachmittags einzeln wegen Arbeit nachmals anfragen. Wieder andere Zechen schreiten schon zu Maßregelungen. Auf Zeche Kollern wurde der gesamte Arbeiterauschuss, der für die Belegschaft sprechen sollte, gemahregelt, und es verlautet, daß dort sämtliche Funktionäre der Bergarbeiterverbände entlassen werden sollen. Von der Zeche Hannibal werden zwei Maßregelungen gemeldet. Auf den fiskalischen Wöllerschächten sollen die

Leute ihre Papiere erhalten, denen durch Postkarte ihre Entlassung für den Fall angedroht worden war, daß sie bis Sonnabend nicht anfahren. Einzelne Zechen geben an, daß sie noch nicht alle Streikenden wieder beschärfen können.

Der angedrohte Abzug der sechs Strassschichten wirkt allgemein aufregend. Auf verschiedenen Zechen hat man beruhigend auf die Leute eingewirkt und ihnen in Aussicht gestellt, daß diese sechs Schichten bei der Lohnzahlung nicht in Abzug gebracht werden sollen.

Auch in der Mittags- und Abendschicht vollzieht sich die Arbeitsaufnahme in ruhiger Weise. Die Bergarbeiter haben meist die Arbeiterausschüsse vorgeführt, denen von den Zechenverwaltungen mitgeteilt wurde, daß die übrige Belegschaft Donnerstag früh oder mittags anfahren könne.

Viele Unorganisierte erklärten ihren Beitritt zur Organisation.

Die arbeiterfeindliche Presse, die Zentrums- und Bergarbeiterverbandes und gegen die Organisation zu inszenieren. Es wird ihr aber wirklich nicht gelingen, die wahren Gründe des Mißlingens des Streiks zu verbergen. Die wirtschaftliche Lage an sich war für einen Streik durchaus günstig. Das gibt auch die „Rhein-Westf. Ztg.“ zu, wenn sie schreibt: „Der Streik konnte nur gewonnen werden, wenn die gesamte Belegschaft mitgerissen wurde und wochenlang durchhielt.“ Wenn auch nicht die gesamte Belegschaft, wenn nur Dreiviertel der Belegschaften einige Wochen im Streik ausgehalten hätten, so war der Erfolg des Streiks sicher. An den ersten Streiktagen aber hatte es den Anschein, als ob der weitestgrößte Teil der Belegschaften mitgerissen wurde. Und wenn diese einige Wochen durchgehalten hätten, wäre sicher ein so empfindlicher Kohlenmangel eingetreten, daß die Zechenbesitzer sich eines Besseren besinnen müßten.

Dafür gibt übrigens die „Rhein-Westf. Zeitung“ einen interessanten Beleg. In einer Zuschrift, die sicher aus dem Zechenvereinsbureau stammt, gibt sie den Förderausfall an Kohlen für die einzelnen Streiktage auf pro Tag von 110 730 Tonnen bis zu 165 750 Tonnen an, bei einer sonstigen durchschnittlichen Förderung von täglich 280 000 Tonnen. Der Gesamtförderausfall wird für die acht Streiktage auf 1 162 830 Tonnen im Werte von 12 Millionen Mark berechnet. Interessant ist nebenher, daß der durch die Verminderte Förderung entgangene Reingewinn mit 0,75 M. pro Tonne auf 827 122 M. berechnet wird. Bei regulärer Förderung also 200 000 M. Reingewinn pro Tag. Ein ganz respektables Stimmchen! Sollte da eine kleine Lohnerhöhung für die Bergarbeiter wirklich nicht möglich sein?

Warum die Voraussetzungen zum Gelingen des Streiks nicht eintreten, ist hinlänglich bekannt. Sätten die Christlichen sich am Streik beteiligt, so wäre die allgemeine Beteiligung der Bergarbeiter so groß gewesen und von so starkem Eindruck, daß der Erfolg nicht ausbleiben konnte. Ihren Einwand, daß der Streik nur als Sympathiestreik für die Engländer eingeleitet worden sei, glaubt ihnen kein ernsthafter Mensch, auch nicht in Kreisen der Zechenbesitzer.

Die Nichtbeteiligung der Christlichen am Streik ist auf politische Einflüsse zurückzuführen. Das Zentrum ist nicht nur in Bayern Regierungspartei, es sitzt auch im Reich an der regierungsfremdlichen Sonnenseite. Die großen Herren im Zentrum hätte es jedenfalls arg verärgert, wenn die „christlichen Arbeiterführer“ in offener Streikrebellion diese Regierungsfremdlichkeit des Zentrums in Mißkredit gebracht hätten. Daß sie über diesem Bemühen, den artigen, frommen Staatsbürger zu spielen, jede Kameradschaft mit ihren eigenen Leuten so weit vergaßen, daß sie nicht allein den Streikbruch proklamierten, sondern sich heifer schrien nach Entsendung von Militär, ist als ein besonderes Kennzeichen ihrer „Arbeitervertretung“ anzusehen. Die „Rhein-Westf. Ztg.“ verweist ihnen denn auch wegen dieses schamlosen Verhaltens eine schallende Ohrfeige, indem sie schreibt:

„Bisher war niemals Militär nötig, d. h. dann nicht, wenn auch die Christlichsozialen streikten. Wenn aber die Arbeitswilligen (lies Christlichsozialen) Militärschutz verlangen, dann ist es etwas ganz anderes, als wenn die Zechen ihn verlangen. In die richtige Politik übertragen lautet das: Wenn die ultramontane Partei Militär verlangt, muß es kommen und sonst nicht. Es bleibt aber wichtig, daß hier die Zentrums- und Sozialdemokratische Partei einmal mit größter Energie nach militärischem Schutz für Arbeitswillige gerufen hat bei einem Streik, der — daran halten wir fest — nicht mehr an Einschüchterung und Bedrohung sah, als die meisten großen Bergarbeiterstreiks.“

Wir gratulieren zu dieser Charakteristik! Die Bergarbeiter mögen aber bei Betrachtungen über das Mißlingen des Streiks sich nicht durch die von den Gegnern beliebten Gerabsetzungen der Führer betören lassen, sondern in tatsächlicher Würdigung der Verhältnisse denen die Schuld zumessen, die sie wirklich haben.

Streikjustiz.

Nachdem in Bochum am Montag von der eigens gebildeten Strafkammer bereits zwei von den bisher dort anhängig gemachten 97 Anklagen verhandelt sind, wurde am Dienstag vom Schöffengericht in Herne mit den Aburteilungen der Anklagen gemacht.

Zwei jugendliche Arbeiter aus Jäfern besuchten ihren Onkel in Herne. Sie trafen ihn vor dem Hause an. Raum hatten sie ihn begrüßt, als sie auch schon für verhaftet erklärt

Die Insertions-Gebühr

Belästigt für die sechsgeheiligte Kolonial- gelie oder deren Raum 90 Wg. für politische und gemischthaltige Vereins- und Berührungskräfte 30 Wg. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 20 Wg. (zweiwöchige 2-fachgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Wg. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Wg., jedes weitere Wort 5 Wg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anträge für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

wurden. Der als Zeuge vernommene Schuhmann wußte nichts anderes zu betonen, als folgendes: Ich sah die Leute an der Hausdecke, an der Seite stehen und ritt auf sie zu. Ich fragte: Na, was habt Ihr denn da zu stehen? Worauf ich zur Antwort erhielt: Wir wohnen hier. Ich sagte dann: Na, dann kommt mal mit, und beachte sie beide zur Wache. — Auf die Frage des Richters, ob der Zeuge versucht habe festzustellen, ob die Angabe der Leute zuträfe, antwortete der Zeuge mit Nein. Und das Urteil? Der eine Angeklagte erhielt zwei Wochen, der andere 10 Tage Haft. Eine Frau, die „Streikbrecher“ gerufen hatte, wodurch zwei Arbeitswillige sich beleidigt fühlten, wurde zu einem Monat Gefängnis verurteilt!

Das Schöffengericht Castrop, das am Sonnabend 18 Leute wegen der Worte „Pfu“ oder „Streikbrecher“ zu ein bis zwei Monaten Gefängnis verurteilt hatte, scheint also für die Urteilungen tonangebend werden zu sollen.

Der Oberbürgermeister von Dortmund.

Aus Dortmund wird uns geschrieben: Herr Dr. Eichhoff, der Oberbürgermeister von Dortmund, ist in einen mißlichen Verzicht gekommen. Von ihm wurden dieser Tage in der Presse und selbst im Parlamente Dinge erzählt, die man schlechterdings von einem preussischen Oberbürgermeister nicht erwarten darf. Es wurde ihm rühmend nachgesagt, er habe gegen die Verwendung des Militärs in Dortmund Protest erhoben, er habe auch gestattet, daß die Streikenden selbst durch mit weicher Binde kenntliche Leute für Ordnung sorgten. In Dortmund ist hiervon nichts bekannt. Der Bürgermeister selbst wendet sich gegen die Annahme, er habe Ordnung mit weicher Binde gestiftet. Aber auch Militär war in der Stadt. Die häßlichen Lokale waren mit Militär angefüllt. Und bei alledem hat es an blutigen Vorkommnissen nicht gemangelt. Zwar hat Dr. Eichhoff bei einem früheren Streik einmal erklärt, er stehe prinzipiell auf dem Standpunkt, daß die Polizei in wirtschaftliche Kämpfe nicht eingreifen habe. Die Theorie ist ganz nett, aber von der Praxis wissen die Dortmunder Arbeiter zu erzählen. Dortmund ist aus früheren Jahren berüchtigt durch seine Polizeischlägen. Und die letzte Woche hat hinlänglich bewiesen, daß der alte Geist noch immer nicht gewichen ist. Geradezu Schandhaft aber ist in Dortmund die Verwendung von Polizeihunden gegen die Streikenden. Vor diesen Bestien ist kein Mensch sicher, und sie haben auch manchen armen Teufel tödlich zugerichtet. So mancher hat in der letzten Woche seine Prügel von der Polizei erhalten, der nur durch Zufall Strafenpassant war und mit dem Streik auch nicht das geringste zu tun hatte. Das Militär wäre wahrscheinlich rücksichtsvoller gewesen, als die Dortmunder Polizei, die übrigens durch fremde Polizei verhäßt war.

Ein Schadenersatzanspruch gegen den Zechenverband.

Zehn Bergarbeiter klagten gegen den Zechenverband auf Schadenersatz, weil sie von dem Zechenverband auf die schwarze Liste gesetzt waren und es ihnen unmöglich war, Arbeit zu bekommen. Nach drei Jahren ist die Klage nun endlich entschieden. Das Landgericht Essen hatte am 20. April 1910 entschieden, daß die Klagen von zwei Bergarbeitern abzuweisen, dagegen die Klagen der acht übrigen Bergleute dem Grunde nach anzuerkennen seien, soweit sie einen Schaden über die sechste Woche der Arbeitslosigkeit hinaus erlitten hätten.

Gegen dieses Urteil legten Kläger und Beklagte Berufung beim Oberlandesgericht Hamm ein, das den Klageanspruch aller zehn Kläger im Prinzip anerkannte und zur Feststellung des den Klägern wirklich entstandenen Schadens die Sache an die Vorinstanz zurückverwies. Das endgültige Urteil des Landgerichts Essen ist nun ergangen. Der Zechenverband muß jedem der zehn Kläger einen Schaden in Höhe von 68,40 M. bis zu 762 M. ersetzen.

Ein christlicher Gewerkschaftsfunktionär erschießt einen Streikenden!

Dortmund, 20. März. (W. L. V.) In der vergangenen Nacht wurde der Vorsitzende des Christlichen Gewerkschaftskartells in Lünen von drei Streikenden überfallen, zu Boden geworfen und mit Säcken mißhandelt. Der Angegriffene rief um Hilfe und gab dann zwei Schüsse ab. Die Angreifer entflohen. Einer von ihnen stürzte von einem Schusse getroffen tot nieder. Der Angegriffene ist nach der polizeilichen Vernehmung freigelassen worden.

Der Streik im sächsischen Kohlenrevier.

Im Lugau-Deisnauer Revier hat die Bewegung noch nicht im geringsten nachgelassen. Wenn auch die Dienstags-Nachschicht keine nennenswerte Zunahme der Streikenden gebracht hat, so ist aus den Maßregeln der verschiedenen Werke zu erkennen, daß sich die Werksbesitzer in schwerer Verlegenheit befinden. Sie hatten nicht erwartet, daß die Königsreuen Knappen und die Mitglieder anderer gegnerischer Organisationen sich so zahlreich, wie geschehen, am Streik beteiligen würden. Auf verschiedenen Werken werden die drei Schichten zu einer zusammengelegt, um wenigstens eine nennenswerte Arbeiterziffer herauszubringen. Auf einigen Werken ist der Betrieb gänzlich eingestellt. Im Revier sind 60 Gendarmen mehr als sonst stationiert, die aber keine Arbeit haben und auch keine bekommen werden. Diesen Mangel suchen verschiedene Nebereifrige durch etwas heftigeres Vorgehen gegen die Streikposten wettzumachen. Besonders erschrecklich ist das große Interesse der Frauen für den Streik.

Die bürgerliche Presse verbreitet allerlei Schouergeschichten und faßt den Streik als bedeutungslos hinzustellen. Sie gibt kaum die Hälfte der Streikenden an. Im Revier streiken zurzeit 70 Proz. der Gesamtbelegschaft. Am Schuß der Streikbrecher beteiligen sich außer den Gendarmen die Werkbeamten, die in vielen Fällen mit Knäpeln bewaffnet sind, um die Arbeitswilligen vor eingebildeten Angeiffen zu schützen.

Im Auidauer Bergbaubezirk ist die Lage des Kohlenarbeiterkampfes unverändert günstig. Die Zahl der Streikenden, die bis jetzt ununterbrochen gestiegen ist, hat Mittwoch früh eine weitere erhebliche Steigerung erfahren und die Kampfstimmung der Bergleute hat deshalb an Frische noch gewonnen. Die Arbeiter sind überzeugt, daß die Zeit des Kampfes kaum günstiger gewählt werden konnte und sind voll Hoffnung, wenn es ihnen gelingt, weiterhin die Kolonnen der Streikbrecher wie bisher zu verkleinern, diesen Kampf mit dem notwendigen Erfolge zu Ende zu führen. Den Grubenbesitzern des Auidauer Reviers beginnt bereits das Feuer auf den Ägeln zu brennen. Die Belegschaften sind teilweise so arg zusammengeschnitten, daß selbst die Betriebsbeschränkungen und Beseitigung der Nachschichten nicht mehr als ausreichend angesehen werden kann. Die Dertzen beruhen neuerdings, Streikbrecher aus Böhmen anzuwerben. Es gelang den Streikenden, sich mit einem Abgesandten dieses Trupps in Verbindung zu setzen, um zu erreichen, daß dieser Trupp von Böhmen nicht abgeht.

Auf den Wilhelmshäuschen, wo fast 3000 Mann beschäftigt werden, sind nur etwa 100 angefahren. Auf dem Tiefenschacht, wo fast 1000 Bergarbeiter beschäftigt werden, sind nur 200 Streikbrecher

vorhanden. Auf dem Brückenbergschacht streiken rund 70 Proz. Auf dem Morgensternschacht sind Mittwoch früh nur 88 Mann angefahren, die Gesamtbelegschaft beträgt 1300. — Die Arminischen Schächte sind Mittwoch früh ebenfalls in großem Umfange ausständig geworden. 200 Bergleute sind Mittwoch früh nicht angefahren. — Auf dem Segen Gotteschacht sind Mittwoch früh nur 30 Bergleute angefahren.

Am Donnerstag nachmittag findet für die Bergarbeiter des dortigen Bezirks eine große Massensammlung statt. Die Polizei, die sich bisher ruhig verhalten hat, hat Dienstag verchiedentlich die Streikposten von den Werkseingängen verwiesen, obwohl sich diese ganz ruhig verhalten hatten. Ein Streikposten wurde verhaftet, der nichts anderes getan hatte, als einen Streikbrecher mit ruhigen Worten zur Teilnahme am Streik aufzufordern.

Wilde Bergarbeiterstreiks in Oberschlesien.

Breslau, 19. März. (Eig. Ber.) Gegen den Beschluß der Organisationen sind, wie schon kurz gemeldet, auf einer Anzahl ober-schlesischer Gruben wilde Bergarbeiterstreiks ausgebrochen. Auf der Charlotten-Grube in Czernig sind die Belegschaften nicht eingefahren. Von der Nachmittagschicht fehlten allein 90 Proz. Die Ursache zum Streik liegt in der Hauptsache an Bedingungen und schlechter Behandlung durch die Vorgesetzten. Einzelnen Bergleuten wurden in einem Monat bis zu 22 M. abgezogen.

Auf der fiskalischen Königin-Luise-Grube bei Zabrze, wo erst vor wenigen Wochen ein wilder Bergarbeiterstreik ausbrach, legten am Montagmorgen die Schlepper des Okfelbes wieder die Arbeit nieder. Am Dienstag stieg die Zahl der Streikenden ganz gewaltig. Der Ausbruch droht auch auf das Westfeld überzugreifen. Montag fehlten zur Nachtschicht auf dem Hermannschacht von 684 Mann der Belegschaft 319, auf dem Forembaschacht von 684 Mann 233. Dienstag in der Frühschicht fehlten auf dem Hermannschacht von 777 Mann 181, auf dem Forembaschacht fehlten von 702 Mann 225 und auf dem Georgschacht von 598 Mann 95.

Auf dem Montag auf der Konfordinergrube ausständig gebliebenen 200 Schlepper sind am Dienstag früh wieder vollständig eingefahren. Dagegen ist auf der Trausoldbergengrube in Mittel-Laziz die gesamte Belegschaft bis auf 18 Mann der Frühschicht am Dienstag ferngeblieben.

Die übergroße Zahl der Ausständigen ist unorganisiert. Die fünf an der Lohnbewegung der Bergarbeiter beteiligten Verbände haben einen gemeinsamen Aufruf erlassen, in welchem die Mitglieder aufgefordert werden, strenge Disziplin zu üben. Vor allem wird vor unüberlegten Handlungen gewarnt. Für Arbeitseinstellungen, die der Genehmigung entbehren, übernehmen die Verbände keine Garantie.

In Hannover.

Hannover, 20. März. Die Versammlung der Bergleute der fiskalischen Grube Wasinghausen, die heute nachmittag in Eggestorf stattfand, beschloß, im Ausstand zu verharren. Die Sicherheitsmänner des Arbeiterausschusses sollen morgen versuchen, mit der Gewerkschaftsverwaltung zu verhandeln.

In Böhmen.

Brag, 20. März. Der Streik im Brüger Kohlenrevier hat gestern an Ausdehnung gewonnen, da auf weiteren Schächten partielle Ausstände ausgebrochen sind. Die Gesamtzahl der Streikenden betrug gestern 3302.

Kohlenstreik in Ungarn.

Zolis, 20. März. Die Arbeiter der Ungarischen Allgemeinen Kohlenbergwerksgesellschaft haben Lohnforderungen eingereicht und wollen bei deren Ablehnung sofort in den Streik treten. Die Behörden haben um Entsendung von Militär ersucht. Die Ruhe ist bisher nirgends gestört worden.

In Frankreich.

Valenciennes, 20. März. Die Zahl der Ausständigen im Kohlenbezirk hat sich um ein Drittel vermehrt, nur in Denain hat die Zahl der Arbeitenden zugenommen.

Der Kampf in England.

London, 18. März. (Eig. Ber.) Die bürgerliche Presse will Zeichen der Ermattung bei den Bergarbeitern bemerkt haben. Ende letzter Woche hieß es, daß die Bergarbeiter Derbyshires gefonnen seien, die Arbeit wieder aufzunehmen und ihre Kameraden in Stich zu lassen. Letzten Sonntag hielten die Knappen Derbyshires darauf gewaltige Massenversammlungen ab, in denen diese Beschuldigung einstimmig zurückgewiesen wurde. Der Ursprung dieser Meldung ist vielleicht in den indiskreten Äußerungen eines alten Bergarbeiterführers von Derbyshire zu suchen. Aber auch das kann nicht mit Sicherheit behauptet werden; denn die Presse hat sich seit dem Anfang des Streiks erstaunliches Zusammengehörigkeitsgefühl. Heute heißt es, daß man in Schottland in einigen Gruben die Arbeit wieder aufnehmen wolle. Einige der Gruben sind den Bergarbeitern ganz unbekannt. Wie sich die Presse ihre Berichte zusammenschlingt, davon hatte ich erst letzten Sonntag ein Beispiel. Ich besand mich in Gesellschaft des Genossen Smilie, des Vizepräsidenten der Bergarbeiterföderation, der augenblicklich nebst dem Sekretär Ashton mit der Regierung und der Arbeiterpartei über die Gestaltung der Minimalvorlage verhandelt. Auf der Straße kam ein Zeitungsberichterstatter auf uns zu und wünschte von dem Beamten der Föderation etwas über die Situation zu erfahren. Genosse Smilie wandte sich gleich mit den Worten von ihm ab: „Ich kann Ihnen nichts mitteilen“. Zwei Stunden später tauchten wir eine Zeitung, die zu unserem größten Erstaunen ein langes „Interview mit Herrn Smilie“ brachte. Natürlich war alles erlogen und erfunden.

So unzuverlässig die optimistischen Berichte der englischen Presse über die Verhandlungen von dem Streik und von dem Fehlschlagen der gemeinschaftlichen Konferenz waren, so unzuverlässig sind jetzt ihre Berichte über den bevorstehenden Zusammenbruch des Streiks. Die Bergarbeiter stehen fest zusammen und alle Mitteilungen über die Absicht gewisser Kreise, sich vom Streik zurückzuziehen, um auf eigene Faust Frieden zu schließen, entbehren jeder wirklichen Grundlage.

Das Minimallohngesetz und die Bergarbeiter.

London, 20. März. (R. G.) Die Föderation der Bergarbeiter hat offiziell beschlossen, das vom Premierminister Asquith eingebrachte Minimallohngesetz nicht anzunehmen, falls nicht als Minimallohn 5 Schilling für Erwachsene und 3 Schilling für Knaben festgelegt wird. Die Föderation hat die Faktion der Arbeiterpartei im Parlament ersucht, in dieser Richtung Anträge in der heutigen Sitzung zu stellen.

London, 20. März. (W. L. V.) Eine Konferenz der über Tag arbeitenden Bergleute in Yorkshire und Derbyshire hat dem Führer der Arbeiterpartei, Ramsay MacDonald, telegraphisch mitgeteilt, daß die Konferenz, die 10000 Bergleute vertritt, beschlossen habe, den Streik noch nicht zu

beenden, wenn der Minimallohn nicht auch den über Tag arbeitenden Bergleuten bewilligt werden würde.

London, 20. März. (Privattelegramm des „Vorwärts“.)

Die Bergarbeiterkonferenz beschloß heute, daß die Minimallohnvorlage ohne ihre Minimallohnliste nicht annehmbar sei. Die Delegierten wandten sich sehr entschieden gegen die Vorlage in ihrer jetzigen Gestalt. Sie glauben, daß sie obligatorische Schiedsgerichte einführen. Vielleicht werden die Arbeiter schließlich die Vorlage annehmen mit der Bestimmung, die Arbeit nicht eher aufzunehmen, als bis die Höhe des Minimallohnes festgesetzt ist.

Keine Steuererleichterungen für die Minderbegüterten.

In der Robelle zum Einkommensteuergesetz, die eigentlich die Steuerverhältnisse organisch regeln sollte, hat die Regierung von einer Herabsetzung des existenzsteuerfreien Minimums Abstand genommen, nach wie vor soll die Steuerpflicht bei einem Einkommen von mehr als 600 M. beginnen. Dieses harte Festhalten an dem jetzigen Zustand ist um so verwunderlicher und um so bezeichnender für die sozialpolitische Einsichtslosigkeit und Fiskalität der Regierung, als bereits vor mehr als 30 Jahren, also zu einer Zeit, wo die Lebenshaltung unvergleichlich billiger war, die preussische Regierung die Steuerfreiheit aller Einkommen unter 1200 M. befürwortet hat! In dem Entwurf, den sie im Jahre 1882/83 dem Landtage unterbreitete, beantragte sie die Steuerbefreiung der vier untersten Klassensteuerverstufen, d. h. aller Einkommen unter 1200 M., und sie begründete das damit, daß die Befreiung nur der beiden untersten Stufen (bis zu 900 M.) unzureichend sei, daß nicht anerkannt werden könne, daß diese Kategorien ausschließlich oder vorzugsweise unter den mit der Veranlagung und Einziehung der Klassensteuer verbundenen Härten und Ungleichheiten zu leiden haben. Durch die Ausdehnung der Befreiung auf die dritte und vierte Stufe solle der zeitweilig in Frage kommende Steuererlaß in einer der Billigkeit und den Bedürfnissen der Rentisten unzulässig entsprechenden Weise geregelt werden. Wörtlich heißt es in der Begründung:

„Wenn auch in den vier untersten Stufen zweifellos viele Personen veranlagt sind, welchen die Aufbringung der Steuer leichter fällt als manchen in den höheren Stufen Besteuernten, so ist doch hierauf kein entscheidendes Gewicht zu legen, da jene Personen nicht von den übrigen getrennt werden können, bezüglich deren im allgemeinen anzunehmen ist, daß ein Jahreseinkommen, welches, richtig eingeschätzt, sich nicht höher als auf 1200 M. beläuft, bei den gegenwärtigen Preisen des Lebensunterhaltes ein so knappes Auskommen gewährt, daß die zur direkten Steuerzahlung erforderlichen Beiträge nur unter Einschränkung wirtschaftlich notwendiger Bedürfnisse zu erkräften sind; es wird daher die Freilassung von direkten Personalsteuern bis zu dieser Grenze als das nächste und dringendste Bedürfnis anzuerkennen sein.“

Dieses „nächste und dringendste Bedürfnis“ hat die Regierung vom Jahre 1912 und mit ihr die Steuerkommission des Abgeordnetenhauses entschieden verneint. Zu dem § 4, der am Dienstagabend von der Kommission beraten wurde, lagen eine Reihe von Anträgen vor. Am weitesten ging der sozialdemokratische Antrag, der die Steuerpflicht erst bei einem Einkommen von mehr als 1500 M. beginnen lassen wollte. Ein Antrag der Fortschrittler begnügte sich mit einer Herabsetzung der Grenze für das existenzsteuerfreie Minimum auf 1200 M., und ein nationalliberaler Antrag endlich verlangte lediglich die Steuerfreiheit für verheiratete Personen mit einem Einkommen von 900 bis 1050 M. Der sozialdemokratische Redner begründete seinen Antrag mit dem Hinweis auf die Vorgesichte des Gesetzentwurfs und bezeichnete es eigentlich als selbstverständlich, daß, wenn man zu Anfang der 80er Jahre ein Einkommen von 1200 M. steuerfrei lassen wollte, man dann heute angesichts der enorm gesteigerten Lebenshaltung und der Befastung des Volkes durch indirekte Steuern auf 1500 M. hinaufgehen müsse! Diesem Antrage wurde vom Zentrum widersprochen und der Ansicht Ausdruck gegeben, daß man das von sozialdemokratischer Seite angestrebte Ziel lieber durch eine weitere Ausdehnung des Kinderprivilegs zu erreichen suchen möge. Das Zentrum brachte auch einen entsprechenden Antrag ein.

Der Finanzminister erklärte den sozialdemokratischen Antrag, der einen Ausfall von 40,3 Millionen zur Folge haben würde, für ebenso unannehmbar wie den fortschrittlichen, demzufolge sich der Ausfall auf 18,6 Millionen belaufen würde. Auch innerlich, meinte er, seien die Anträge nicht begründet! Ihren früheren Standpunkt könne die Regierung heute nicht mehr vertreten, denn die Verhältnisse hätten sich geändert, die Steuerzahler seien bereits durch das Kinderprivileg erheblich entlastet! Auch dürfe die Steuerfreiheit nicht in zu großem Maße eintreten, der Staatsbürger mühte vielmehr durch ein gewisses Band von Pflichten mit dem Staat verbunden sein! Dieses sehr wichtige eifrige Band dürfe man nicht erschneiden, denn wer Rechte habe, der müsse auch Pflichten haben. Auf den Antrag des Zentrums könne er erst später zurückkommen, wenn sich dessen finanzielle Tragweite übersehen lasse.

Ein konservativer Redner sprach sich gleichfalls gegen die Anträge aus. Würde man die Steuern so sehr ermäßigen, so würde auch eine Änderung des Wahlrechts notwendig sein, man müsse dann für diejenigen, die keine Steuern zahlen, statt des Satzes von 3 M. einen höheren fingierten Satz einstellen. Aus dem Handgelenk lasse sich die Frage nicht lösen. Allerdings erlaube er an, daß die Grenze von 900 M. nach den jetzigen Steuerungsverhältnissen eine gewisse Verschlebung erfahren könne, aber andere Staaten erhöhen die Steuern ja schon von weit geringeren Einkommen. Auch auf den Antrag des Zentrums könnten sich die Konferenzen vorläufig noch nicht festlegen.

Der fortschrittliche Redner bezeichnete den sozialdemokratischen Antrag als einen Antrag, der sich keineswegs ein zu übermäßiges Ziel setze, er gab aber trotzdem der Ansicht Ausdruck, daß er einen solchen Schritt unter den heutigen Verhältnissen nicht für durchführbar halte. Tagagen bitte er, die Steuerpflicht bei 1200 M. beginnen zu lassen. Gewiß würde durch den fortschrittlichen Antrag ein Einnahmeausfall von 18,6 Millionen eintreten, aber der Staat könne diese Summe entbehren, und wenn das nicht der Fall sei, könne sie auf andere Weise wieder eingebracht werden. Er begreife nicht, wie man eine Forderung, die die Regierung vor 30 Jahren als gerechtfertigt ansah, jetzt fallen lassen könne, obwohl damals die Einnahmen des Staates keineswegs so hoch waren wie heute. Den Kommunen mühte man freilich auf alle Fälle das Recht geben, bereits bei einem Einkommen von 900 M. Steuern zu erheben, denn sonst würden ja alle Einwohner ein Wahlrecht haben, ohne für die Kommune selbst irgendwelchen Beitrag zu leisten.

Diesen Ausführungen trat der sozialdemokratische Redner mit der Bemerkung entgegen, wenn man grundsätzlich Anhänger des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts sei, dann dürfe man an das kommunale Wahlrecht keinen andern Maßstab an-

legen, als an das Wahlrecht zum Landtag und zum Reichstag. Nachdem noch ein nationalliberaler Redner sich gegen die Steuerfreiheit bis zu 1200 M. ausgesprochen hatte, wurde zunächst der sozialdemokratische Antrag mit allen gegen die Stimme des Antragstellers und hierauf der fortschrittliche mit allen gegen die Stimmen der Fortschrittler und des Sozialdemokraten abgelehnt. Das gleiche Schicksal erfuhr der nationalliberale Antrag, für den nur die Nationalliberalen, die Fortschrittler, der Sozialdemokrat und die Freikonservativen stimmten. Das Zentrum blieb auch diesem Antrag gegenüber bei seiner Taktik, zusammen mit den Jüngern jedes Entgegenkommen gegen die Rinderbrennereien abzulehnen. Ja, sogar ein weiterer sozialdemokratischer Antrag, der für die Einkommen bis zu 1500 M. wenigstens die Steuerzuschläge beseitigen will, fand keine Gnade vor den Augen der Kommission, die konservativ-meritale Mehrheit stimmte bis auf einen Vertreter des Zentrums gegen ihn. Damit ist jede Steuererleichterung für die Rinderbrennereien von der Kommission abgelehnt.

Vorher hatte die Kommission sich über die Frage unterhalten, ob die bisherigen Zuschläge beibehalten oder in den Tarif hineingearbeitet werden sollen. Von der Einarbeitung in den Tarif wollte niemand etwas wissen. Die Ansichten gingen nur darüber auseinander, einmal, ob die Zuschläge überhaupt weiter erhoben werden sollen, und zweitens, ob man die Regierung verpflichten solle, innerhalb einer bestimmten Frist eine neue Vorlage einzubringen. Mit großer Mehrheit beschloß die Kommission die Beibehaltung der Zuschläge, und zwar soll die Erhebung der Zuschläge als eine vorübergehende Maßregel angesehen werden, die nur so lange in Geltung bleibt, bis eine Neuordnung der Tarife erfolgt sein wird. In Wirklichkeit bedeutet dieser Beschluß die Verechtigung der Zuschläge, die ohne Zustimmung der Regierung nicht wieder beseitigt werden können, selbst wenn der gesamte Landtag das verlangen würde.

Aus dem braunschweigischen Landtag.

Aus Braunschweig wird uns geschrieben:

Am 5. d. M. ist der neue Braunschweigische Landtag wieder zusammengetreten. Er hat sich nicht etwa mit Feuerwerk in die Beratung der Wahlrechtsvorlage gestürzt, sondern plätschert noch immer in dem klaren Wasser der Etatsberatung. Dazwischen tauchen jedoch auch wieder interessante Einzelheiten auf, die große Schlaglichter auf die schier ungläubliche braunschweigische Miswirtschaft werfen.

So kam es wirklich wieder zu einer Prügeldebatte, freilich einer sehr einseitigen, da nur Prügelreue sich zum Worte melden und der Landtag überhaupt nur aus Prügelreue besteht. Obwohl der „Vollstrecker“ erst vor kurzem wieder eine schändliche Schullindermisshandlung feststellte, wurde dennoch im Landtag von zwei agrarischen Führern verlangt, daß unbedingt noch mehr geprügelt würde, da das Prügeln gesund sei!

Eine andere interessante Einzelheit förderte die Debatte über die Domänenzulage. Braunschweig besitzt große Domänen mit ausgezeichnetem Rübem-, Spargel- und Gemüseboden, wahre Goldgruben in der fruchtbarsten Gegend Norddeutschlands. Aus diesen Domänen wird jedoch herzlich wenig gelöst, sie sind nämlich die Domänen der herrschenden Vetternclique. Die Domänen werden der Vetternclique so billig überlassen, daß z. B. einer der bekanntesten Domänenpächter sich so nebenher ein Riesengut in Posen ankaufen konnte, aber dann nicht etwa die Domänenpacht in Braunschweig aufgab, sondern beibehielt. Ein Rittergutsbesitzer, der freiwillig Pächter bleibt! Was muß der Mann an der Pacht verdienen?

Im Landtag war es nun gerade ein agrarischer Führer, der gegen die billige Verpachtung auftrat. Die Domäne Bahrdorf z. B. ist mit 8,80 M. pro Morgen verpachtet. Der agrarische Führer verlangt nun eine Menge kleinerer Bauern, die bereit seien, 20 M. pro Morgen zu zahlen und 1200 Morgen sofort in Pacht zu nehmen. Der betreffende Agrarier verpflichtete sich selbst, 20 M. zu zahlen und noch ein glänzendes Geschäft zu machen. Bei 20 M. Pacht hätte der Pächter für das Gut 42.000 M. Pacht jährlich zu zahlen, während er in Wirklichkeit nur rund 18.600 M. zahlt. Er erhält also vom Staat eine Ergänzungsbeihilfe von 23.500 M. Dieses Beispiel genügt wohl, um zu zeigen, wie in Braunschweig die Vetternschaft gefüttert wird!

In der Nähe Braunschweigs, direkt vor der Stadt, mit bestem Spargelboden ist die Domäne Riddagshausen mit 17.000 M. (10 M. pro Morgen) verpachtet. Aus dem großen Hofstück löst der Pächter allein schon 10.000 M. Vom Boden verpachtet er einen großen Teil wieder an die Konfervenfabriken, die ihm 100 M. pro Morgen zahlen, während er nur 10 M. an den Staat abgibt. Das ist ein Geschäft!

Der Landtag hat nun endlich auch die Regierung ersucht, von dem Domänenland Teile an die Kleinbauern direkt abzugeben, die Regierung hat auch in Paris verkaufsfördernde Form eine wohlwollende Erwägung zugesagt, aber gleichzeitig erklärt, daß sie an dem bisherigen System der Domänenverpachtung nichts ändern werde. Es bleibt also alles beim Alten!

Ein anderer Mißstand ist die Jagdverpachtung oder vielmehr die Nichtverpachtung der Jagd in den Staatsforsten. Für die Jagd in den Park- und Wäldern lassen sich ganz enorme Jagdpächter erzielen. Die Regierung verzichtet jedoch auf Millionen und überläßt die Jagd den Förstern, nicht nur kostenlos, sondern sie zahlt ihnen noch Entschädigungen für den Wildabschlag! Man findet leicht den Schlüssel zu diesem Rätsel, wenn man erzählt, daß auch die Regierungsbeamten, voran die Herren Minister, freie Jagd haben! Der Landtag mußte zwar etwas auf, ließ sich aber mit leeren Redensarten abspesen.

Ganz rührend war wieder die Fürsorge des Landtages und der Regierung für die Pastoren. Der Kultus- und Justizminister Wolff erklärte, für die Pastoren und die Kirche dürfe nicht nur das Notwendige, da müsse das Auge messene bewilligt werden. Es wurde denn auch mit vollen Händen gespendet. Wie da gehaust wird, zeigt z. B. eine Position von 3150 M. für Prüfung der Kandidaten der Theologie. Für diese 3150 M. sind von 5 Konfessionsräten ganze zwei Kandidaten geprüft worden. In manchen Jahren werden sogar nur 0 Kandidaten geprüft.

Auch die außerordentlich große Menge höherer Beamten in dem kleinen Herzogtum wurde zur Sprache gebracht. Das schönste Beispiel für die Beschäftigungslosigkeit der Regierungsbeamten ist der Landjudikus, den sich der Landtag extra hält und dem noch ein Professor als Gehilfe zugesetzt ist. Diese Herren haben ein ganzes Jahr lang — der Landtag tagt ein ganzes Jahr lang nicht — überhaupt nichts zu tun. In dem Arbeitsjahr sind sie kaum 4 Monate beschäftigt. Seit 1908 hat der Landjudikus nur ein einziges juristisches Gutachten abgegeben. Sonst beschäftigt sich seine Arbeit darauf, die abgegebenen Stimmen zu zählen, also auf die Tätigkeit eines Schiffsführers. Er gehört aber zu den höchst bezahlten Beamten!

Dem Verlangen des Landtages, die Zahl der hohen Beamtenstellen einzuschränken, sagte die Regierung ein bestimmtes „Nein“ entgegen und der Landtag dürfte wie immer!

Wann endlich die Wahlreform zur Beratung kommt, läßt sich jetzt noch nicht absehen.

Der Krieg.

Die Friedensverhandlungen.

Konstantinopel, 20. März. Der englische Botschafter hat dem Minister des Aeußeren Asfin bei gestern einen Besuch abgestattet. Der Besuch soll, wie Tanin berichtet, bezweckt haben, die Pforte über die italienischen Vorschläge zu sondieren. Nach dem Besuche berieten die Minister des Aeußeren, des Krieges und des Innern über die Erklärungen des englischen Botschafters. Tanin findet den Schluppsatz des italienischen Abememoire, in welchem Italien sich bereit erklärt, die Gegenanschläge zu prüfen, welche die Mächte machen würden, um das Prestige und die Ehre der Türkei zu wahren, bedeutungsvoll und befriedigend.

Die türkischen Blätter beschäftigen sich eingehend mit den russischen Truppenkonzentrierungen. Tanin weist die Behauptung zurück, die Türkei bedrohe Rußland, und versichert, die türkischen Truppenbesätze würden keine Erhöhung erfahren.

Vom tripolitanischen Kriegsschauplatz.

Rom, 20. März. Wie vom 18. März gemeldet wird, näherten sich feindliche Abteilungen den italienischen Linien, wurden aber durch Artilleriefeuer unter Verlusten zurückgetrieben, während die Italiener keine Verluste hatten.

Tripolis, 20. März. Die italienischen Luftschiffe kreuzten gestern über den feindlichen Lagern bei Suani und Venaden, und warfen gegen dreißig Bomben herab, die mit sichtbarem Erfolg explodierten, trotzdem die Araber bei Annäherung der Luftschiffe nach allen Richtungen flüchteten. — In der Stadt finden sich immer mehr flüchtige Araber ein, teilweise mit Waffen und Munition, vielfach mit ihrem Vieh.

Benghasi, 20. März. Einem Flieger gelang es gestern, über dem feindlichen Lager mit Erfolg einige Bomben herabzuwerfen. Er befand sich in 700 Meter Höhe und bildete das Ziel feindlichen Gewehr- und Schrapnellfeuers, ohne jedoch getroffen zu werden.

Aairs, 20. März. (Melbung der Agence Havas.) Nachrichten aus guter Quelle, die direkt aus Tripolis stammen, stellen kategorisch in Abrede, daß die Türken in der Schlacht bei Benghasi eine große Niederlage erlitten hatten und daß mehr als 1000 Mann gefallen seien. Der Kampf sei lediglich ein Gefecht gewesen, in dem die Türken und Araber 80 Tote und Verwundete gehabt hätten.

Eine Interpellation im Unterhaus über die Kriegslage.

London, 20. März. Unterhaus. In Erwiderung auf eine Anfrage sagte Parlamentunderssekretär Acland: Staatssekretär Grey hat keine Mitteilung von einem Abkommen zwischen der italienischen und russischen Regierung bezüglich der Weiterführung des türkisch-italienischen Krieges erhalten. — Auf eine weitere Anfrage erklärte er, Staatssekretär Grey habe auch keine Mitteilung von der italienischen Regierung darüber, daß sie beabsichtige, den Kriegsschauplatz auszudehnen, und er könne nicht sagen, was ihre Absichten in dieser Beziehung seien. Wenn eine Nation Krieg führe, müsse sie selber auf ihre eigene Verantwortung hin ihre Operationen bestimmen, und die neutralen Mächte müßten sich ihre Aktionsfreiheit vorbehalten für den Fall, daß ihre eigenen Interessen in Mitleidenschaft gezogen würden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. März 1912.

Das Gesundheitsamt.

Aus dem Reichstag, 20. März. Die gestrige Nachtfröhen brachte Anstrengungen und Aufregungen. Aber heute ging der Reichstag mit neuem Mut an die Arbeit, an eine Arbeit, die schwierig und fast riesengroß erscheinen mag: das Kapitel „Gesundheitsamt“ zu überwinden, zu dem sich etwa 20 Redner gemeldet hatten. Die Abgeordneten durften indessen frohgemut sein, weil ihnen für diesen Tag eine Wiederholung der gestrigen Ueberdacht nicht drohte.

Zu Beginn gab es noch etwas wie eine Fortsetzung der Debatte, mit der die Nachtfröhen geschlossen hatte. Verschiedene Redner behandelten noch einmal den allerdings unerhörten Fall der zwei jüdischen Medizinalpraktikanten, bei dem sich die neuerliche Schneidigkeit des Herrn Dr. Delbrück so ausgezeichnet blamiert hatte. Der Antisemitismus Dr. Durckhardt fand alles gut und schön, während sogar der einseitige Befürworter von Kroll, der ganz Rechtsnational-liberale Dr. Becker, sich gegen solche Mißstände wandte. Der Fortschrittler Dr. Blund kam noch einmal gegen Abend auf die Angelegenheit zurück, aber der Staatssekretär ließ sich nicht mehr aus der fühligen Klettere hervorlocken, die er nur einmal unvorsichtig verlassen hatte.

Auch Graf Bosadowsky brachte heute durchaus gerechte Beschwerden vor über die Schädigung der Flüsse durch Kalfalze. Er mußte sich aber von unserem Genossen Brey den naheliegenden Vorhalt machen lassen, daß er in seiner Ministerzeit sich solche Sorgen nicht gemacht hat.

Genosse Brey begründete unsere Resolution, die verlangt, daß Arbeitervertreter bei den Erhebungen über den Gesundheitsschutz in der chemischen Industrie hinzugezogen werden. Unter Berufung auf ein reichhaltiges Zahlenmaterial widerlegte er die unvollständigen und vielfach bewußt einseitigen Statistiken, mit denen das Unternehmertum namentlich in der Farbenindustrie ihre Ungefährlichkeit nachweisen möchte. Außerdem hatte unser Genosse den Tisch des Hauses mit bildlichen Darstellungen geschmückt, die auf die zahlreichen Abgeordneten, welche sie in Augenschein nahmen, erschütternd wirken mußten — Bilder, die allerdings seine Behauptung vollends ergänzten, daß Deutschland im Schutze der Giftarbeiter hinknien steht.

Man konnte es der lahmen Erwiderung des Ministerialdirektors Dr. Caspar schon aus weiter Ferne anhören, daß die Regierung nichts tun will. „Die Regierung widmet ihre Aufmerksamkeit . . .“ „die Regierung erläßt Verordnungen . . .“ „es sind mustergültige Einrichtungen . . .“ — so wollte er beruhigen. Und gegen unsere Resolution polemisierte er mit der ungläublichen Bemerkung, es sei schwer, Arbeiter zu finden, die für die Erhebung geeignet seien! Das steht etwa auf der Höhe der sozialpolitischen Argumente, die neulich Herr Rogalla v. Bieberstein offenbart hatte.

Der nächste Redner, Herr Seyd von den Nationalliberalen, eröffnete wieder die Fleischdebatte. Dieser merkwürdige Liberale äußerte sich indessen auch nicht viel anders,

als es der erste beste Bündler getan hätte. Er freut sich, daß die deutsche Landwirtschaft den deutschen Fleischbedarf annähernd decken kann, ohne bedenken zu wollen, daß diese angebliche Leistungsfähigkeit nur möglich ist, wenn der Bedarf durch die maßlose Preissteigerung ungeheuer gesenkt worden ist. Der Fortschrittler Fischbeil, der nachher zu Worte kam, legte Wert darauf, gerade den Unterkonsum von Fleisch in der Arbeiterbevölkerung zu unterstreichen. Diesen Tatsachen gegenüber versuchte der Präsident des Reichsgesundheitsamts vergeblich eine Rettung der überagrarischen Politik, indem er beispielsweise den Fleischmangel im Volke leugnen wollte. Uebrigens machte auch späterhin der Fortschrittler Leube die Regierung auf ihre groben Fehler nachdrücklich aufmerksam.

Zwischendurch zog sich die Weindebatte, in der von allen Seiten etwa die gleiche Auffassung geäußert wurde. Vom Zentrum sprachen die Abg. Baumann, Pauls und Schwarz, der zweite nicht ohne Schwierigkeiten mit dem Vizepräsidenten und mit seinem Manuskript; von den Fortschrittlern der Freiburger Professor v. Schulze-Gaevernit, während Genosse Brey in der Einleitung seiner Rede kurz die Stellung unserer Partei skizzierte hatte.

So geht die Debatte unermüdlich weiter. Erst gegen 7 Uhr wird über die Resolution abgestimmt, wobei auch die von unserer Fraktion eingebrachte über die Einziehung von Arbeitern bei den Erhebungen mit großer Mehrheit gegen die Rechte angenommen wird. Auch die sozialdemokratische Fleischresolution wird mit den sozialdemokratischen, fortschrittlichen und einigen nationalliberalen Stimmen gegen Rechte und Zentrum nach einigen Bedenken des Bureaus für angenommen erklärt.

Dann wird Schluß gemacht. Morgen wird mit dem Patentamt begonnen.

Der Kultusetat im Abgeordnetenhaus.

Nach den erregten Debatten der letzten Tage herrscht wieder etwas Ruhe im Abgeordnetenhaus. Auf wie lange, kann freilich niemand voraussagen, denn es wird immer gewisser, daß bestimmte Abgeordnete es darauf absehen, die Sozialdemokraten durch fortgesetzte Angriffe zu provozieren.

Am Mittwoch, wo die durch die Besprechung der Bergarbeiter-Interpellationen unterbrochene Beratung des Kultusetats fortgesetzt wurde, war es der Abg. Heß vom Zentrum, der die Gelegenheit an dem Haaren herbeizog, eine scharfe und alberne Attacke gegen die Sozialdemokratie zu reiten. Was er sich in seiner Rede über das Elementar-Unterrichtswesen leistete, übertrifft an Dreistigkeit manches, was wir in dem Dreiklassenparlament erlebt haben. Und dabei ist Herr Heß nicht etwa ein parlamentarischer Neuling, der sich der Tragweite seiner Worte nicht bewußt ist, auch nicht ein Dilettant, dem die Zunge durchgeht. Nein, alles, was er in breiter Selbstgefälligkeit vortrug, war wohl überlegt und auf die Wirkung nach außen berechnet. Inhaltlich war seine Rede, auf die am Donnerstag die Antwort von unfers Seite erfolgen wird, allerdings völlig wertlos.

Vorher hatte beim Kapitel „Evangelischer Oberkirchenrat“ unser Genosse Hoffmann, gestützt auf ein reichhaltiges Material, die Terrainspekulationen der Berliner Kirchengemeinden gegeißelt. Auch die „Spekulation auf Leichen“, wie sie jetzt in Berlin im Gange ist, d. h. die Absicht, die Leichen der Armen der politischen Gemeinde zur Bestattung zu überlassen, die Leichen der Reichen aber, bei denen die Bestattung Geld einbringt, für die Kirchengemeinden zu reservieren, kritisierte unser Redner mit seinem Sarkasmus und beißendem Spott. Was er sonst über das Gebaren der Kirche vortrug, die Maßregelungen von Geistlichen, die scharfe Einziehung der Kirchensteuern, die zunehmende Unduldsamkeit, all das beweist, wie notwendig die Trennung der Kirche vom Staat ist.

Donnerstag: Fortsetzung.

Zur Ministerkrise.

Die Regierungskrise hat noch zu keiner Entscheidung geführt, und es läßt sich auch noch keineswegs ersehen, welche von den beiden miteinander kämpfenden Cliquen die andere niederzwingen wird, die Partei Bethmann-Riderlen-Waechter oder die Partei Tirpitz-Heeringen. Hat die erste der genannten Cliquen den größten Teil der diplomatischen Kreise für sich, so verfügt die andere hauptsächlich über die Unterstützung des Hofes und der Generale — und der Einfluß dieser letzteren Faktoren ist nicht zu unterschätzen. So erscheint es nicht ausgeschlossen, daß doch endlich Herr v. Bethmann-Hollweg, nachdem er so manden seiner Mitarbeiter „gegangen“ hat, gehen muß, und der Herr Admiral v. Tirpitz oder eine Persönlichkeit, die seinen Direktiven folgt, in das Reichskanzlerpalais einzieht, während Herr v. Riderlen-Waechter den Botschafter Marschall v. Bieberstein in Konstantinopel ablöst. Vorgearbeitet hat die Tirpitz-Gruppe schon seit langem mit ungleubarem Geschick, war es doch die dieser Gruppe nahestehende militärische und flottentolle Presse, die im vorigen Jahre während der sich an den Marokkokonflikt anschließenden politischen Debatte am bestigsten die sogenannten „Friedenspolitik“ der Bethmann-Hollweg und Riderlen-Waechter bekämpft hat.

Die „Nationalztg.“, die sich in letzter Zeit als gut unterrichtet erwiesen hat über die schönen Vorkämpfer innerhalb der Regierung, gibt über die Reibungen zwischen dem auswärtigen Amt und dem Reichsmarineamt folgende Darstellung:

„In der Presse wird vielfach über Unstimmigkeiten zwischen dem Reichsmarineamt und dem auswärtigen Amt gesprochen. Demgegenüber muß an eine Äußerung des Freiherrn v. Hertling erinnert werden, in der er im vorigen Jahre als Zentrumredner zur Marokkofrage deutlich auf den Mißstand hingewiesen hat, der durch die Existenz eines besonderen Preßbureaus im Reichsmarineamt entstanden ist. Wenn überhaupt von Unstimmigkeiten zwischen den genannten Ämtern gesprochen werden kann, so liegt der Grund hierfür ausschließlich in der Tätigkeit des genannten Preßbureaus. In dem Augenblicke, in dem die betreffen Stellen mit der englischen Regierung, speziell mit Herrn Galdane, über eine Verständigung verhandeln, hat das Preßbureau des Reichsmarineamts, um Stimmung für die Platiennovelle zu machen, die Reaktionen der deutschen Blätter mit englischfeindlichen Flugblättern und Broschüren überschwemmt.“

Es dürfte ein gefährliches Vorgehen sein, um Stimmung für deutsche Defensivmaßnahmen zu machen, die bereits für notwendig erkannt sind, gegen eine bestimmte Macht zu hegen. Es zeigt dies auch wenig Vertrauen in das Verständnis des deutschen Volkes und seiner gewählten Vertreter. Diese werden sich ihr Urteil auch ohne solche Machenschaften bilden und sich den als richtig erkannten Verstärkungen unserer Verteidigungsmittel zur See nicht widersetzen. Wenn seitens des auswärtigen Amtes derartigen Treibereien energischer Widerstand entgegengesetzt wird, so ist dies nur zu billigen. Es ist zu erhoffen, daß die Parteien auch nach dem

Weggange des Freiherrn v. Serling aus dem Reichstage nicht unterlassen werden, von neuem die Aufmerksamkeit des Reichstages auf diesen Mißstand in der amtlichen Preßorganisation zu lenken.

Der Seniorenkonvent des Reichstages

berhandelte Mittwoch nachmittag über einen Vorschlag der Regierung, die Osterferien des Reichstages, deren Ende für den 18. April vorgesehen war, bis zum 29. April dauern zu lassen, um der Regierung zu ermöglichen, die Wehr- und Steuervorlagen bis dahin fertigzustellen.

Preussischer Polizeigeist.

Mit Polizei und Militär will die preussische Regierung künftig die Kämpfe der Arbeiterschaft von vornherein unterdrücken — das ist die Quintessenz eines langen Artikels, den die „Berliner Pol. Nachrichten“ des Herrn Schweinburg verbreiten. Die Art, wie dem preussischen Minister des Innern für das Vorgehen der Regierung anlässlich des Kampfes im Ruhrgebiet Weisung gegeben wird, läßt stark vermuten, daß der Verfasser des Artikels dem Ministerium des Innern nicht allzu fern steht. Nach einer Beschimpfung der Sozialdemokratie fährt der Artikel aus:

„Die Regierung hat also die Lehren aus früheren, von der Sozialdemokratie veranlaßten Vorfällen nicht unbeachtet gelassen, und man kann nunmehr vertrauen, daß etwaigen künftigen Unruhen jedesmal konzentrierte Polizeimannschaften entgegenzutreten werden und daß in dem Augenblick, wo deren Unvermögen, allein Herr der Unruhen zu werden, hervortritt, sofort Militär in Aktion tritt. Die Probe, die im Ruhrrevier gegenwärtig mit diesem Verfahren gemacht ist, beweist aus beste dessen Zweckmäßigkeit. Sobald das Militär angetrieben war, trat eine völlig sichtbare Beruhigung ein, die Hege und die Verheuten wußten, daß die weitere Entwicklung erst werden könnte. Nur auf dieses feste Fundament ist es zurückzuführen, wenn im Ruhrrevier die Gewalttätigkeiten der ersten Tage sich auf ein geringes Maß reduziert haben. Und wenn die Sozialdemokratie und ihre Verbündeten auch noch so sehr den Glauben erwecken wollen, als würde gerade die Heraushebung der Staatsautorität aufreißend, der Beweis für die Nichtigkeit dieser Behauptung ist im Ruhrrevier erbracht. Vor allem aber ist der Arbeiterschaft gezeigt, daß der Staat die Ordnung aufrecht hält und sie bei ihrer Arbeitswilligkeit zu schätzen in der Lage ist.“

Damit soll zweierlei zum Ausdruck gebracht werden, erstens: daß ein Arbeitswilligengesetz nicht nötig ist, weil die Nachmittel des Staates ausreichen; zweitens: daß bei künftigen Streiks mehr Polizei und in allen geeigneten Fällen auch Militär den Interessen der Unternehmer dienlich gemacht werden soll. Die Stelle, die den Artikel inspiriert hat, übersteht dabei bloß, daß die Herabwürdigung des Militärs zu einer Arbeitswilligen-Schutztruppe doch auch ihre Schattenseiten hat. Die Soldaten werden nicht dazu ausgebildet und ausgebildet, um auf Befehl die kämpfende Arbeiterschaft zu unterdrücken. Sie stammen zu einem erheblichen Teile selbst aus dieser Arbeiterschaft und es muß bei ihnen eigene Gefühle auflösen, wenn sie dazu kommandiert werden, nicht nur auf ihre kämpfenden Klassenangehörigen, sondern unter Umständen in der Tat auf ihre Verwandten schießen zu müssen.

Bei der bevorstehenden Beratung des Militäretats wird wohl die Frage der Verwendung des Militärs in wirtschaftlichen Kämpfen zur Erörterung kommen. Das amerikanische Unternehmertum zahlt keine Einkommenssteuern selbst; den deutschen Unternehmern sollen zu diesen Zwecken auf Kosten der Steuerzahler Soldaten zur Verfügung gestellt werden. Gegen eine solche Verwendung von Militär muß mit allem Nachdruck Verwahrung eingelegt werden.

Aus dem sächsischen Landtage.

Bei dem Titel Gesamtministerium richtete der Abg. Merkel eine Anfrage an die Regierung wegen der durch die Zeitung gegangenen Nachricht, daß Sachen zu den Hauptgegnern der Erbschaftsteuer im Bundesrat gehört habe, während bei der Finanzreform 1909 Sachen nicht nur der Erbschaftsteuer zustimmte, sondern der damalige Finanzminister Müller auch in stundenlangem Rede die Erbschaftsteuer im Reichstage verteidigte. Der Finanzminister v. Seydewitz antwortete zunächst ausweichend. Auf wiederholte auch von sozialdemokratischer Seite gestellte Anfrage aber gab er schließlich zu, daß die sächsische Regierung heute noch für die Erbschaftsteuer sei, aber die Vorlage, die jetzt dem Bundesrat vorgelegt, sei eine andere als 1909 gewesen. Gegen die jetzige Vorlage hätten staatsrechtliche Bedenken geäußert, da durch sie die Steuerrechte der Einzelstaaten in Mitleidenschaft gezogen worden wären. Aus diesem Grunde sei die sächsische Regierung gegen die jetzige Erbschaftsteuervorlage aufgetreten.

Die Nationalliberalen Württembergs

Hielten am letzten Sonntag, den 17. März, ihre Landesversammlung in Stuttgart ab. Die Verhandlungen beanspruchten dieses Jahr um deswillen größeres Interesse als in anderen Jahren, weil die Partei Stellung zu nehmen hatte zu dem Stichwahlabkommen der verbündeten Volkspartei mit der Sozialdemokratie und zur Präsidentenwahl im Reichstag. Das Referat über: „Die parteipolitische Lage nach den Reichstagswahlen“ hatte der neugewählte Abgeordnete Keinath übernommen, der, nebenbei bemerkt, sich des fürchterlichen Verbrechens schuldig gemacht haben soll, bei der Präsidentenwahl für Vebel gestimmt zu haben. Die konservative Presse (Herr Keinath hat mit bauernbündlerischer Hilfe über die Sozialdemokratie „gefiegt“) hat den Herrn deswegen böse in die Waden gewinkt. Aber auch seine eigenen Parteifreunde sind nicht wenig erschrocken ob der Anklage. Nun, Herr Keinath hat sie alle beruhigt, freilich mit einer sehr diplomatischen Redewendung. Er sagte, es seien sicherlich sehr wenige im Saal anwesend, die von der Richtigkeit dieser „Anklage“ gegen ihn überzeugt wären. (Stürmischer Beifall!) Damit war dieser fürchterliche Verdacht beseitigt — bei allen, die sich eine vorläufige diplomatische Redensart so auffassen, wie das Herr Keinath wünscht. Doch berichten wir in korrekter Reihenfolge.

Den Reigen eröffnete der Landesvorsitzende Landtagsabgeordneter Kube, der vom „Aufschwung“ des Liberalismus bei der letzten Reichstagswahl redete, ein „Aufschwung“, der leider in der Mandatszahl nicht zum Ausdruck komme, weshalb die nationalliberale Partei für den Proporz bei der Reichstagswahl eintrete. Weiter freute sich der Redner recht herzlich, daß die württembergische Volkspartei „national“ geworden sei, ihre Opposition gegen Heeres- und Marineforderungen aufgegeben habe, die kolonialpolitisch begeistert mitmache, kurz und gut, sich den Nationalliberalen immer mehr genähert habe. Das sei ein Beweis für die Wichtigkeit der nationalliberalen Politik. Aberlei interessante Mandats-handelsgeschäfte der Partei bei der letzten Reichstagswahl wußte der Vorsitzende vorzutragen. Rechts und links, nach vorn und hinten und kreuz und quer hat die nationalliberale Partei gehandelt, den Volksparteilern Wahlsitze in einer Anzahl Landtagswahlkreise zugesagt und auch den Bauernbündlern versprochen, ihnen im Herbst dieses Jahres den Landtagswahlkreis Leonberg zuzuwenden, wenn der Bauernbund den Herren Keinath und List (Eßlingen) zu Reichstagsmandaten verleihe. Das ist denn auch geschehen. Die Volkspartei habe ja auch Rückversicherung bei der Sozialdemokratie genommen.

Verantw. Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Inzeratenteil verantw.:

Heber die Landtagspartei in referierte der Abg. Baumann. Er ist der Überzeugung, daß die Erlasse gegen die sozialdemokratischen Revisionen von diesen nicht tragisch genommen würden. Die Mitarbeit an der bürgerlichen Presse werde sicher nicht aufhören. Durch den Kanal der bürgerlichen Korrespondenzbüros werden seiner (des Redners) Ueberzeugung nach Berichte sozialdemokratischer Mitarbeiter nach wie vor an die bürgerliche Presse kommen. Sogar in den Spalten des „Schwab. Merkur“ (des nationalliberalen Stuttgarter Blattes) könne man manchen Bericht lesen, der aus sozialdemokratischer Feder geflossen sei. Die liberale Presse sei eben tolerant genug, auch sozialdemokratische Berichte in ihre Spalten aufzunehmen.

Nach Baumann sprach der Reichstagsabg. Keinath über die parteipolitische Lage. Er tabelte einleitend die Klätter, die nach der letzten Reichstagswahl von einem „Sieg der Liberalen“ geschrieben haben. Das sei nicht richtig. Auch die Rechte habe nicht gefiegt. Die einzige Partei, die Fortschritte gemacht habe, sei die Sozialdemokratie. Eine Großpolitik im Reichstag sei jedoch schon aus dem Grunde unmöglich, weil Nationalliberale, Volkspartei und Sozialdemokratie gar keine Weisheit bilden, die Entscheidung ruhe bei den „Wilden“. Die nationalliberale Partei lehne aber auch grundsätzlich eine Großpolitik ab, weil in grundsätzlichen Fragen, so in der Heeres-, Marine-, Kolonialpolitik, Wirtschaft- und Zollpolitik, auch in der Sozialpolitik eine Verständigung mit der Sozialdemokratie unmöglich sei. Die Nationalliberalen seien aber bereit, auch unter den heutigen Verhältnissen „positive“ Arbeit zu leisten. Leider sei auf konservativer und Zentrumsseite nichts zu entdecken, was auf Bereitwilligkeit zur Zusammenarbeit mit den Nationalliberalen hinweise. Eingehend behandelte dann der Redner die Vorgänge bei der Präsidentenwahl. Mit der Wahl eines Sozialdemokraten ins Präsidium müsse man warten, bis die „verständigen Leute“ innerhalb der Sozialdemokratie mit allen „neinlichen und finstlichen Dingen“, wie die Weigerung zur Uebernahme der höfischen Pflichten, ausgeräumt hätten. Die Stimmabgabe einer Anzahl nationalliberaler Abgeordneter für Vebel sei aus der Stimmung des Augenblicks zu beurteilen. Gegen den Verdacht, selber für Vebel gestimmt zu haben, wehrte sich der Redner mit der einleitend wiedergegebenen Redensart.

Nach Keinath sprach noch der neugewählte Reichstagsabgeordnete List, ein Konfessionsrat par excellence. Er erklärte: „Wir Nationalliberalen sind entschiedene Gegner des parlamentarischen Regierungssystems. . . Wir werden doch sagen dürfen, das Verhalten des Reichstages ist billiger wie nicht? (Wahol!) Nur ein feiner Mann und Würde behauptet Reichstag wird seiner Aufgabe gerecht zu werden vermögen.“ (Wahol!)

Den Schluß der Tagung bildete eine Vertrauensresolution für den bewährten Führer Baffermann, mit der ein Teilnehmer die Versammlung überrumpelte.

Oesterreich-Ungarn.

Die Beratung der Wehrevorlagen.

Wien, 20. März. Abgeordnetenhause. Bei der ersten Beratung der Wehrevorlagen betonte der Deutschnationaler Marschall, das österreichische Parlament werde entscheiden sein Mitspracherecht bei der Wehreform zu wahren wissen. Er verurteilt den Kampf der Ungarn gegen die notwendige Wehreform als Politik des Uebermutes. Der tschechische Sozialdemokrat Smeral sagte, die Durchführung der Wehrevorlagen würde ein Unglück für die weitere Entwicklung des Staates sein. Er trat für das System der Volksmiliz ein und erklärte, die Sozialdemokraten bewilligten dem Staate alles notwendige, sofern die Wehrmacht niemals zu Eroberungen, zum Kampfe gegen den inneren Feind oder zum Angriff gegen die Volksrechte diene. Seidel (Deutsche Arbeiterpartei) hob die patriotische Haltung der französischen und italienischen Sozialisten hervor gegenüber der Vaterlandslosigkeit der deutschen Sozialisten und der Sozialisten Oesterreichs. Er lehnte die gegenwärtige Form der Wehrevorlage ab, welche die zweijährige Dienstzeit nicht vollkommen durchführe und die Reutenot auf dem Lande vermehre.

Schweiz.

Ein sozialdemokratisches Finanzprogramm.

Bei der Budgetdebatte, anlässlich deren die neue sozialdemokratische Fraktion („Kasselle Greulich“) wurde das tapfere Häuflein von 15, jetzt 16 Mann (spottweise genannt) im Nationalrat zum erstenmal „Leben in die Bude“ des vordem sanft schlummernden Bundesparlaments gebracht hat, wurde Genosse Pflüger Zürich, der das bestehende Finanzsystem und das Uebermaß der Jölle kritisiert hatte, vom Finanzminister, Bundesrat Comteff, aufgefordert, nicht nur zu tadeln, sondern selbst Besseres vorzuschlagen. Da die Sozialdemokraten nun einmal die Partei der positiven Arbeit sind, kam Pflüger dieser Anregung bereitwillig nach. Er legte namens der Fraktion dem Rate folgendes Postulat vor: „Der Bundesrat wird eingeladen, zu prüfen, wie der Finanzhaushalt des Bundes auf von der Kündigung der Handelsverträge und den Schwankungen der Zollerträge unabhängige, sichere Grundlagen gestellt werden könne, und in diesem Sinne innerhalb Jahresfrist der Bundesversammlung ein Programm zu unterbreiten.“ Zur Begründung des Antrags legte Genosse Pflüger selbst die Grundzüge eines solchen Programms dar.

Er führte aus, daß der größere Teil der Bundeseinnahmen, 79 von 142 Millionen Franken, auf die Jölle emfalle, die im Jahre 1901 nur 40 Millionen brachten. Der seit 1900 geltende Zolltarif sei das Höchstmäß der Zollbelastung, das keinesfalls weiter gehiebert werden dürfe. Vielmehr sei in absehbarer Zeit eine Milderung dieser das Volk schwer belastenden Politik zu erwarten. Es müsse also, da die Ausgaben ständig und rasch steigen (zunächst kommen etwa 2 Millionen Bundesbeitrag zur Kranken- und Unfallversicherung, dann neue Militärforderungen, die 1-2 Millionen jährlich ausmachen werden usw.) ein anderer Weg der Kostenbedeckung gesucht werden: Ersparnisse und neue Einnahmequellen.

Ersparnisse sind namentlich beim Militär möglich. Weiter beim Subventionswesen, das der Bundeskasse rund 24 Millionen im Jahre entzieht. Davon kommen 4 692 000 fr. an Private (hauptsächlich Landwirte) und Vereine, über 19 Millionen an die Kantone. Davon ist ein großer Teil gerechtfertigt, andere aber nicht. So wurden früher für große Flußkorrekturen 30 Proz. Bundessubvention gegeben, jetzt gibt es 50 Proz. für Alpenrahen gar bis zu 80 Proz. Ferner gebe die Nationalbank von ihrem geringen Ueberschuß 6 Millionen im Jahre an die Kantone.

Als neue Einnahmequellen werden direkte Steuern, die nicht, wie die indirekten, die große Masse treffen würden, sondern die Mittangestelltesten, Ringe, Kräfte, die dem Volke das Leben verteuern, vorgeschlagen. Ferner Monopole. Das schon vor Jahren genannte Tabakmonopol nehmen die Sozialdemokraten an falls der Ertrag für die Einführung der Invaliden- und Altersversicherung bestimmt werde. Besonders wichtig aber ist die Verstaatlichung der Wasserkräfte, die man schandlicherweise dem Privatkapital zugehängt habe. Viele der anwesenden Räte, die eine Bundesgesetzgebung darüber verhindern halfen, seien mit jenen kapitalistischen Interessen eng verbunden. Die Sawitz beziehe 3 Millionen Pfrundzinsen in ihren Wasserläufen, von denen 2½ Millionen noch nicht ausgenutzt sind. Wandels 1 Million davon könnten dem Ausland geliefert werden.

Natürlich fand dieses Programm keine Gegenliebe bei den Herren, die das jetzige Einnahmen- und Subventionsystem sehr profitabel finden. Der Konservative v. Planta und der Bundesrat Wotta bekämpften es. Ersterer sprach von einer „antikapitalistischen Debatte“, während der Bundesrat der Erneuerung der Handelsverträge mit ihren Jollfaben zuvörderlich entgegensteht, neuen Monopolen unüberwindliche Schwierigkeiten prophezeit und direkte Steuern, die im Volke große Enttäuschung wecken würden, ablehnt. Genosse Greulich betonte das Wesen der Jölle als einer Progressivsteuer nach unten. Der Bund habe in der Militärpflichtsteuer schon eine direkte Steuer. Eine Vermögenssteuer von 80 000 fr. an würde nicht unpopulär sein. „Die Josten immer im Glauben, die Kosten des Staatshaushalts müßten von der armen Bevölkerung bezahlt werden. Können nicht auch einmal die Reichen etwas daran bezahlen?“ Pflüger wies noch darauf hin, daß der Bundesrat fortschrittliche Forderungen, wie er an 12 Beispielen zeigte, noch immer verworfen habe.

Die Abstimmung ergab Ablehnung des Antrags mit 185 gegen nur 19 Stimmen. Fast einstimmig lehnen also die bürgerlichen und bäuerlichen Parteien eine Reform ab. Die weiteren Wahlen, die auch in der Schweiz einen uberraschenden Zug nach links, von den sozialdemokratischen Herrenparteien weg zur Sozialdemokratie hin, bekunden, werden die Herren über die wirkliche Volksstimmung besser belehren.

England.

Tom Mann verhaftet.

London, 19. März. Der bekannte Arbeiterführer Tom Mann ist in Salford verhaftet worden. Wie es heißt, steht die Verhaftung in Verbindung mit der gerichtlichen Verfolgung der Zeitung „The Syndicalist“, die letzthin die Soldaten in einem Artikel aufforderte, auf die Streikenden nicht zu schießen, wenn es befohlen werden sollte. Tom Mann ist der Präsident der Syndikalistenliga, unter deren Leitung die beschlagene Zeitung erscheint.

Mexiko.

Ein Dementi.

Berlin, 20. März. Die vor einigen Tagen verbreitete Meldung, daß der mexikanische Insurgentenführer Zapata eine deutsche Frau in grausamer Weise getötet habe, hat zu amtlichen Ermittlungen Anlaß gegeben. Es ist festgestellt worden, daß in Mexiko von einem derartigen Vorgang nichts bekannt ist.

Letzte Nachrichten.

Die Auslandsbewegung in Böhmen.

Leipzig, 20. März. (B. Z. A.) Die Auslandsbewegung hat sich heute nachmittag weiter ausgedehnt, insbesondere auf alle Schächte des Duzer Kohlenvereins. Bei Rathenau fand ein Zusammenstoß zwischen 500 Auswandigen, welche die Belegschaften zum Streik zwingen wollten, und Gendarmerie statt, die vor der Ueberzahl zurückwich, später aber verstärkt eine Demonstrationsversammlung von 2000 Streikenden zersetzte. Da der Ausstand vor dem ehngaltigen Beschluß von Unabhängigen ins Werk gesetzt worden ist, beschloß heute eine von Vertretern der sozialdemokratischen, deutsch-nationalen und unabhängigen Organisationen, diesen Bruch der Disziplin zu mißbilligen. Dieser Beschluß wurde durch Flugblätter unter den Bergarbeitern mit der Aufforderung verbreitet, die Beschlüsse der Vertreterkonferenz streng einzuhalten.

Das Schicksal der Mindestlohnbill.

London, 20. März. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die Führer der Unionisten des Unterhauses haben bekanntgegeben, daß sie die Ablehnung der Mindestlohnbill beantragen werden. Die Ministerien sind sehr besorgt über das Schicksal der Bill im Hinblick auf den Beschluß des Bergarbeiterverbandes. Die Opposition der Unionisten gegen die zweite Lesung wird indessen mehr als Demonstration ausgefaßt, als Anzeichen der Absicht, das Gesetz zu Fall zu bringen. Man glaubt immer noch, daß die Bill durchgehen werde.

Die Flottenberatung im Unterhause.

London, 20. März. (B. Z. A.) Die Generaldebatte über den Flottenhaushalt wurde heute nur unter geringer Beteiligung fortgesetzt, da die allgemeine Aufmerksamkeit auf den Kohlenstreik gerichtet war. Der radikale Kurragh MacDonald verlangte, die Regierung solle ihr Schiffbauprogramm einschränken zum Vorteil des Landes und der Welt.

Spionitis.

London, 20. März. Die Spionagefurcht in England steht zurzeit wieder in höchster Blüte. Nachdem gestern auf der Isle of Wight bei der Freshwater-Fort ein Deutscher unter Spionageverdacht verhaftet worden ist, wurden heute bei dem Fort Rodes-Point ein Engländer, zwei Deutsche und ein Holländer verhaftet, die sich in der Nähe der Batterien in verdächtiger Weise beschäftigten. Fort Rodes-Point verteidigt die östliche Einfahrt in den Solent und Spithead, während die Batterien von Freshwater die westliche Einfahrt in den Solent schützen.

Aus Nicaragua.

Min, 20. März. Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus New York: Meldungen aus Bluefield in Nicaragua besagen, die nicaraguanische Regierung habe ein Dynamitkomplott entdeckt zur Ermordung des Staatssekretärs Anoz. Eine Anzahl hervorragender Nicaraguaner wird hingerichtet werden.

Madchenhandler und Sittlichkeitsverbrecher.

Stettin, 20. März. (S. B.) Verhaftet wurde hier der Sprachlehrer Benno Kay, Direktor der hiesigen „Berlisch School“. Er steht unter dem Verdacht des Madchenhandels. Auch werden ihm Vergehen gegen die Sittlichkeit zur Last gelegt. Es sind zahlreiche englische und französische Briefe bei ihm beschlagnahmt worden, die für ihn kompromittierend sind. Auch die bisher erfolgten Vernehmungen sind stark belastend für ihn.

Schiffszusammenstoß.

Fiume, 20. März. (S. B.) Der Dampfer „Bosnia“ der Schiffahrtsgesellschaft Dalmatia ist nachts in der Nähe der Insel Brioni mit dem Dampfer „Sohn“ zusammengestoßen. Hierbei sollen der Obersteher des Tenders getötet und 22 Personen mehr oder minder schwere Verletzungen erlitten haben.

Selbstmord einer reichen Schmugglerin.

New York, 20. März. (S. Z. A.) Eine reiche Witwe aus Kalifornien namens Walsh Carlson, die gerade nach Abschluß einer Weltreise von Paris hier eingetroffen war, wurde, als sie gestern Abend wegen Schmuggels von Juwelen im Werte von mehr als 20 000 Dollar verhaftet werden sollte, in ihrem Hotel erhängt aufgefunden. Sie hinterließ einen Brief, in dem sie sich schuldig bekennt.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Dierzu 4 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

Abend Sitzung vom 19. März 1912.

Am Bundesratspräsidenten: Dr. Delbrück.

Präsident Kaempf: Der Herr Abg. Cohn hat nach Ausweis des Stenogramms erklärt: Ich wäre in der Lage, aus meinen Erfahrungen heraus, dem Herrn Minister eine ganze Anzahl strafbarer Handlungen seiner Beamten nachzuweisen. Ich habe zu Hause ein Aktienstück über den Meineid eines Schutzmannes, auf Grund dessen das Gericht einen Angeklagten freigesprochen und dem meineidigen Schutzmann die Kosten des Verfahrens auferlegt hat. Ich bin der Meinung, daß der Herr Abg. Cohn damit nicht hat aussprechen wollen, daß der Herr Minister einen des Meineids überführten Schutzmann im Amte erhalten habe. Aus diesem Grunde habe ich ihn wegen dieser Äußerung nicht unterbrochen.

Staatssekretär Dr. Delbrück: In den Ausführungen des Abg. Dr. Cohn befindet sich vor dem soeben verteilten Satz folgender Passus: „Eine derartige Verleumdung nimmt sich um so eigentümlicher aus im Munde dieses Ministers des Innern, der an der Spitze einer Behörde steht, von der einzelne Mitglieder in der Öffentlichkeit schwerer Verbrechen überführt worden sind.“ (Stimm. Hört! hört! rechts.) Ich kann diesen Passus nur so auffassen, daß dem preussischen Herrn Minister der Vorwurf gemacht wird, daß er in dem ihm unterstellten Ressort Leute duldet, die schwerer Verbrechen überführt sind. (Sehr richtig! rechts.) Wegen einer derartigen Kritik muß ich hiermit ausdrücklich Verwahrung einlegen. Sie befaßt sich mit der Geschäftsführung des Ressorts eines Bundesstaates, die zu über ihn dem Reichstage oder einem einzelnen seiner Mitglieder ein verfassungsmäßiges Recht nicht zuzuerkennen. (Stimmlicher Beifall rechts. Große Unruhe links. Zurufe bei den Sozialdemokraten: Aber wir sollen uns von einem preussischen Minister beschimpfen lassen. Ein Konservativer ruft im Kolonnenhosiön: Ruhe da drüben! Woran aus dem Reichen der Sozialdemokraten die Antwort kommt: Hier ist doch kein Herrenhaus, hier ist der Reichstag, die Volksvertretung.)

Staatssekretär Dr. Delbrück (fortfahrend): Diese Kritik, meine Herren, ist dabei geübt auf einem Abwehenden, der mit Rücksicht auf die Immunität der Abgeordneten außerstande ist, sich außerhalb dieses hohen Hauses die nötige Genugtuung für den ihm gemachten Vorwurf zu verschaffen. (Stimmlicher Beifall rechts. Zurufe links: Aber Sache darf beschimpft werden.) In der Sache aber möchte ich darauf aufmerksam machen, daß die Frage, ob ein Beamter, der in der Öffentlichkeit eines schweren Verbrechens überführt ist, gerichtlich verfolgt werden soll oder nicht, entschieden wird ohne jede Mitwirkung des zuständigen Ressorts. (Hört! hört! rechts.) Ich mache ferner darauf aufmerksam, daß mit Rücksicht auf die Höhe der Strafe, auf die bei einem schweren Verbrechen erkannt zu werden pflegt, mit Rücksicht auf § 7 des preussischen Disziplinargesetzes eine gerichtliche Verurteilung wegen eines solchen Verbrechens den Verlust des Amtes ohne Mitwirkung des Ressorts im Gefolge hat. Es ist also nach Lage der Verhältnisse vollständig ausgeschlossen, daß der preussische Ressortchef Beamte, die schwerer Verbrechen öffentlich überführt sind, pflichtwidrig in ihrem Amte hält. (Lebhafte Beifall rechts. Rufe: Und der Herr Präsident?)

Präsident Kaempf: Ich habe zwar nicht dieselben Worte gebraucht, aber doch geglaubt, aus parlamentarischen Rücksichten die Stellung klarlegen zu müssen, die ich gegenüber dieser Äußerung des Herrn Abg. Cohn (Rufe rechts: Cohn!) einnehme. Die Stellung selbst deckt sich vollständig mit den Äußerungen des Staatssekretärs Dr. Delbrück.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

Etat des Reichsamts des Innern.

Nach einigen Bemerkungen des Abg. Dr. Dohlem (B.) zum Kapitel „Statistisches Amt“ wird die vorher diskutirte Resolution der Volkspartei angenommen.

Bei den Streikenden im Ruhrgebiet.

Raddob.

„Es müssen irgendum im ganzen Land Gespenster leben. Sie müssen so zahlreich sein, glaub' ich, wie Sand am Meer.“

Frau Albing in Hofens „Gespenster“.

Ich glaube, wenn der Herr Hauptmann von heute, den wir alle noch seiner Weher wegen lieben, oder ein Bedekind, der bis an die Zähne bewaffnet mit dem unüberwindlichen Drachen Jenseit auf Tod und Leben kämpft, mal ein paar Stunden als bescheidene Zuschauer bei einem Streik, wie er jetzt im Ruhrgebiet stattfindet, auf einem Streikbureau verbrächten, daß sie sich ein wenig geduckt fühlen würden und aus dem falschen Wahn herauskämen, in dem die Bourgeoisie sie hinstellen läßt. Wenn eine „bekannte Persönlichkeit“ in ein Theater oder ein Café kommt, führt der eine den anderen an, macht man einander auf den Besucher aufmerksam. Die Bourgeoisie liebt Personenverehrung. Sie kann ohne sie nicht sein. Sie gehört zu der individualistischen Lebensanschauung, die mit „ich“ beginnt und mit „ich“ endigt. Nichts von alledem, was „bekannte Persönlichkeiten“ tun oder lassen, wird als belanglos erachtet und verschwiegen. ... Wie anders in der Arbeiterbewegung, bei Versammlungen und auf solch simplem Streikbureau. Da sitzt an einem Tisch ein Mann, dessen „Name“ außerhalb seines Bezirks unbekannt ist, einer, der von morgen früh bis abends spät mit einem in den Arzzen der Bourgeoisie ungeahnten Enthusiasmus seine Pflicht tut. Jeder der Arbeiter weiß, wie er heißt, wer er ist. Jeder gibt ihm treuherzig die Hand. Er ist ein Komrad, ein Vertreter, ein Genosse. Niemand „berührt“ ihn. Niemand bittet ihn um ein Autogramm, niemand um sein Bild. Wenn er einen „Vortrag“ hält, erscheinen keine Snobs, nur Ledergeigte oder solche, die überzeugt werden wollen. Und als „Honorar“ empfängt er von den Lumpen ... vier Mark. Solch ein Leiter, Führer oder Referent, solch ein Arbeiter auf einem Streikbureau ist in seiner stillen Aufgabe, seiner Aufopferung, seinem Eifer, seiner Begeisterung für eine Sache, die ihm weder persönlichen „Ruhm“, noch das Material für eine Couponschere einträgt, in bewundernswürdiger Individualität, als viele der „bekannten Persönlichkeiten“, die im Grunde genommen für alles, nur nicht für Gemeinheitsinteressen zu haben sind. Unzählbare dieser bescheidenen „Helden“ kennt jeder von uns, aber auf einem solchen Streikbureau, in der vollen Höhe des Gefechts, lernt man sie erst richtig kennen und schätzen. Diese „unbekannten“ Persönlichkeiten in der großen proletarischen Bewegung sind unser Stolz, unsere Hoffnung für die Zukunft.

Nachmittags vier Uhr, nachdem ich das Streikbureau verlassen hatte, wohnte ich einer Bergarbeiterversammlung in Raddob bei. Das letztemal war ich dort gewesen im Dezember 1908 — nach der furchtbaren Grubenkatastrophe auf der zweiten Sohle am 12. November, bei der ungefähr 350 Bergleute ihren Tod fanden. Seit dem Besuch, einem Besuch mit so tragischen Anklängen, daß man sie nie vergessen und noch weniger verzeihen kann, war, abgesehen von einer Vergrößerung der Arbeiterkolonie, alles beim alten geblieben. Der Weg von Hanna nach Raddob befand sich noch in demselben

Es folgt das Kapitel

„Gesundheitsamt“.

Abg. Hartatz (B.) befragt eine Resolution, die 1. Maßnahmen verlangt, durch welche für die Einfuhr ausländischer Schweine eine scharfe Kontrolle durchgeführt werde, 2. Aufhebung der Stundung der Einfuhrzölle für Wein, 3. strengere Handhabung der Kellerkontrolle auch außerhalb der Weinbaubezirke.

Abg. Dr. Quard (Soz.):

Beim Reichsgesundheitsamt muß die Fleischfrage erörtert werden. Es liegt hierzu eine freistimmige Resolution vor, die die Einfuhr von ausländischem Speck und Schinken erleichtern will, und eine von unserer Seite eingebrachte Resolution, die weiter geht und mit größter Beschleunigung eine Novelle zum Fleischbeschaugesetz verlangt, durch welche die Einfuhr von ausländischem Geflügel, Fleisch, Wachsenfleisch und Wurst ermöglicht wird. Schon bei der Beratung des Fleischbeschaugesetzes haben wir auf die Folgen hingewiesen, die für die Einfuhr ausländischen Fleisches eintreten muß. Die Regierung aber hat den Wünschen der Agrarier nachgegeben, und sie ist sogar so weit gegangen, durch die Ausführungsbestimmungen noch über die Vorschriften des Gesetzes hinaus die Einfuhr zu erschweren, indem eine Sendung vernichtet wird, wenn auch nur ein einziges Stück fehlerhaft ist. Kollege Leube hat deshalb dem preussischen Landwirtschaftsministerium mala fides (Handeln wider Treu und Glauben) vorgeworfen. Präf. Kaempf erklärt einen solchen Vorwurf für unzulässig.

Abg. Dr. Quard (Soz., fortfahrend):

Die Fleischsteuerung braucht wahrlich nicht noch durch statistische Zahlen bewiesen werden. Die Bevölkerung hat bei den Wahlen darüber quittiert. Es kann ja gar keine Rede davon sein, daß Deutschland sich selbst völlig mit Fleisch versorgen kann. Die Produktionsstatistiken, welche das beweisen sollen, werden durch die Praxis jeden Augenblick Lügen gestraft. Jetzt kommt ganz minderwertiges Vieh auf den Markt zufolge der Dürre des Sommers, und deshalb werden die Preise für Schweinefleisch ins Ungemeine steigen, wenn eine Dämpfung der Grenzen nicht eintritt. Wird die Regierung denn gar nicht stutzig, wenn sie sieht, wie sie alle Kreise gegen sich hat und für sich nur die Anknüpfen des Fleischwunders. (Lebhafte Zustimmung links.) Alle großen Dampfer des Lloyd, der Boermannlinie usw. werden mit amerikanischem Fleisch versehen und noch nie ist dadurch eine Gesundheitsbeschädigung eingetreten. Damit ist bewiesen, daß der § 12 des Fleischbeschaugesetzes nicht sanitären Gründen seine Entstehung verdankt, sondern daß er

agrarische Interessen schützen

soll. (Widerspruch rechts; Zustimmung links.) An die Einfuhr schwedischen Rindfleisches hat man gedacht; aber die Quarantänestation in Sahnis, über die es gehen soll, wird absolut nicht fertig. Worum läßt man denn dann das schwedische Fleisch nicht über Rostock herein. Dadurch muß ja der Anstich erwidert werden, daß man mit der Station in Sahnis nicht fertig werden will, damit der schwedische Handel wenigstens für diese Saison ausgehalten ist den Agrariern zuliebe.

In den Kreisen der Arbeiterfamilien ist die Fleischfrage eine ganz ungeheure geworden. Man weiß gar nicht, wie die Frauen sich abmühen, wenigstens für den Mann, den Ernährer, ein Stückchen Fleisch abzugeben, um ihn gesund zu erhalten. Hier sollte das Reichsgesundheitsamt mit aller Macht eingreifen, um die Zustände zu ändern. Aber wir wissen ja, wie hier alle Bemühungen um bessere Volksernährung an dem

ehernen Felsen der Interessenspolitik der Agrarier

scheitern. Dabei könnte die Regierung sich sehr leicht auf einen Bloß für billige und gesunde Volksernährung stützen. (Lebhafte Zustimmung links.) Die französische Regierung hat ohne weiteres solche Maßregeln verfügt, wie wir sie verlangen. Wir müssen der Regierung die Verantwortung überlassen, wenn sie in ihrer Versteinertheit an den Prohibitivmaßnahmen gegen eine Gefundung der Volksernährung festhält. Der einzige Staats-

elenden Zustand. Der Schlamm lag dort noch so tief, daß die Droschke, die wir genommen hatten, um zeitiger hinzukommen, dreiviertel Stunde dazu gebraucht und verschiedentlich in den Schmutztümpeln des Weges und der Kolonie heden blieb. Passanten begegneten und saß gar nicht. Niemand jahen Lust zu empfinden, bei diesem regnerischen Hundewetter auf diesem ausgetrockneten Landweg zu lustwandeln. Die buchstäblich einzigen Menschen, die wir sahen, waren arme Infanteristen, die mit gelangweilten Gesichtern die Schlammspuren, worin kein Huhn den Fuß zu setzen wagte, „benutzten“. Es waren junge Wurschen, Proletarier in Uniform mit geladenen Gewehren, mit denen man bei der Kälte und dem herabplätschenden Regen Mitleid hatte.

Etwas nach vier langten wir in dem Wirtshaus im Innern der Kolonie an. Kürzlichere bildeten Spalier davor. Mit den schlaff vor sich hingehaltenen Lanzen sahen die kräftigen Kerle auf Kattschiffen Säulen, verwünschten wahrscheinlich sich selbst, die ganze Welt und insbesondere die im Saal Tagenden. Außer einigen Polizisten, die damit beschäftigt waren, neue Bekannmachungen der nervösen Obrigkeit anzulegen, war auch hier kein Sterblicher zu sehen. Nur schweigend gegenüber in einer der Arbeiterwohnungen der Kolonie prunkten ein paar kleine Kader ihre Gesichter so ängstlich-neugierig an die Scheiben, daß die kindlichen Kassenjippen so platt und weiß erschienen, wie die frisch rasierte Kontur eines im Sonnenschein die Pfeife schmaulenden Dorfpfarrers. Für die Kleinen, die noch nie einen Kurassier gesehen hatten, war das Schauspiel sicher eine wochenlang zu besprechende Sensation — auf uns erwachsende und blasierte Großstadtbewohner wirkte es lächerlich und abstoßend. Bei dem großen Streik in England blieb es bei dem reinen, fast theoretischen Kampf zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Ohne Parade. Ohne Maschinengewehre. Ohne Ehrenwache für christliche Streikbrecher.

In England würde sich, glaube ich, die öffentliche Meinung mit Empörung dagegen auflehnen, so dicht in der Nähe eines Massengrabs mit 350 Toten und unbekanntem Verstummeten Militär anrücken zu lassen, wenn die Kadgediebenden drei Jahre später von ihren Rechten als Staatsbürger Gebrauch machten, um der Tyrannie der Kohlenherrscher gegenüber eine kleine Lohnsteigerung zu erzielen.

Vorher ist das Versammlungsfokal betrat, empfand ich an dem grauen, düsteren Nachmittage ein Gefühl aus der Kinderzeit, als ob dort wirklich über die Schlammwege Gespenster huschten. ... Drinnen war es frechend voll. Die Rede Raddob hat nach der Katastrophe keine schlechten „Geschäfte“ gemacht. Die Belegschaft umfaßt im Augenblick 3200 Mann, wovon 2700 streikten. Der größte Teil drängte sich im weiten Saal des „Restaurant Willmann“ zusammen. Wohin man blickte, unten an den Tischen, in den Gängen, auf den Balkons gewahrte man lauschende Ohren und Augen. Sie standen Schulter an Schulter, ohne sich zu rühren, in tiefer Aufmerksamkeit, und nur wenn der Referent eine Anspielung auf einen der Terrorakte der Grubenbarone oder der Wendormen machte, kam in die wie aus Stein gemeißelte Menge einen Moment Leben und Leidenschaft, riefen sie: „Puul“ oder: „Sehr richtig!“ oder ein: „Hört!“ mit hunderten von Schos. Im Saal brannte noch kein Licht. Draußen begann es zu dämmern. Aber weil der große Saal verhältnismäßig nur wenige und kleine Fenster hatte, weil viele auf den Fensterbänken saßen und wieder andere in ihrer Nähe auf Stühle gestelzt waren, um den Redner auf der Bühne besser verstehen zu können, machte es manchmal den seltsamen Eindruck, als ob es schon spät am Abend sei, ein Abend in der einen oder anderen Spielkne, mit tausenden

sekretär, der auch den Besitz zu Steuern heranziehen will, wird bei uns in Deutschland ausgeübt. Der Regierung und der Rechten rufe ich zu, Sie treiben die gedankenlose und verantwortungsvolle Politik der Verneinung.

Präsident Kaempf erklärt diesen Ausdruck für unzulässig.

Abg. Dr. Quard (fortfahrend):

Dann will ich sagen, Sie treiben die Politik der Verneinung, die Sie uns immer vorwerfen; aber Sie werden damit scheitern, denn der Erfolg ist bei uns. (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Blankenhorn (natl.) befragt eine von der national-liberalen Partei eingebrachte Resolution, wonach bei der Verteilung der Einfuhrfähigkeit ausländischer Weine neben der chemischen Analyse auch die Geschmackprobe durch erfahrene Sachverständige aus der Praxis sowie der Inhalt der einschlägigen Geschäftspapiere berücksichtigt werden soll.

Abg. Dr. Strauß (Sp.) begründet eine von der Volkspartei beantragte Resolution, die einen Gesegentwurf verlangt, durch welchen die Arbeitsverhältnisse der in öffentlichen und privaten Krankenhäusern, Heilstätten und Gesehungsbheimen sowie in der privaten Krankenpflege beschäftigten Personen geregelt werden. Ein solches Krankenpflegegesetz sei dringend notwendig. — Ferner führt der Redner Beweise, daß Medizinpraktikanten von einzelnen Krankenhäusern, z. B. in Belg und Lübeck, aus konfessionellen Gründen zurückgewiesen werden.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Gegenüber den Krankenhäusern, die Kommunen, Kreise usw. gehören, hat das Reich gar nicht die Möglichkeit, sie zu zwingen, alle Praktikanten aufzunehmen, die sich melden. Ein solcher Zwang ist auch nicht nötig, denn wir haben mehr Praktikantenstellen als Praktikanten. Es wäre auch ein sehr bedenklicher Eingriff in die Selbstverwaltung der Krankenhäuser, wenn man sie zwingen wollte, alle sich meldenden Praktikanten anzunehmen.

Abg. Gröber (B.): Im Falle Belg ist die Zurückweisung des Praktikanten lediglich wegen seines Glaubens erfolgt. Die Regierung hat sehr wohl Mittel an der Hand, auf eine Krankenanstalt, die derartige tut, einen Druck auszuüben, daß derartige unterbleibt; sie kann z. B. eine solche Krankenanstalt aus der Liste derjenigen streichen, die Praktikanten annehmen dürfen. Wenn aber gar nichts gegen derartige Vorgänge geschieht, so ist das eine Verletzung des Gesetzes über die Gleichberechtigung der Konfessionen. (Lebh. Sehr richtig!) Was heute dem Israeliten geschieht, kann morgen dem Katholiken geschehen; ein Präulein aus Württemberg, das sich zur Krankenschwester ausbilden wollte und sich deshalb an den Professor Zimmerer in Zehlendorf wandte, erhielt den Bescheid, die Schwefelkammer sei zwar interkonfessionell, aber katholische würden wegen des zu befürchteten Einflusses des Weichvaters nicht angenommen. Man würde bei ihr eine Ausnahme machen, wenn sie sich verpflichte, alles, was sie ihrem Weichvater sage, auch der vorgesetzten Schwester oder dem Professor Zimmerer zu sagen. (Große Heiterkeit.) Wir haben also jeden Anlaß, vom Staatssekretär zu verlangen, er möge über die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen wachen. (Lebhafte Zustimmung.)

Staatssekretär Delbrück: Professor Zimmerer ist ein evangelischer Geistlicher, der einen privaten Verein leitet, auf den wir keinen Einfluß haben. — Eine Krankenanstalt können wir ebensowenig zur Annahme jedes Praktikanten zwingen, wie etwa einen Rechtsanwalt zur Annahme eines Referendars.

Abg. Waldstein (Sp.): Die Justizverwaltung hat sehr wohl die Macht, einem Rechtsanwalt einen Referendar zur Ausbildung auch gegen seinen Willen zuzuwiesen. Der Staatssekretär legt hier das Bekenntnis einer staatlichen Impotenz ab, die sehr im Gegensatz steht zu der Macht des Staates. (Lebhafte Beifall.) Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr.

Schluß 11 1/2 Uhr.

von unbeweglichen Köpfen, woraus das Leben gewichen zu sein schien. Auf den Balkons hingen sie über die Walfurde herab, so dicht zusammengepreßt, eng aneinander gelehnt, daß man sich fast ängstlich fragte, ob wohl die paar Säulen diese Menschenlast tragen könnten. Männer, Frauen, Burchen, alles stand im bizarren Dunkel zusammengehoben. Darunter Kreise, aber auch ganz kleine Kinder auf dem Schoß der Mutter oder des Vaters. Die in der Nähe der Bühne, auf der ein Gendarm neben dem Vorstandlich saß, Platz gefunden hatten, sahen wie natürliche Menschen mit bleichen Gesichtern aus — ein Knäuel hat selten eine gesunde Gesichtsfarbe —, aber die hinten im Saal in Schotten der Balkons horchten, hatten sich zu einer düsteren, kaum erkennbaren, müßigen Kopfmenge gewandelt. Fast schien es, daß die Versammlung in einem der unterirdischen Flügel abgehalten würde und daß der falsche Tageschein, der einzelne Stellen, mal ein Stückchen Gesicht, einen Hut oder einen roten Schlops aufblitzen ließ, eine auf einen Stempel gestechte Grubenlampe sei.

Wirklich, der Anblick dieses überfüllten Saales mit Kumpeln, die nun schon eine Woche lang „feierten“, dieses Saales in seinem Halbdunkel ohne jede brennende Lampe, mit Kurassieren am Eingang und Infanteristen im Rücken, war von außen gesehen wenig anregend, aber innerlich — für den, der es begriff und verstand — von einer ergreifenden, erbebenden, padenden Schönheit. Was hier in diesem Augenblick vor sich ging, war von so gewaltiger Lebensschönheit, daß dagegen die glänzendste Theatervorstellung der nicht genug zu preisenden Hauptstadt zu einer toten, seelenlosen, faden Panoptikumszene zusammenschmolz. Die schlammigen Wege entlang, an den Schmutztümpeln ihrer fern den Kulturzentren gelegenen Arbeiterkolonie vorbei, vorbei an den Maschinengebäuden ihrer Zechen, an dem Kirchhof mit seinem Massengrab und seinen Erinnerungen, waren sie herbeigeströmt, diese Bergleute, die sonst um diese Zeit mit dem „Nord“ aus der ersten, zweiten, dritten Sohle kamen, um sich in der „Wachkne“ den Schmutz vom Körper zu spülen, oder auf der „Bühne“ des Signals zu warten, um mit der Rittgassicht ins Loch zu kriechen. Die Schlammwege entlang waren sie zu lauschenden aus ihren Behausungen in das Versammlungsfokal gezogen. Die Kolonie selbst war zu dieser Stunde so leer und ohne Männer, wie in jenen berühmten Tagen, als man von den Lustigen Witwen von Raddob sprach. Zum erstenmal seit Jahren hatten sie freiwillig, nicht durch eine Katastrophe gezwungen, nicht durch „Feierschichten“ veranlaßt, ihr gegenseitiges „Glückauf“ nicht mehr vernommen. In der Kolonie waren nur Kinder, Kranke — Tote zurückgeblieben. Die Häuser lagen verlassen, aber hier, hier in diesem dunklen Saal mit seinem Schlamm vor der Tür und dem Militär, hier brannte ein Festlicht in den Köpfen und Herzen, hier hatten sie das Gefühl, Mensch zu sein und als Mensch etwas zu können, hier lebte sich die proletarische Seele aus, hier waren sie keine Arbeitlöhner, kein nummeriertes Bodenmaterial, hier wurden sie sich des starkmündigen Gefühls ihrer Kraft bewußt, hier wollten sie in der Stärke des modernen Proletariats, daß, sofern es einig und nicht durch kapitalistischen Einfluß künstlich zerteilt wäre, Herr und Meister seiner Zeit sein würde. Die Schlammwege entlang, von Soldaten beschützt, waren sie herbeigeeilt. Diese Menge gleichgeunter Kameraden, der Männer und Frauen im Dunkel dieses Saales, bedeutete eine große Freude — und für den tiefer nachdenkenden Zuschauer die einzige Schönheit, die einzige wirkliche Schönheit, die dieses noch junge, aber alles versprechende Jahrhundert geben kann.

Am Bundesratssitz: Delbrück, Kuhn.

Abg. Dr. Warkhardt (Büsch): Ich komme noch einmal auf den gestern abend zum Schluss erwähnten Fall der Zurückweisung eines jüdischen Medizinpraktikanten vom Krankenhaus in Briss zurück und danke dem Staatssekretär, daß er jedes Eingreifen zugunsten des zurückgewiesenen jüdischen Praktikanten abgelehnt hat. — Weiter bitte ich die Resolution des Zentrums anzunehmen, die eine Verschärfung der Kontrolle bei der Einfuhr ausländischer Weine verlangt. — Ferner bitte ich die Regierung, das Kurpfuschereigefetz im Winter von neuem einzubringen. — Weiter unterbreite ich die Resolution des Zentrums, die in den Metall-, Gütten- und Walzwerken an den Weihnachts-, Oster- und Pfingstfeiertagen volle Arbeitsruhe verlangt. — Schließlich frage ich den Staatssekretär, wie es mit der Regelung des Apothekenwesens steht.

Staatssekretär Delbrück: Ueber die Regelung des Apothekenwesens schweben augenblicklich Verhandlungen zwischen den einzelnen Regierungen.

Abg. Graf v. Posadowsky (Wild): Ueber die Verunreinigungen der Flüsse durch die Abflüsse der Chloralkalwerke hat das Reichsgesundheitsamt ein Gutachten abgegeben, das in den Kreisen der beteiligten Einwohner große Verunsicherung hervorgerufen hat. Man hat Gemeinderäte, die seit Jahrzehnten ihr Wasser aus solchen Wasserläufen entnehmen, darauf verwiesen, Wasserleitungen anzulegen, um Wasser vom Gebirge zu bekommen. Derartige kostspielige Anlagen kann man den Gemeinden den Kaliverken zuliebe doch nicht zumuten. Die Stadt Magdeburg hat einen Projekt gegen die Kaliverke in erster Instanz verloren, weil das Gericht sich auf den Standpunkt gestellt hat, es komme nicht auf die gesamte Verfalzung des Wassers an, sondern darauf, ob jedes einzelne Werk nur das zulässige Quantum von Salz dem Wasser zuführt. Auch die Landwirtschaft hat großen Schaden an der Verfalzung der Erde, Unkraut, Saate, weil die angrenzenden Wiesen darunter leiden. Ebenso ist die Industrie geschädigt, die dieses Wasser benutzen muß, da es die Kessel zerfrisst und die Explosionsgefahr dadurch steigt. Es ist dringend nötig, daß ein Reichsgesetz zum Schutze der Anwohner der gefährdeten Flußläufe geschaffen wird. (Bravo! rechts.)

Staatssekretär Delbrück: Die Frage der Schädigungen durch Ueberfälligkeit der Flußläufe mit Kalisalzen wird von den Regierungen erwogen; ob ein Reichsgesetz über diese Materie erlassen werden soll, kann ich noch nicht sagen. Vielleicht werden die beteiligten Regierungen sich unmittelbar verständigen.

Abg. Brey (Soz.):

Ich hätte gewünscht, Graf Posadowsky hätte diesen Dingen schon seine Aufmerksamkeit gewidmet, als er noch Staatssekretär war (Sehr richtig! und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten), dann wäre der Stadt Magdeburg wohl längst geholfen. Zu der Debatte von gestern abend möchte ich nur bemerken, daß wir volle Parität für alle Glaubensbekenntnisse, aber auch für solche Weltanschauungen verlangen, die sich in den Rahmen des religiösen Bekenntnisses nicht spannen lassen, ebenso wie wir Parität für alle politischen Ueberzeugungen fordern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Für die Klagen der weinbauenden Bevölkerung haben auch meine Freunde helles Auge und offenes Ohr, lehnen aber die geforderte Verstärkung des Schutzes ab. Dabei möchte ich fragen: wo bleibt das seit Jahren versprochene Rahmungsmittelegesetz? Die landesgesetzlichen Bestimmungen genügen nicht mehr. Eine rechtsgesetzliche Regelung wird um so notwendiger, je schärfer sich die Ernährungsfrage gestaltet, und gewissenlosen profitgierigen Fälschern ein großes Gebiet der Betätigung gibt. Ich erinnere an die Vergiftung durch Methyloalkohol im Wsl für Obdachlose.

Speziell habe ich mich zum Wort gemeldet, um Sie zu bitten, zu folgender Resolution ihre Zustimmung zu geben:

„Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, bei Erhebungen über den Gesundheitszustand der Arbeiter in der

Gemischten Industrie auf Vertreter von Arbeiterorganisationen der Gemischten Industrie zur Mitwirkung heranzuziehen.“

Für die in Aussicht gestellten Erhebungen möchte ich einige Wünsche äußern. Der dringend notwendige Schutz der Giftarbeiter sollte nicht auf die lange Bank der Erhebungen geschoben werden. In anderen Ländern, wie England, Belgien, Portugal, Dänemark besteht ein solcher Schutz bereits. In Österreich und Italien gibt es auch Bestimmungen zum Schutze der Zellulosearbeiter.

Deutschland steht im Schutze der Giftarbeiter hinten an.

Dabei ist die Rentabilität der Betriebe der Gemischten Industrie doppelt so günstig, als in den übrigen Industriezweigen. Die höchsten Farbwerke hatten z. B. 1910 einen Reingewinn von über 14 Millionen, die Badische Anilin- und Sodafabrik von über 12 Millionen, die Elberfelder Farbwerke von 13 1/2 Millionen. Die sozialen Kosten erfordern etwa 1,2 Prozent des Reingewinns dieser Werke, könnten also sehr wohl erhöht werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dringend notwendig ist auch ein vermehrter Schutz der Arbeiter in Bleiweißfabriken. Ich hatte mir gestattet, einige Bilder auf den Tisch des hohen Hauses niederzulegen, welche die Folgen der Bleiweißvergiftung wiedergeben. Die Erhebungen der Bleiweißfabriken ergeben deshalb ganz falsche Resultate, weil die Arbeiter, die in den Bleikammern zu tun haben, dabei ganz außer Betracht gelassen werden, während gerade die Vergiftungsgefahren am meisten ausgeprägt sind. Diese Arbeiter werden aus anderen Betrieben oder sonst wo zu dieser Arbeit herangezogen und gehen dann wieder ihres Weges, so daß sie von der Krankheitsstatistik der Bleifabriken nicht erfaßt werden. Die Gefahren der Bleiweißvergiftung könnten zum großen Teil vermieden werden, wenn das nasse Verfahren vorgezogen würde. Die Bleiweißverordnung sollte daher dahin ergänzt werden, daß das trockene Verfahren bei der Bleiweißherzeugung untersagt wird. Das nasse Verfahren geht auch rascher, liegt also auch im Interesse der Unternehmer.

Eine Veröffentlichung des internationalen Arbeitsamts hat über 70 Substanzen festgestellt, durch welche gewerbliche Vergiftungen veranlaßt werden. Ich habe auch hierfür einige Abbildungen ausgelegt, die für die Hygieneausstellung in Dresden bestimmt waren, bei der bekanntlich den Gewerkschaften die Teilnahme unzulässig gemacht wurde. Dringend notwendig ist, daß die Arbeiter als kontrollierende Instanz bei den gedachten Erhebungen hinzugezogen werden, weil sie einmal die Erfahrung der Praxis mitbringen und weiter jede Schönfärberei verhindern. Wie notwendig das ist, beweist zum Beispiel die Tatsache, daß in den Berichten der Offenbacher Betriebskrankenkassen Bleiweißerkankungen nicht aufgeführt sind, während die Offenbacher Ortskrankenkasse solche Krankheitsfälle feststellt. Ich verweise ferner darauf, daß auf der Hygieneausstellung ausgestellte Wandtafeln und Broschüren über gewerbliche Erkrankungen durch den Redakteur eines Gewerkschaftsblattes, Schneider, als falsch nachgewiesen und daraufhin geändert werden mußten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch die Erhebungen des Vereins zur Wahrung der Interessen der Gemischten Industrie, die mit dem ausgeprochenen Zweck veranstaltet waren, zu beweisen, daß die Vergiftungen in der Gemischten Industrie nur eine geringe Rolle spielen, wurden als falsch in ihrer Methode und ihren Ergebnissen nachgewiesen. In all diesen Fällen sind die falschen Ziffern nicht Zufall, sondern Absicht, um die öffentliche Meinung und die Aufsichtsbehörden irre zu führen. Wir erwarten daher, daß die Regierung dem Wunsche unserer Resolution Folge gebe und Vertreter der beteiligten Arbeiterorganisationen bei den Erhebungen heranziehen wird. Das ist notwendig, wenn der Zweck durch die Erhebungen erreicht werden soll, einen wirklichen Schutz der Giftarbeiter vorzubereiten. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Ministerialdirektor Dr. Caspar: Wenn das Ausland besondere Vorschriften für die Giftarbeiter erlassen hat, so deshalb, weil ihm die Möglichkeit zu allgemeineren Vorschriften, wie wir sie durch die Gewerbeordnung haben, fehlt. Daß die großen Betriebe der Gemischten Industrie nur für den Profit arbeiten,

muß ich zurückweisen. Gerade sie haben muster-gültige Einrichtungen für den Arbeiterschutz, wie sie sonst kaum in der Welt vorkommen. Für Feinbleichfabriken, Bleichstätten usw. sind von uns eine große Reihe allgemeiner Verordnungen erlassen. Auch den Bleiweißfabriken widmen wir fortgesetzt eingehende Aufmerksamkeit. Vorschriften für Zellulosefabriken sind in den Einzelstaaten vorgegeben. Die Hinzuziehung von Arbeitern bei solchen Erhebungen ist schwer möglich, weil es nicht leicht ist, die geeigneten Arbeiter zu finden. Die Verhältnisse in den einzelnen Betrieben sind so verschieden, daß Vertreter der Organisationen hier nicht als geeignete Auskunftspersonen in Frage kommen, sondern höchstenfalls Arbeiter des betreffenden Betriebes. Auf diesem Gebiete sind daher Chemiker und Ärzte geeigneterer Auskunftspersonen, da Arbeiter nicht die wissenschaftlichen Kenntnisse haben können, die notwendig sind, um diese Fragen zu beurteilen.

Abg. Hepp (natl.): Herr Quard bejammerte, es sei eine Unterernährung des Volkes infolge Fleischmangels vorhanden. Demgegenüber stelle ich fest, daß der Fleischkonsum pro Kopf gestiegen ist. Erfreulicherweise deckt die deutsche Landwirtschaft fast den ganzen deutschen Fleischbedarf. Vor allem bedarf es eines ausreichenden Schutzes gegen die Einkleppung und Verbreitung von Seuchen. Wir Bauern wollen dem deutschen Volke gesundes deutsches Fleisch liefern. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Hübner (Sp.) begründet die Resolution der Volkspartei, welche verlangt, die bei der Einfuhr von ausländischem Speck und Schinken im Reichsfleischbeschutze vorgesehenen Ausnahmen von der 4 Kilogramm-Grenze auch auf selbständige, leicht zu untersuchende Organe (Leber und Zunge) auszudehnen und tritt für die sozialdemokratische Resolution auf die Zulassung von ausländischem Geflügelfleisch, Bäckereifleisch und Wurst ein; sie sei dringend nötig, um dem Konsum von Fleisch in der Arbeiterbevölkerung zu steuern. Weiter wünscht der Redner eine Vereinfachung und Verbesserung des Verfahrens bei der Untersuchung von Schweinen auf Trichinen.

Abg. Baumann (Z.) empfiehlt die Zentrumsresolution auf Erschwerung der Einfuhr ausländischer Weine.

Regierungsrat v. Stein: Die Redner haben anerkannt, daß das Weingesetz sich bedarf hat. Das beweist wohl, daß die Klagen über mangelhafte Kontrolle übertrieben sind, wenn auch gewiß noch Unvollkommenheiten vorhanden sind. Jedenfalls ist bei der Ausübung der Kontrolle für die Behörden lediglich das Gesetz maßgebend.

Präsident des Reichsgesundheitsamtes Dr. Baum: Es ist zweifellos eine Aufgabe des Gesundheitsamtes, mit dafür zu sorgen, daß dem Volke Fleisch in ausreichender Menge zu erschwinglichen Preisen zur Verfügung steht. Aber man muß auch dafür sorgen, daß dieses Fleisch gesund ist, nicht gesundheitschädlich. Deshalb ist die Fleischkontrolle für inländisches Fleisch eingeführt, und ebenso die für ausländisches Fleisch. Die Kontrolle im Ausland ist keineswegs einwandfrei (Sehr richtig! rechts); wie läme es denn sonst, daß möglichst so viel Sendungen aus dem Ausland beanstanden werden müssen. Man verlangt nun die Zulassung von Wärsenfleisch und Wurst. Bei diesen ist eine Kontrolle bei der Einfuhr nicht möglich, und auf ausländische Rottese kann man sich bei Fleisch nicht verlassen. Geflügelfleisch, dessen Einfuhr man verlangt, kann auch unter den gegenwärtigen Bestimmungen eingeführt werden. Bei der Leber kann man auf das Mitbringen anderer Organe nicht verzichten, wenn man erkennen will, ob das Tier gesund war. Aber wir sind den Importeuren entgegengekommen, indem wir für diese Organe, die gar nicht mit zur Einfuhr zu gelangen brauchen, keinen Post verlangen. Gegenüber der Behauptung, daß beim Wärsenfleisch noch nie eine Schädigung vorgekommen sei, verweise ich darauf, daß im spanisch-amerikanischen Krieg auf Kubas zahlreiche amerikanische Soldaten zufolge des Genusses von Wärsenfleisch schwer erkrankt und gestorben sind. Wer übrigens meint, durch die Zulassung von Wärsenfleisch, Würsten und Leber könnte einer Unterernährung des Volkes vorgebeugt werden, täuscht sich; die Mengen, die hierbei in Betracht kommen, sind dazu viel zu klein. Aber

Tomart fort. Zwar hätte Margot erklärt, daß sie niemanden als ihren neuen Freund lieben könne, doch Laurianne hofft noch immer auf moralische Triumphe. Als die Niederschmetterungsversuche ohne Effekt bleiben, greift er zu sanfteren Mitteln und beginnt zu guter Letzt wie ein ungezogenes Kind zu heulen. Ohne Margot sein Glück, kein Leben! Und richtig, die Gutmütige gerät bei diesem Anblicke ins Schmelzen und als er ihr noch obendrein die Beirat verspricht, reißt sie, resigniert und weinend, ihm die Hand. Nach dem Wässern des Stundensamts dürfte der in der Komödie beschriebene Kreislauf sich von neuem wiederholen.

Gespielt wurde statt Neben Viktor Arnolds Mangelleistung verdienen insbesondere Eise Wasser-mann's sympathie-liebendwürdige Margot und Harry Liedtke's frisch-fröhlicher Kaler'smann Erwähnung.

Viktor Arnolds von German vertonte Pantomime „Pierrots letztes Abenteuer“ brachte es zu keinem rechten Bierrot. Der erste Teil war viel zu breit ausgedehnt und der Schluß schlug um ins Peinliche. Bierrot, der verliebte Blasse Schwärmer von ehedem, ist delagierter Familienvater geworden, zeigt aber beim Erscheinen der jungen Pierrette gärende Rückfälle. Ihn zu furtieren, schläft der Sohn in Pierrettes Kostüm, lockt den Vater zu verliebten Sprüngen und beschämt ihn dann, indem er sich ihm zu erkennen gibt. Bierrot, bedrückt von der Wamage, erwürgt sich. Damit nicht genug, sein Jüngling schleicht zu dem toten Mann und drückt ihm die Puppe mit der Natterkappe in die Brust. Wasser-mann mimte die wenig dankbare Zielrolle. Sehr anmütig war Wilhelm Wendt als schlaffe Pierrette. Ernst Stern hatte die malerisch sein abgestimmten Dekorationen und Kostüme entworfen.

Notizen.

— Proletarische Jugendliteratur. In dem schon angezeigten vier ersten Bänden der Sammlung „Die junge Welt“ (Verlag der Wiener Volksbuchhandlung) sind zwei weitere getreten. Das „Räuberbuch“ von Adelsheim Popp ist bereits an anderer Stelle besprochen worden. In Heft 5 behandelt Ingenieur Tanus die Luftschiffahrt. Er skizziert die physikalischen Voraussetzungen für das Schweben und die Fortbewegung in der Luft und gibt dann eine kurze Geschichte des Flugwesens mit besonderer Berücksichtigung der modernen Flugtechnik.

— Die Eisbarriere am Südpol. Um Klarheit darüber zu bekommen, ob die Eisbarriere am Südpol im ganzen schimmert, sandte „Aftenposten“ an Amundsen folgenden Telegramm: „Schimmert Eisbarriere?“ Darauf erhielt „Aftenposten“ aus Godard die Antwort: „Im Framheim fest, äußerer Rand schimmert.“

— Die drahtlose Zeitung. Für die 3000 Bewohner der dreizehn Magalen-Inseln im St. Lorenz-Golf (Kanada), die mindestens sechs Monate von aller Welt abgelehnt sind, will die kanadische Regierung eine drahtlose Zeitung einrichten. Jede Woche sollen die Botschaften der Welt in tausend Worten zusammen-gestellt und mittels Funkentelegraphie nach den Inseln übermittelt werden. Diese „Zeitung“ wird dann Sonntags von den Pfarrern vorgelesen werden.

— Der Siegeszug des Meters. Einer der letzten Staaten Europas, der das metrische System noch nicht kennt, nämlich Dänemark, wird auf Grund eines Gesetzes dieses am 1. April 1912 annehmen. Es hat lange gedauert, bis die Dänen sich zu dieser Reform aufgeschlossen haben, und um ihnen die alte, lieb-gewordene Elle abzugewöhnen, hat die Regierung umfangreiche Vor-bereitungen getroffen. Allenhalben, besonders an vielbesuchten Plätzen, werden Tafeln, Plakate usw. mit Umrechnungen angehängt und gratis verteilt. In Europa sind es längst nur noch Groß-britannien, Rußland und Montenegro, die noch wie vor dem metrischen System nicht wissen wollen.

und auch Deutschland; ja sogar ein marokkanisches Baby mit einer marokkanischen Amme wird nicht fehlen. Damit wäre endlich die Staffel erklommen, auf der selbst die Unschuld der Kindheit in den Dienst geschäftstüchtiger Reklame tritt, die mit dem gut gewählten Titel „Das ideale Heim“, wie hundert Ausstellungen ähnlichen Genres, jede Kritik einem Verbrechen wider den heiligen Geist gleichzumachen sucht. Das Baby als Reklameobjekt bleibt eine Errungenschaft moderner Ausstellungstechnik.

Eine Weltstatistik der Flugkunst. Der Generalsekretär des französischen Verollabs G. Velançon hat eine interessante Statistik ausgearbeitet, die zum ersten Male ein zahlenmäßiges Bild von den gewaltigen Fortschritten der Flugzeugindustrie und des Flugwesens bietet. Im Jahre 1910 wurden gebaut: 800 Flugmaschinen mit insgesamt 7000 Pferdekraften, im Jahre 1911 dagegen 1260 mit zusammen 80000 Pferdekraften. 1910 wurden 4800 Postagiere in Flugmaschinen befördert, 1911 12000. 1910 wurden 9000 Heberlandflüge unternommen, 1911 13000. Und ein ähnliches Bild gewährt ein Vergleich der in den beiden Jahren in der Luft zurückgelegten Entfernungen. Im Jahre 1910 bewältigten die Flugmaschinen nach der umfassenden Zusammenstellung Velançons rund eine Million Kilometer in der Luft, 1911 dagegen 2000000. 1910 flogen alle Flugmaschinen insgesamt rund 8500 Stunden in der Luft, 1911 dagegen weit über 30000. Dementsprechend ist auch die Produktion der Flugzeugindustrie gewachsen. Während im Jahre 1910 840 Flugzeugmotoren und 4000 Luftschrauben geliefert wurden, betrug die Produktion 1911 bereits 1400 Motoren und 8000 Propeller. Die Zahl der tödlichen Unglücksfälle belief sich im vergangenen Jahre auf 71; 26 davon entfielen auf Frankreich.

Theater.

Kammerspiele: Margot kann mir geköhnt werden, zwei Akte von Georges Courteline und Pierre Wolff. — Pierrots letztes Abenteuer, Pantomime von Viktor Arnold. Courteline, der selbst eine Zeitlang Ministerialbeamter, in seinen kleinen Voltaire- und Gerichtsszenen die hohe Obrigkeit so respektlos persiflierte, zeigt auch in diesem Stückchen die Schärfe und Trefflichkeit seines Witzes. Die alte Erfahrung, daß sicher Beseßenes oft gering geschätzt wird, um dann, wenn der Verlust droht, sich für die Phantasie ganz plötzlich in etwas unermesslich Wertvolles zu verwandeln — dieser Kontrast wird hier an der Person des exemplarischen Dummkopfs und Mörglers Laurianne sehr launig illustriert. Viktor Arnold war ein brillanter Interpret dieser Art von launisch-trodenen Komik. Der angenehme Bemüßmenschen verfügt, wenn ihm Wünsche abgelehnt werden, über einen kindlich weinerlichen Eigensinn, dem das weiche Herz der hübschen Margot nicht gewachsen ist. Das arme Geschicksmädel hat nie verstanden, nein zu sagen, sie schmilzt vor jedem feinen Willen wie Butter in der Sonne. Und da Herr Laurianne blind verschossen auf seinen Kopf bestand, wurde sie eines Tages seine Geliebte. Er genießt den Sieg, indem er sie in jeder Weise schla-miert und sich als unglückliches Opfer allzu weit getriebener Gut-mütigkeit aufspielt. Margot kann mir geköhnt werden, beteuert er großsprecherisch dem Kaler-Freunde, der ganz der Mann ist, solche Wünsche zu erfüllen. Beide sind sehr glücklich; Margot stellt sich im Atelier des jungen Malers regelmäßig ein. Als Laurianne einmal dort erscheint, schenkt ihm der Künstler reinen Wein ein: er liebe die Mädchen und betrage ihn schon wochenlang mit ihr. Laurianne hält das Ganze für einen Witz und schüttelt sich vor Lachen. Ueberwältigend famisch wirkt der Umschlag in das tragische Pathos gekränkter Gaittenerei, als ihn ein Intermezzo von schlagender Beweiskraft aus der Illusion reißt. Er schwelgt in großen Worten vor dem „Verzürter“. Auch in den von ihm verlangten Ausprache mit der „Glenden“ legt er die gleiche

Draußen meinte ich Gespenster gesehen zu haben, die starrenden Augen der Verstorbenen und noch nicht Gerächten.

Draußen aus dem mährischen Dunkel mit seinen tausenden von Schattenhäuptern sah ich das Leuchten, das auch einst die alten verfolgten Christen ums Haupt des am Kreuz Befestigten gesehen haben.

Draußen lag ein Grab, eins der Massengräber des Aufstrebens. Wer zählt die Toten dieser Industrie? Wer die Verunglückten? Draußen herrschte Auferstehung, der neue Tag.

Nach den Auseinandersetzungen des Referenten fand die übliche Diskussion statt. Jögern meldeten sich ein paar Klumpen zum Wort, dann mehrere. Vom Soal aus durften sie nicht reden. Sie mußten von dem Podium, neben dem Vorstandstisch und dem Generalsekretär sprechen, um von den Kameraden besser verstanden zu werden. Die meisten von ihnen fiel es schwer. Es war keine leichte Alltagsfrage, von so vielen betrachtet, zu reden. Ihre Gebärden waren ungeschickt, die Sätze unzusammenhängend — was sie ursprünglich hatten sagen wollen, blieb zum Teil stecken. In einem Kreise von Ullmachern würde darüber gelacht worden sein. Und doch war auch diese Kavalität, dieses Hilflose, dieses Ringen mit dem Ungewohnten im Grunde genommen prächtig. Proletarier ohne „Vorbildung“, Proletarier, die Jahr für Jahr Dauer, Bedrühauer, Reparaturarbeiter, Schlepper usw. waren, traten hier, durch ihr Gerechtigkeitsgefühl getrieben, aus der schirmenden Menge, die gemeiniglich in den Interessen der Vorstände. Und wenn sie gesprochen, ihre Anklagen und Vorwürfe erhoben und oftmals am Schluss durch die Tragkraft ihrer Ueberzeugung fliegend „in Zug“ genommen waren, verschwanden sie wieder in der gleichen großen Masse.

Als wir um sechs Uhr wieder draußen waren, dämmerte es fächer. Die Kavalitäre bildeten noch immer Spalier, aber der einzige „Aufführer“ blieb ein kleiner, schlecht erzogener, häßlicher Raddober Hund, der noch niemals soviel Menschen- und Pferdebeinz auf einmal gesehen hatte.

Podium, 17. März. Georg Sperber.

Kleines feuilleton.

Kinder als Ausstellungsobjekte. In der Londoner „Olympia“ rüft man sich bereits eifrig zu der seit einiger Zeit in London alljährlich wiederkehrenden großen Ausstellung, die unter dem Namen „Das ideale Heim“ Wohnungseinrichtungen, Kinderstuden usw. vorführt. Aber in diesem Jahre sollen die Londoner noch in besonderer Schau spielen können: man will ihnen bei dieser Gelegenheit gegen 100 Babys aus aller Herren Länder vorführen. Die Urheberin dieses Planes, den die Londoner Blätter mit Begeisterung verkünden, ist eine Gesellschaft, die ein Kindererziehungsmittel „Vital“ produziert. Man will durch diese Babyausstellung der Schaulust des Publikums ein Bild von, wie ein Londoner Kind schreibt, „reinhardtischer Pracht“ bieten. Man soll sich auf diesen lebenden kleinen Ausstellungsgegenständen davon überzeugen, wie prachtvoll es Kindern geht, die mit jener „körperbauenden Nahrung“ aufgezogen werden. Zu diesem Zwecke wird der Seitenbau der „Olympia“, das sogenannte kleine Schloß, zu einem „Kinderparadies“ umgewandelt. Jedes Baby wird von einer Kinderfrau oder einem Kinder mädchen seiner Nationalität gepflegt; die indische Amme sorgt für den kleinen indischen West-bürger, eine japanische Kinderfrau für das japanische Baby. Aber auch alle europäischen Nationen sollen durch Babys und Kinder-frauen vertreten sein: Frankreich, Spanien, Rußland, Portugal

es ist überhaupt ein Unrecht, von einer Unterernährung des deutschen Volkes aus Mangel an Fleisch zu sprechen. (Hoh bei den Sozialdemokraten.) Die Fleischsteuerung in Deutschland ist keineswegs eine Folge des Fleischbeschaugesetzes; denn die Fleischsteuerung ist ja in allen Ländern eingetreten. Der beste Verkauf für die Volksernährung ist der auf die inländische Fleischproduktion (Sehr richtig! rechts). Bei ihr allein können wir auch das Fleisch in lebendem wie im geschlachteten Zustand unterhalten, was in gesundheitlicher Beziehung am wünschenswertesten ist. Herr Fischbein bemerkt, daß das Reichsgesundheitsamt bereits den Reichsanwalt erlucht hat, das vereinfachte Verfahren der Erziehung in allen Bundesstaaten erproben zu lassen. Zum Schluß verteidigt der Redner das vom Grafen Kosadowky angegriffene Gutachten des Gesundheitsamtes über die Verfolgung der Flüsse durch die Abwässer von Kälberkuren.

Abg. Dr. Becker (L. W.) wünscht eine schärfere Nahrungsmittelkontrolle insbesondere der Schweine für Kinder und Kranke. Das aus konfessionellen Gründen ein Medizinpraktikant von einer Anstalt zurückgewiesen wird, die er sich zur Ableistung seines praktischen Jahres ausgesucht hat, muß auf das schärfste gemißbilligt werden. Andererseits kann aber auch keine Anstalt gezwungen werden, unter allen Umständen einen Medizinpraktikanten, der sich weigert, anzunehmen. Die Folge wäre nur, daß sich niemand um eine Ausbildung kümmern würde. Einen Teil des praktischen Jahres sollten die Praktikanten auch bei einem vielbeschäftigten Arzt zubringen können. Da können sie auch am besten in die soziale Medizin eingeführt werden. — Von einer Unterernährung des Volkes bei unseren gegenwärtigen Verhältnissen zu sprechen, ist eine große Ueberhebung. (Widerstand bei den Sozialdemokraten.) Der Fleischkonsum ist dafür nicht der richtige Maßstab. (Sehr richtig! rechts.) Zur Zeit bei den Sozialdemokraten.) Rein, von Kaffee allein lebt der Mensch nicht und am allerwenigsten die Herren von der Linken. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ein übermäßiger Fleischgenuss (Widerstand bei den Sozialdemokraten) ist aber ebensowenig gut wie ein übermäßiger Alkoholgenuß.

Abg. Dr. v. Schulze-Gaevernitz (W.): In der Weinfrage kann ich mich wohl den Ausführungen des Abg. Blankenborn anschließen. — Wenn aber in seiner Resolution auch die Weichmadprobe durch Sachverständige empfohlen wird, so möchte ich doch bitten, zu bedenken, daß auch die menschliche Junge eine beschränkte Größe ist. (Große Heiterkeit.)

Abg. Panly-Cohen (Z) verliest eine Rede über die Weinfrage. Als er vom Vizepräsidenten Dove erlucht wird, lediglich die gesundheitliche Seite der Frage zu behandeln, spricht er einige Worte frei, kocht dann und fährt unter großer Heiterkeit des Hauses fort zu lesen.

Vizepräsident Dove vertreibt den Redner wiederholt zur Sache und macht ihn auf die Folgen aufmerksam; darauf bricht der Redner kurz ab. (Heiterkeit.)

Abg. Leube (Sp.): Das vom Ausland kommende Vieh sollte nicht in Quarantäne gestellt, sondern geschlachtet werden, dann würde die Untersuchung viel besser durchzuführen sein. Ueber die Einführung von Rindfleisch hat sich der Regierungsvorstand wohlweislich ausgesprochen. Wäre es wirklich so gesundheits-schädlich, wie immer behauptet wird, so müßte England längst ein großes Zeichenfeld sein. (Sehr richtig! links.) Was die Herren von rechts für die Fleischfrage des Volkes übrig haben, beweist ein Artikel der „Deutschen Tageszeitung“, der das Volk ermahnt, den Widerwillen gegen das Pferdefleisch zu überwinden. (Hört! hört! links.)

Abg. Dr. Stund (Sp.) verlangt, daß die Medizinpraktikanten von der Verwaltung den Krankenanstalten zugewiesen werden, und bekräftigt die Resolution seiner Partei auf Regelung der Arbeitsverhältnisse in den Krankenanstalten. Gerade das Krankenpflegepersonal leide ganz außerordentlich unter Verunsicherung. Wünschenswert sei, daß die Regierung Aufsicht nehme, inwiefern das Krankenpflegepersonal der Wohltätigkeit der Privatbeamtenversicherung teilhaftig sei. Die Vorkaufsrechte für das Krankenpflegepersonal sollten reichs-gesetzlich geregelt werden.

Ministerialdirektor Caspar: Die Erhebungen über die Arbeitsverhältnisse des Krankenpflegepersonals sind jetzt fast vollständig abgeschlossen und werden im Reichsgesundheitsamt bearbeitet. Vom Resultat wird es abhängen, ob die Verhältnisse reichsgesetzlich geregelt werden.

Abg. Schwarz (Z) erörtert die Gefahren des Rückganges der Geburtenziffer. Es sei eine bedauerliche Erscheinung, daß kinderreiche Familien von den Hausbesitzern sehr ungern gesehen würden. Sogar Dienstverträge gebe es, worin Entlassung vorgesehen sei, wenn die Familie des Angestellten größer werde.

Abg. Kaden (Z) bekräftigt eine Resolution auf Revision der Einkommensteuerordnung, dahin, daß die volle Arbeitsruhe an den Weibschäft, Oster- und Pfingstfeiertagen in den Betrieben, Häften und Walzwerken gesichert wird.

Ministerialdirektor Caspar: Erhebungen sind im Gange. Abg. Kaden (Z) führt Klage über die Staubplage durch elektrische Bahnen und Autos.

Regierungsrat Lehmann: Die Staubplage kann nicht durch das Gesundheitsamt, sondern nur durch gute Straßen beseitigt werden.

Damit schließt die Diskussion. Die Resolutionen werden alle angenommen, ebensö das Kapitel Reichsgesundheitsamt.

Hierauf verläßt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr. Schluß 7 Uhr.

Aus der Partei.

Eine französisch-deutsche Demonstration in Paris.

Paris, 18. März. (Fig. Ber.) Sofort nach dem Wahlsieg der deutschen Sozialdemokratie hatte sich in den Kreisen der französischen Partei der Wunsch geregt, der brüderlichen Freude über diesen Erfolg einen machtvollen Ausdruck zu verleihen. Die mit dem Lyoner Parteitag verbundenen Arbeiten machten indes eine Vertagung notwendig und schließlich wurde als Datum der Feier der 30. März gewählt. An diesem Tage findet in der Salle Wagram eine von der Verwaltungskommission der geeinigten Partei gemeinsam mit dem deutschen sozialistischen Leseklub veranstaltete Festversammlung statt. Der deutsche Parteivorstand hat Genossen Scheidemann delegiert; als französischer Redner ist Genosse Jaures in Aussicht genommen. Die Mitwirkung bedeutender Pariser Künstler wird den festlichen Charakter der Kundgebung erhöhen.

Aus den Organisationen.

Der Sozialdemokratische Verein Breslau. (Land-) Reumarkt hielt am Sonntag in Breslau eine außerordentliche Generalversammlung ab. Die Einnahmen vom ersten Halbjahre betragen 6064,42 M., die Ausgaben 5982,06 M. Kassenbestand 1190,06 M. Die Reichstagswahl im Wahlkreis Breslau. (Land-) Neubadt hat eine Ausgabe von 18.000,27 M. verursacht, denen 10.022,67 M. Einnahmen gegenüberstehen. Als Grundstock für den nächsten Reichstagswahlkampf verbleiben 123,40 M. Hieraus wurde Genosse Strömig aus Prieten bei Breslau als bester Parteisekretär für den Wahlkreis Breslau. (Land-) Neubadt gewählt. Mit der Wiederanstellung des Genossen Schollich zum Reichstagskandidaten und einem Vortrag über unsere Aufgaben für die Zukunft schloß die sehr gut besuchte außerordentliche Generalversammlung.

Die Stuttgarter Genossen und ihr Parteiblatt.

Am vergangenen Freitag nahm eine gutbesuchte Parteiverammlung den Bericht der Preßkommission entgegen, der von der letzten württembergischen Landesversammlung aufgetragen war, mit dem Landesvorstand die prinzipielle und tatsächliche Haltung der „Schwäbischen Tagwacht“ zu übersehen und die Anstellung oder Entlassung des Redaktions- und Expeditions-personals vorzunehmen. Die Preßkommission besteht ebenso wie der Landesvorstand aus sieben Personen; letzterer wird durch die Landesversammlung gewählt. Die Preßkommission dagegen setzt sich aus vier Mitgliedern des ersten, zwei Mitgliedern des zweiten und einem Mitglied des dritten Wahlkreises zusammen, die durch die Generalversammlungen dieser Kreise zu wählen sind. Parteisekretär Genosse Bullmer erstattete den Bericht, aus dem hervorging, daß die Stelle des leitenden Redakteurs an der „Schwäbischen Tagwacht“ noch nicht besetzt ist. Der Landesvorstand hatte nach kürzerer Kündigung die frühere Redaktion am 1. Oktober vorigen Jahres entlassen. Seitdem schrieben die Verhandlungen. Ein Genosse, der durch die Vermittlung des Parteivorstandes für die leitende Stellung gewonnen wurde, trat nach den Vorgängen bei der Gemeindevahl wieder zurück.

In der Diskussion sprach Genosse Hildenbrand als Vertreter des Landesvorstandes, Genossin Zeßlin sowie die Genossen Oster und Archanski. Die Versammlung nahm folgende an ihrer Mitte gestellte Resolution mit großer Majorität an: „Die Stuttgarter Parteimitglieder fordern, daß endlich die Redaktion der „Schwäbischen Tagwacht“ in Uebereinstimmung mit den Forderungen besetzt wird, die wiederholt von der Mehrheit der Stuttgarter Parteimitglieder erhoben worden sind. Diese Forderungen sind als berechtigt anerkannt worden in der gemeinsamen Sitzung von Landesvorstand und Preßkommission, die in Anwesenheit von zwei Vertretern des Parteivorstandes unter dem Vorsitz des Genossen Dieß stattgefunden hat. Die damals angenommene Resolution hat sie zur bindenden Verpflichtung gemacht.“

Der Landesvorstand hat es seither unterlassen, die dringend nötige Regelung der Redaktionsangelegenheiten in Gemeinschaft mit der Preßkommission, die ihm als gleichberechtigter Faktor zur Seite steht, zu Ende zu führen. Abgesehen davon, daß dadurch die Schritte verlangsamt wurden, die zur Anstellung eines leitenden Redakteurs unternommen werden müssen, ist dadurch auch die Preßkommission außerstand gesetzt worden, den ihr statutenmäßig übertragenen Aufgaben entsprechend, zusammen mit dem Landesvorstand die Ausgestaltung des Blattes und seine prinzipielle Haltung zu bestimmen.

Die Versammlung protestiert gegen alle Versuche, die Regelung der „Tagwacht“-Angelegenheit zu verschleppen als gegen eine unehrenhafte Dämmung der Aufklärungsarbeit über die Grundzüge der Partei, die die „Tagwacht“ als führendes proletarisches Kampfblatt zu leisten hat. Sie fordert, daß der Landesvorstand zusammen mit der Preßkommission mit aller Energie die Anstellung eines leitenden Redakteurs betreibt, dessen Persönlichkeit die Wirksamkeit für eine grundsätzliche Haltung unseres Parteiorgans sicherstellt.

Vorher erhob die Versammlung einmütigen Protest gegen die Scheufügigkeiten, die die russische Regierung an den sozialistischen Abgeordneten der zweiten Duma bezeugt hatte.

Gemeindevahlfrage.

Bei der Stadtverordneten-Erwahl in Bremerhaven wurde von der Sozialdemokratie die 3. Klasse wieder behauptet. Die Gegner beteiligten sich gar nicht ernsthaft an der Wahl. Die sozialdemokratische Liste siegte mit 1130 gegen 460 Stimmen.

In Köbeln bei Ruzlau erlangten unsere Genossen auch in der 1. Klasse noch einen Sitz, nachdem sie in der 2. und 3. Klasse gesiegt hatten, so daß sie jetzt die Mehrheit im Gemeinderat haben.

In Tremsda siegte in der 3. Klasse die sozialdemokratische ohne Gegenliste.

Tod eines Veteranen der Revolution.

Paul Stumpf, der älteste Rainiger Parteigenosse, ist nach kurzem Krankenlager gestorben. Stumpf hatte sich als ganz Junger an der Revolution in Paris 1848 beteiligt, kam dann nach Deutschland und machte im bairischen Aufstande 1849 den Zug nach Kirchheimbolanden mit. In der Reaktionsperiode mit zahlreichen anderen des Hochverrats angeklagt, wurde er vor das Schwurgericht gestellt, das jedoch auf Freisprechung erkannte. Nachdem er lange im Ausland gelebt hatte, kehrte er nach Rain zurück und schloß sich der sozialdemokratischen Partei an. Lebhafteste Beziehungen hatte er mit Karl Marx, Engels, Lassalle, Liebknecht usw. unterhalten. Stumpf hat ein Alter von 85 Jahren erreicht. Unter seinen zahlreichen Manuskripten, Briefen usw., die er hinterlassen hat und die vorläufig in der Stadtbibliothek aufbewahrt werden, dürfte sich manches Interessante befinden.

Dolksrechtliches, Gerichtliches usw.

Preßprozeß.

Wegen Beleidigung eines Pfarrers wurde Genosse Kühn als Verantwortlicher des „Gothaer Volksblatts“ in der Verurteilung zu 100 M. Strafe und den üblichen Nebenstrafen verurteilt.

Jugendbewegung.

Staatliche Jugendpflege in Sachsen.

Unter diesem Titel erscheint dieser Tage im Verlage des Centralverbandes der sozialdemokratischen Partei Sachsens eine kleine, vier Bogen starke Broschüre, die von dem Genossen Landtagsabgeordneten Reimling verfaßt ist. Die Broschüre enthält, wie schon ihr Titel andeutet, in wohl ziemlich lädenloser Form das wichtigste Material über die mit staatlicher Unterstützung eingeleitete „Jugendpflege“ in Sachsen, das jüngste Produkt der gegen die moderne Arbeiterbewegung gerichteten Bestrebungen unserer Gegner. Der Verfasser beabsichtigt mit seiner kleinen Schrift nicht, das Problem der bürgerlichen Jugendbewegung in seiner ganzen Tiefe und Breite zu erschöpfen. Das konnte er schon deswegen nicht, weil wir hierüber in unserer parteigenössischen Literatur bereits ein vorzügliches Werkchen in der Schrift des Genossen Dr. Karl Horn: Die bürgerliche Jugendbewegung in Deutschland, besitzen. Die Broschüre des Genossen Reimling will in der Hauptsache nur Material bieten über spezifisch sächsische Verhältnisse, um den in der Jugendbewegung tätigen und sich dafür interessierenden Genossen in der Agitation zur Hand zu gehen. Dabei ist aber die kritische Beleuchtung der Tätigkeit der bürgerlichen „Jugendfreunde“ nicht außer acht gelassen. Bei dem regen Eifer, mit dem zuerst Behörden, Schulle, Unternehmerorganisationen, bürgerliche Vereine der verschiedensten Art und einzelne „Menschenfreunde“ sich der Aufgabe des Proletariatsjugendjünges widmen, ist der kleinen Schrift eine starke Verbreitung zu wünschen. Sie kostet im Einzelverkauf 50 Pf., durch die Parteiorganisationen bezogen 20 Pf. Bestellungen nehmen alle Parteibuchhandlungen, Parteisekretariate usw. entgegen.

Gewerkschaftliches.

„Vaterländische“ und „deutsch-nationale“ Gelbe!

Die Zentrumschriften sträuben sich noch, wenn man sie „unter den Linden“ als gute Freunde der „Wertvereine“ bezeichnet, wenn von den „gesunden gelben Gedanken“ geredet wird. Die „Deutschnationalen“ verzichten auch auf den falschen Schein. Wie berichtet wird, nahm auf dem in Worms

abgehaltenen Gantag des Bundes vaterländischer Arbeitervereine als „Ehrentag“ auch ein Vertreter des „Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes“ das Wort. Die „Wormser Zeitung“ berichtete darüber:

Herr Hofius entbietet herzliche Grüße im Namen des deutschen Handlungsgehilfenverbandes und beglückwünscht den Verband vaterländischer Arbeitervereine zu seinen bisherigen guten Erfolgen. Wir werden dem jungen Verband gern hilfsreiche Hand reichen, um gemeinsam handeln zu können in den heutigen eigentümlichen Verhältnissen, in denen die Gründung Ihrer Vereinigung eine Notwendigkeit war. Gerade den vaterländischen Arbeitervereinen und den Bewegungen, die die gleichen Ziele verfolgen, ist die Zukunft beschieden, denn es kam unter keinen Umständen so weiter gehen, daß die Arbeiterschaft auch weiterhin derartig verachtet wird. Dem Weiterleben und Gedeihen des Verbandes widmet Herr Hofius die herzlichsten Glückwünsche.

Die eigentliche Festrede beim Kommerz hielt auch ein Mitglied der „Deutschnationalen“.

Gleiche Seelen finden sich; als Dritte im Bunde werden nun wohl bald auch „unter den Linden“ die Zentrumschristen mit ihren „gesunden gelben Gedanken“ hinzukommen.

Berlin und Umgegend.

Der Streik bei Löwe.

Die Situation ist bis jetzt noch unverändert. Fest steht jedoch das eine: nämlich, daß die Firma nur unter den schwersten und äußersten Anstrengungen nach außen hin den Schein erweckt, daß sie ihren Betrieb im Gange hält. Die Betriebsleitung kann es nicht mehr verbergen, wie häufig es mit ihren derzeitigen Arbeitskräften bestellt ist. Dies ergibt sich schon aus den nicht mißzuverstehenden Andeutungen und Versprechungen, die von Leitern und sonstigen Vorgesetzten einer Anzahl von Streikenden verschiedentlich gemacht worden sind. In einer am Mittwoch abgehaltenen Versammlung, in der Hande ein Situationsbericht gab und betonte, daß die Streikenden mit unvernünftiger Entschlossenheit weiterkämpfen werden, wurden die Ausführungen des Redners mit kläglichem Zustimmung aufgenommen. Auf verständnisvolle Heiterkeit stieß auch die Mitteilung, daß Lehrlinge als Kolonnenführer verwendet werden und daß die Druck- (Ausführung) Hausen immer höher auswachen. Die Diskussion brachte ganz kurz und klar zum Ausdruck, daß der Kampf so lange dauern werde, bis im Löwenischen Betriebe ein gerechtes System für die organisierten Arbeiter garantiert wird.

Ragen der Straßenbahnangestellten.

Die Angestellten der Großen Berliner Straßenbahn führen Klagen über unregelmäßig gewährte freie Tage. Nachweislich müssen dieselben auf verschiedenen Waghöfen 2-3 Wochen fahren, bis sie einmal frei bekommen. Dieser Mißstand ist darauf zurückzuführen, daß seit Oktober v. J. nach eigener Angabe der Direktion auf der Aktionärversammlung 400 Dienststellen entlassen wurden, welche „freiwillig“ den Dienst quittierten. Daß durch ein derartiges System die Anfälle und Zusammenstöße nicht verringert, sondern bedeutend erhöht werden, dürfte jedem, und nicht in letzter Linie auch der Betriebsleitung der „Großen“ klar sein. Ferner wird es begreiflich erscheinen, daß durch ständiges Wechseln des Personals auch die Sicherheit des Publikums nicht gerade gefördert, im Gegenteil vielmehr gefährdet wird.

Die „Große Berliner“ versteht es außerordentlich gut, bei jeder passenden Gelegenheit darauf hinzuwirken, daß die Aufsichtsbehörde es so und nicht anders verlange. Es wäre auch hier angebracht, sich an die Bestimmungen derselben zu halten, welche besagen sollen, daß dem Personal nicht mehr wie zehn Arbeitstage hintereinander zugemutet werden dürfen. Es ist nicht damit getan, wenn den Angestellten 52 freie Tage gewährt werden, wovon mindestens sieben Sonntage sein sollen, sondern es muß in erster Linie verlangt werden, daß dieselben jede Woche ihren Ruhetag erhalten. Das wird ohne weiteres bedingt durch den Großstadtbetrieb und das verlangt auch die den Angestellten auferlegte Verantwortung, die für jeden Schaden haftbar gemacht werden. Es wäre ein Leichtes, diese Ruhetage in den bestehenden Dienstturnus hineinzuarbeiten, indem auf sieben Wochen jeder 8. Tag und auf weitere sieben Wochen jeder 6. Tag als Ruhetag angelegt wird. Auch die Sonntage würden dadurch gewährleistet. Aber wo derartige Einrichtungen bestanden, so bei der früheren Dampfstraßenbahn, bei der Berlin-Gorlottenburger Straßenbahn, sind dieselben bei der Übernahme der Verwaltung durch die G. B. St. beseitigt worden. Besserer Ausnutzung des Personalmaterials. Ob dabei die Kräfte des einzelnen überanstrengt werden, darum kümmert sich die Gesellschaft nicht. Die Aufsichtsbehörde hat auch, wie man sieht, nur darauf zu achten, daß die Wagen der Gesellschaft mit dem nötigen ausgebildeten Personal besetzt sind. Damit scheint ihre Aufgabe erledigt zu sein. Es müßte sonst Wunder nehmen, daß sie nicht in Erfahrung bringen sollte, daß in letzterer Zeit auf mehreren der westlichen Waghöfe der Gesellschaft von mehreren hundert Bediensteten nur zwei einen Ruhetag bekommen, um aber an demselben gleich für Kranke wieder zum Dienst herangezogen zu werden.

Wenn die Unzufriedenheit der Straßenbahnangestellten unter solchen Umständen fortdauernd wächst, ist das völlig begründlich.

Tariffbewegung der Zelte- und Planarbeiter.

Die im Verande der Sattler und Portefeuille organisierten Arbeiter der Zelte- und Planfabriken stehen in einer Tariffbewegung, woran auch der Deutsche Metallarbeiter-Verband sowie der Verband der Schmiede beteiligt sind. Von den Unternehmern hat nur ein Teil den eingereichten Vertragsentwurf beantwortet. Die Forderungen sind aber auch dem Vor-sitzenden des Industrieverbandes zugegangen. Das Resultat bezüglich der Wünsche über die Regelung war, daß die betreffenden Unternehmer so gut wie gar nichts zugestanden. Auch in den Lohnforderungen wurde den Arbeitern nur geringfügige Aufbesserung versprochen. Desgleichen lautete auch die Forderung bei den übrigen Forderungen teils nur wenig entgegenkommend, teils direkt ablehnend. So wollten die Herren auch nichts wissen von der Abschaffung der Heimarbeit. Ueber den Ausgang berichtete die Schlichtung des Sattlerverband in einer am Mittwoch abgehaltenen Versammlung, der auch als Vertreter des Metallarbeiterverbandes Klaus bei-wohnte. Eine Einigung mit den beiden von Herrn Kasse, dem Vorsitzenden des Industrieverbandes vertretenen Firmen war nicht zu erzielen. Da auch die Ausprüche mit den übrigen Firmen kein wesentliches Ergebnis brachte, so empfahl der Referent, eventuell sich bietende Verhandlungen nicht schon von vornherein abzulehnen.

Nächstende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die im Englischen Garten versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen der Holz- und Zeltebranche Berlins erklären die bisher vom Generalsekretär der Arbeitgeberverbände Berlins, Herrn Kasse, im Auftrag der Firmen Reichelt und Edert gemachten Zugeständnisse für ungenügend.

Eine Fortsetzung des Vertragsverhältnisses kann nur erfolgen, wenn die Herren Arbeitgeber dem Verlangen nach Verkürzung der Arbeitszeit und einer den teureren Verhältnissen mehr entsprechenden Lohnverhöhung Rechnung tragen.

Ganz besonderes Gewicht legen die Versammelten ferner auf eine präzise Regelung der Montageschläge, auf Abschaffung der Heimarbeit, sowie auf eine durchgreifende Regelung der Arbeitsvermittlung.

Die Versammelten beauftragen die Organisationsvorstände, diesen Willensausdruck zur Kenntnis der Herren Arbeitgeber zu bringen und erwarten, daß bei eventueller Fortsetzung der Verhandlungen diesen Wünschen seitens der Arbeitgeber mehr Rechnung getragen wird.

Schuhmachereinstellung in Götting. In Götting hat am Montag die große Mehrzahl der Schuhmachergehilfen die Arbeit eingestellt. — Zugung ist ferngehalten.

Wahrung, Freigeistlichen! In die Liste der Betriebe mit geregelter Verhältnisse sind nachzutragen: Drechsler, Beringstr. 47, Degener, Vornholmer Str. 9a, Heinrich, Scheringstr. 8, Sander, Wuttmannstr. 8, Papensuf, Lysarstr. 15, Bellgardt, Mustenerstr. 22, Kaskiewicz, Wobbinstr. 9, Darzow, Jelenstr. 58 in Reußlan.

Verband der Freigeistlichen. Zweigverein Berlin.

Deutsches Reich.

Der Kampf im Schneidergewerbe.

Nach der neuesten Zusammenfassung des Verbandes der Schneider befinden sich 6320 Mitglieder im Streik und 6978 Mitglieder sind ausgesperrt. Dazu kommen noch weitere 2000 Streikende und Aussperrte, die zum Teil unorganisiert sind, zum Teil dem Gewerbeverein oder dem christlichen Schneiderverbande angehören. Alle Nachrichten der Unternehmer, daß 22 000 Gehilfen im Kampfe stehen, sind nur zu dem Zweck in die Presse lanciert, um den wankelmütigen Unternehmern den Glauben beizubringen, die Kasse der Gehilfenverbände werde derart stark in Anspruch genommen, daß sie in wenigen Tagen vollständig leer sei. Dagegen hat die Unternehmerpresse bis jetzt aber noch nicht mitgeteilt, daß mehr als 20 Ortsgruppen des Unternehmerverbandes ihrem Hauptvorstande die Gefolgschaft verlagert haben und die Aussperrung nicht mitmachen, und daß es außerdem fast in allen Ortsgruppen des „Abab“ (Allgemeiner Deutscher Arbeitgeber-Verband) ganz gewaltig kräftigt. Überall verlassen Firmen dem Unternehmerverband die Gefolgschaft und heben die Aussperrung auf, weil sie die Gewaltspolitik ihrer Verbandsleitung nicht mehr mitmachen wollen.

Der Kampf wird nun nicht mehr wie im Anfang um die Höhe des Lohnes und anderer Forderungen geführt, sondern in der Hauptsache darum, welcher Einfluß den Filialen der Gehilfenverbände auf die zu vereinbarenden Lohn- und Arbeitsbedingungen zugestanden werden soll. Während nach den zwischen dem Unternehmerverband und den Gehilfenverbänden bestehenden Verträgen die örtlichen Verhandlungen die Grundlage der Tarifberatungen bilden sollen, hat der „Abab“ in den letzten Tagen immer mehr darauf hingewirkt, die örtlichen Vertreter möglichst anzuschalten.

Das Zentralorgan des Unternehmerverbandes bringt nun in seiner letzten Nummer einen Artikel „Des Kampfes Preis“. Die in dem Artikel enthaltenen Ausführungen gipfeln darin, daß für sämtliche Tarife ein einheitlicher Ablauftermin festgelegt werden soll, und zwar auch für die Tarife, die jetzt nicht gekündigt worden sind. Diese Forderung wird als ein Gebot der eisernen Notwendigkeit bezeichnet, vor der alle anderen Differenzen und Kleinigkeiten Bedenken weit in den Hintergrund treten. Der Kampf soll der Vorläufer einer längeren Friedensperiode werden, die das Schneidergewerbe dringend wünscht. Obgleich diese neuesten Pläne mit großem Erimbortium in dem Unternehmerorgan bekanntgegeben werden, sind darauf hingelende Anträge weder jetzt noch früher an die Gehilfenverbände gestellt worden. Im Gegenteil: zu derselben Zeit, wo diese Pläne das Licht der Öffentlichkeit erblickten, läßt der Unternehmerverband verkünden, daß nach Lage der Sache die Unternehmer nicht die geringste Veranlassung haben, zu neuen Verhandlungen die Hand zu bieten. Die Initiative müßte einzig und allein von den Arbeitern ausgehen.

Nach einer Notiz der bürgerlichen Presse soll der Gewerbegerichtsleiter Dr. Prentner in München — dem Stitz des Hauptvorstandes der Unternehmer — den Unternehmern einen Vermittlungsversuch angeboten haben; er nahm jedoch davon Abstand, nachdem ihn die Unternehmer dahin belehrt hatten, daß momentan keine Grundlage für einen Ausgleich gefunden werden könnte. Ferner teilt die bürgerliche Presse mit, daß die Reichsregierung auf Veranlassung der Arbeiter-Informations über die Sachlage eingeholt habe und den Parteien wahrscheinlich Vermittlungsvorschläge entgegenwerde. Dazu ist zu bemerken, daß die Reichsregierung von den Arbeiterverbänden nicht bemüht wurde und sich auch nicht an sie gemeldet hat.

Wenn die Unternehmer eine Frühjahrssaison drangeben wollen, um einen Kampf von längerer Dauer mit den Arbeitern zu führen, dann mögen sie es nur versuchen. In der neuesten Zeit mußten alle Gewerkschaften mit Kämpfen von längerer Dauer rechnen und auch die Schneider werden sich damit abzufinden wissen.

Der Streik der Fischereiarbeiterinnen in Oestemünde.

Am Fischereihafen in Oestemünde, der größten derartigen Anlage Preußens, ist es zu einem Ausstände der Arbeiterinnen gekommen. Nur drei Firmen haben die bestehenden Forderungen der Frauen für ihre unangenehme Arbeitsverhältnisse bewilligt. Eine Anzahl anderer Firmen hat die in Aussicht gestellte Bewilligung auf Verreiben des Unternehmerverbandes zurückgezogen, der auf jeden Zuwiderhandlungsfall eine Konventionalstrafe legte. Da sich bei der Eigenart der Arbeit in den Marinieranstalten, Fischbratereien und Räucherereien kaum ausreichend geschulte Arbeitswillige finden werden, die Frauen aber mit einer seltenen Einnützigkeit und Geschlossenheit im Kampfe stehen, so ist voraussichtlich mit einem Siege zu rechnen. Die wesentlichste Forderung ist eine Erhöhung des Stundenlohnes auf 28 Pf.

Ausland.

Streik der Lithographen und Steindrucker in Triest (Oesterreich). Hier bestand zwischen den Arbeitgebern und den Steindruckerarbeitern ein fester Tarifvertrag mit zweimonatiger Kündigung, der am 28. Februar abgelaufen ist. Ende des Vorjahres stellte die Arbeiterschaft verschiedene Forderungen an die Unternehmer bezüglich der Löhne und der Arbeitszeit, die aber abgelehnt wurden. Da es bis zum Ablauf des Tarifes auch zu keiner Einigung kam, sind die Steindrucker in den Streik getreten. Ueber Triest wurde die Sperre verhängt.

Streik der Lithographen und Steindrucker in Bordeaux (Frankreich). Hier ist ein allgemeiner Streik der Lithographen und Steindrucker ausgebrochen, weil die Forderungen der Arbeiterschaft auf Lohnerhöhung, Ueberstundenzulage usw. nicht bewilligt wurden. Sämtliche Steindruckfirmen in Bordeaux sind gesperrt.

Aus Industrie und Handel.

Erhöhung der Brauwertpreise durch die Spirituszentrale. Die Spirituszentrale hat beschlossen, die Verkaufspreise wiederum um 8 M. zu erhöhen mit Ausnahme der Preise für Brennspiritus. Seit der „Finanzreform“ von 1900 ist damit eine Steigerung der Brauwertpreise von 46 M. auf 60,50 M. pro Hektoliter eingetreten. Die Zentrale, deren Monopolstellung durch den erzwungenen Anschluß des größten Außenländers, der Osterreichischen Spiritusfabriken, noch gefestigt worden ist, muß seine Macht zu diesem Hinsinnschreiben der Preise aus. Als Begründung für die diesmalige Erhöhung wird die „relativ schwache Produktion im Februar und die gleich schlechte Aussicht für den Monat März“ vorgebracht. Tatsächlich sucht aber die Spirituszentrale die angeländigte Aufhebung der Liebesgabe von vorübergehenden Konsums abzuwehren.

Erhöhung der Kohlenpreise in Schlefien.

Die augenblickliche günstige Situation im Kohlenbergbau wird auch vom preussischen Fiskus ausgenutzt. Die staatlichen Steinkohlengruben Oberschlesiens erhöhen die Preise für Industriekohle vom 1. April ab um 0,50 bis 1 M. pro Tonne.

Die Ertragsfähigkeit der Getreidefelder.

Wenn die Getreidefelder auf ihre Reproduktivität miteinander verglichen werden, so muß dabei berücksichtigt werden, daß der Ackerboden in sehr vielen Ländern kräftiger ist als in Deutschland. In Betracht zu ziehen sind auch die Witterungseinflüsse in den einzelnen Ländern. In einigen Teilen Europas war der letzte Ernteertrag günstiger als im Vorjahre. Andere Länder und besonders Rußland, die Wolga- und sibirischen Landstriche dieses Reiches, hatten ein bedeutend ungünstigeres Resultat zu verzeichnen. Die afrikanische Ernte ist hauptsächlich in Ostindien gut ausgefallen. Qualitativ war infolge der niederschlagsreichen Witterung in Kanada ein erheblicher Ernteverlust zu beklagen. Die noch kurz vor der Ernte günstigen Aussichten wurden vernichtet, denn die Ernte selbst fiel so aus, daß ungefähr 60 Proz. des Gesamtertrages höchstens als Futtermittel in Betracht kommen konnten. Die große Dürreperiode des letzten Jahres hat in den Vereinigten Staaten von Amerika die Ernte sehr nachteilig beeinflusst. Die unerwartet schlechte Maisernte Südamerikas machte sich besonders in Argentinien bemerkbar. Gerade dieses Land ist auf einen starken Maisimport angewiesen. In Australien vergrößerten sich außerdem wieder die Anbauflächen für Getreide, das im Jahre 1911 eine gute Ernte erzielte. In den wichtigsten Ländern, die für die Versorgung des europäischen Getreidemarktes in Betracht kommen, zeigte der Ertrag eines hektargroßen Weizenfeldes im Durchschnitt recht verschiedene Resultate. Das Deutsche Reich steht hinsichtlich des durchschnittlichen Weizenertes von einem Hektar im Jahre 1911 mit 20,60 Doppelzentner noch mit am günstigsten da. Die gleiche Fläche brachte in Bulgarien im letzten Jahre eine Ernte von durchschnittlich 15,20 Doppelzentner. Die ungarischen Kronländer wiesen ein Ergebnis von 13,97 Doppelzentner auf. Mit diesem Ertrage steht Ungarn nicht viel über Frankreich, das pro Hektar eine Durchschnittsernte für Weizen mit 13,76 Doppelzentner nachweisen konnte. Die Ertragsfähigkeit der kanadischen Weizenfelder zeigte pro Hektar 11,84 Doppelzentner. Noch geringere Resultate hatten Amerika mit 8,40 Doppelzentner und das russische Reich mit 4,84 Doppelzentner. In nachstehender Tabelle spiegelt sich der Ertrag eines hektargroßen Getreidefeldes für die wichtigsten Getreidearten innerhalb des letzten Jahres durchschnittlich in Doppelzentner wider:

Länder	Weizen	Roggen	Gerste	Safer
Deutsches Reich	20,60	17,70	19,93	17,30
Frankreich	13,76	6,04	14,33	12,60
Oesterreich	13,20	13,10	14,80	12,10
Kanada	11,84	11,13	17,20	15,80
Russisches Reich	4,84	3,96	7,60	8,71

Die Roggenernte ist im Jahre 1911 wesentlich anders gewesen. Das Deutsche Reich zeigt auch hier wieder bei den genannten Ländern mit einem Resultat von 17,70 pro Hektar ein günstiges Ergebnis. Es folgen dann erst Oesterreich, während Frankreich unter den fünf genannten Ländern hinsichtlich seiner Roggenernte an vorletzter Stelle rangiert. Am schlechtesten ist die Roggenernte im russischen Reich ausgefallen, auf einen Hektar kamen sogar noch weniger als bei der Weizenernte. Die Ertragsfähigkeit der Weizenfelder ist beträchtlich größer gewesen als die aller anderen Getreidearten. Nur das Deutsche Reich zeigt einen geringeren Durchschnittsertrag für Gerste mit 19,93 Doppelzentner als Weizen. In Kanada kamen auf 1 Hektar im Durchschnitt 17,20 Doppelzentner. In Oesterreich und Frankreich ist der für 1 Hektar berechnete Ertrag ziemlich in gleicher Höhe. Auch das russische Reich hat ein relativ günstiges Durchschnittsergebnis für Gerste mit 7,60 Doppelzentner. Allerdings bedeutet dieser Ertrag nur ungefähr die Hälfte des französischen. Der Saferernte nach behauptet das Deutsche Reich auch seinen Platz als ein der ertragreichsten. Kanada folgt mit 15,80 Doppelzentner. Frankreich ist nur um 3,20 Doppelzentner pro Hektar hinter Kanada zurückgeblieben. Am geringsten ist die erzielte Durchschnittsmenge für Safer in Rußland. Es kamen auf 1 Hektar nur 8,71 Doppelzentner. Die günstigste Maisernte ist für 1911 in der Schweiz mit durchschnittlich 23,60 Doppelzentner pro Hektar nachgewiesen. Tunis hatte nur 3,25 Doppelzentner aufzuweisen; mit dieser Ziffer nimmt es auch die letzte Stelle der Länder ein, die für Maisbau hauptsächlich in Betracht kommen.

Soziales.

Aus dem Jammerale der Eisengroßindustrie.

Angriffe auf die Verhältnisse in der Eisengroßindustrie sucht das Unternehmertum mit Hinweis auf die hohen Löhne und die prächtigen Wohlfahrtsanrichtungen abzuwehren. Die ewige Wechsellagerung solcher haben den Verhältnissen dieser Industrie in der Öffentlichkeit den Anschein eines Idylls verschafft, das mit der brutalen Wirklichkeit sehr stark kontrastiert. Gewiß, eine verhältnismäßig kleine Anzahl von Arbeitern erhält Löhne, die weit über dem Durchschnitt liegen. Gewöhnlich müssen dafür aber auch Antreiberdienste geleistet werden. Das Einkommen der großen Masse bleibt bescheiden, unter Berücksichtigung der zu leistenden schweren Arbeit, die eine reichliche und gute Nahrungszufuhr zur unerlässlichen Voraussetzung hat, meistens sogar recht kümmerlich. Die Altersgrenze der Hütten- und Stahlwerkarbeiter ist niedrig, sie unterliegen gewöhnlich großen Unfallsgefahren und Angriffen auf die Gesundheit. Während beispielsweise in dem als hervorragend gefährlichen Bergbau im Jahre 1910 auf 1000 Beschäftigte 135,2 Unfälle kamen, verzeichnete die Rhein-Westf. Hütten- und Bergwerksberufsgenossenschaft 171,4 Unfälle auf dieselbe Anzahl versicherter Personen! Da zudem die Unternehmen der Großeisenindustrie zu den lukrativsten Betrieben gehören, sollte man glauben, den großen gesundheitlichen Gefahren lämpfte man wenigstens durch musterhafte sanitäre und hygienische Einrichtungen entgegen. Doch weit gefehlt! Welche skandalösen Zustände hier herrschen, das hat der Metallarbeiterverband durch eine umfassende Erhebung festgestellt. In dem von ihm herausgegebenen Buche über die Schwereisenindustrie im Deutschen Zollgebiet werden die Ergebnisse dargestellt. Auf diese stützen sich die folgenden Angaben.

Für viele tausende Arbeiter an den Hochofen fehlen jegliche Unterkunftsräume, schußlos sind sie allen Unbilden der Witterung ausgesetzt. Dasselbe gilt von einer Reihe Walzwerke, denen die geschlossene Umkleidung fehlt. Aus 209 Betriebsabteilungen, wie Schmelzereien, Drehereien, von insgesamt 439, aus denen Berichte vorlagen, wird berichtet, daß die Heizung der Arbeitsräume ungenügend sei. In manchen Hüttenwerken ist die Heizung mittels der außerordentlich gesundheitschädlichen offenen Koksfeuer üblich. Beispielsweise sind in einer Weichenbauanstalt des „Rhönig“ in Ruhrort 15 Koksfeuer aufgestellt. Sehr groß ist die Zahl der Ausstellungen über ungenügende Beleuchtung der Arbeitslokale. Vereinzelt behilft man sich noch mit — Petroleumlampen! Das Fehlen von Licht auf Regen und Wägen zwischen den Werken ist oft die Ursache von Unfällen. Aus 181 Werken mit 692 Betriebsabteilungen werden weiter folgende Mängelstände berichtet, Zahl der Fälle in Klammern: Ventilation ungenügend (708), Wascheinrichtung fehlt (801), ungenügend vorhanden (261), Trinkwasser fehlt (222), ungenügend vorhanden (94), Abort fehlt (187), mangelhaft vorhanden (364). Ferner muß in 122 Betrieben des Metallwesens im Arbeitsraum eingenommen werden. Das Fehlen gut funktionierender Ventilatoren ist besonders gesundheitschädlich in den Hüttenbetrieben mit starker Gaseentwicklung und hohen Temperaturen. In den Martinwerken bei Krupp gehen sie bis über 60 Grad Celsius hinaus! Bei der Reinigung der Kanäle und Ventile entzündeten sich die Arbeiter oft am Leibe der Deute. Bei der Firma Storch u. Schöneberg in Cosenbach arbeiten 10 Mädchen am Hüt-

ofen, der Wollen von Phosphor und Schwefeldämpfen entwickelt. Auf dem Thomawerk der Königshütte sind Arbeiterinnen bei größter Staubentwicklung in Räumen beschäftigt, denen jede Ventilation mangelt. Der gebrannte Dolomit wird zwei Stock hoch auf ein Fuhrwerk herabgeschüttelt, in demselben Raume wird aber die Arbeit keinen Augenblick unterbrochen. Auch die Arbeiterinnen an der Dolomitmühle sind beständig in Staub gefüllt.

Die Gewerbeinspektionen sind wohl zu sehr überlastet, oder sollte der Grubenmagnetenwille nicht zu brechen sein? Direkt standals ist es, daß es vielfach sogar an einwandfreiem Trinkwasser fehlt. In 222 Betriebsstellen waren nicht einmal Papststellen zur Entnahme des Wassers vorhanden. Ueber die Lieferung ungenügender Wasser wird besonders aus dem Saargebiet, Luxemburg und Lothringen geklagt. Auf dem Sieghütter Eisenwerk sperrt man aus Sparmaßregeln die Wasserleitung; der Tranf der Lohse muß aus hinter der Fabrik liegenden Brunnen geholt werden. Dazu gilt er als unsauber. Die Abteilung Differenzen des Deutscher-Arbeitervereins Bergwerks- und Hüttenvereins bezieht das Trinkwasser aus der — Grube. Die Durstillung ist auf den Werken und in den Feuerbetrieben die Quelle sehr vieler Magenleiden. Daher verdient diese Frage die allergrößte Aufmerksamkeit. Daß in einer großen Reihe von Werken ordentliche Wascheinrichtungen fehlen, sollte man wirklich kaum für möglich halten. Um den Regierungspräsidenten bei einem Besuche zu täuschen, ließ eine Fabrik in Hildes eine große Anzahl Blech-eimer nebst Handtüchern aufstellen; nachher verschwand die Herrlichkeit wieder. In manchen Betrieben wuschen sich sechs und mehr Personen in einem Eimer. Ein sehr probates Mittel zur Verbreitung ansteckender Krankheiten. In einem Berichte — von Deutsch-Luxemburg — heißt es: „Im Hochofenwerk kommt auf 6 bis 8 Mann eine Heringsdose.“ Vielfach dienen Kühltröge als Wascheinrichtungen. Sogar an Abortanlagen wird gespart, recht ausgiebig sogar. Sehr beliebt ist die Praxis, die Anlagen so anzulegen, daß man den Geruch von außen beobachten kann, damit es fester geht. Viele Anlagen bestehen aus einem über 2 Wosten gelegten Balken, der oft nicht einmal abgerundet ist; Zwischenwände sind nicht vorhanden. Von einem Werk des „Rhönig“ wird berichtet, daß als Abort eine über einen Wasserabfluß gespannte Latte benutzt werde. Von den Westfälischen Stahlwerken hört man, daß Arbeiter bei der Bedürfnisbefriedigung von Ratten gebissen wurden. — Wahrscheinlich ist die Konkurtenzfähigkeit der deutschen Industrie bedroht, wenn solche Zustände abgestellt werden müßten, oder gehören sie zu dem vielberufenen „Schutz der nationalen Arbeit“?

Aus aller Welt.

Kulturfortschritte in Südwestafrika.

Eine Blüte deutscher Kultur, der Duellunfug, ist nach Südwestafrika übertragen worden. Die Südwestafrikanischen Blätter berichten, sollte in Swakopmund ein Duell zwischen zwei ansehnlichen Herren, und zwar höheren Beamten, stattfinden. Da es aber vorher bekannt geworden war, wurde es durch polizeiliche Maßnahmen verhindert. Nach Mitteilung der „Deutsch-Südwestafrikanischen Zeitung“ wirkten auch die Polizeibehörden des britischen Kolonialbinnenministeriums mit, um eine Ausführung des Vorhabens auch auf britischem Gebiet unmöglich zu machen. Die Anweisung ist vom Gouverneur selbst ergangen. Das Gouvernement war unterrichtet, weil der Gouverneur von den beiden Gegnern, die verschiedenen Beamtenkategorien angehören, pflichtgemäß von dem der Herausforderung vorausgegangenem Zusammenstoß dienstlichen Bericht erhalten hatte.

Folgeschwere Bombenexplosion.

Am Dienstag nachmittag fanden in vier Häusern des Mirgaya-Quartiers in Oporto (Portugal) heftige Bombenexplosionen statt. Vier Häuser sind vollständig zerstört worden. Unter den Trümmern wurden vier tote und sieben Schwerverletzte hervorgezogen. Von der Polizei wurde eine verdächtige Person verhaftet.

Die himmlische Posthalterin.

Aus Rempten wird berichtet: In der letzten Zeit erregte es Aufsehen, daß eine Frauensperson großen Aufwand trieb und in Automobilen und Zweispännern umherfuhr. Die Untersuchung ergab, daß die Frau sich die reichen Geldmittel durch Betrügereien an einer alten Frau verschaffte, der gegenüber sie sich als „himmlische Posthalterin“ ausgab. Die Betroffene soll an den Schwindel von der „Himmelspost“ fest geglaubt haben. Die Untersuchung über den Betrugsfall ist noch nicht abgeschlossen.

Kleine Notizen.

Von Rowdy's erfohlen. Die vier Gebrüder Haupt aus Weimar, abelbeleidete Leute, hänselten in vergangener Nacht auf dem Heimwege von Sauerndorf einen Arbeiter. Der hinzukommende Arbeiter Kämmling, der nach der Ursache des Streites fragte, wurde von den beiden älteren Haupt's gepackt und von dem einen mit einem großen Schlagmesser in den Rücken gestochen, so daß der Tod Kämmlings auf der Stelle eintrat. Die Täter wurden verhaftet.

Wegen Vernichtung von Posttaschen wurde auf Grund des § 354 des Strafgesetzbuchs von der Strafkammer in Karlsruhe der 34jährige Postagent und Landwirt Raub in Zeulaneureuth verurteilt. Ihm waren am 12. Januar von Karlsruhe 608 M. schläge mit Stimmzetteln der liberalen Volksparteien ausgegangen. Statt die Umschläge auszutragen, verbrannte Raub sie angeblich wegen Geschäftsermäßigung.

Selbstmord eines ungarischen Abgeordneten. Im Wien-Subappeler Zug erschoss sich am Mittwoch der ungarische Reichstagsabgeordnete und Präsident der ungarischen Abgeordnetenkammer Emerich Szival. Das Motiv der Tat ist unheilbare Krankheit.

Erdbeben in Portugal. In der Gegend von Ribatejo wurden einige Erdschöße wahrgenommen, welche die Bevölkerung in Schrecken setzten.

Ins Meer getrieben. Dreihundert Fischer, die an der Küste von Finnland fischten, sind durch eine Eiskalke in das Meer hinausgetrieben worden. Drei Erobrecher sind in ihrer Rettung abgegangen, doch ist es bisher noch nicht gelungen, ihnen Hilfe bringen zu können.

Bahnstroläher. Einbrecher drangen Dienstagnacht in den Bahnhof von Marcellabe bei Amiens (Frankreich) ein und töbeten den diensttuenden Signalwärter mit Weiltieben. Dann verübten sie einen Einbruchdiebstahl in das Bureau des Bahnhofsvorstehers.

Witterungsübericht vom 20. März 1912.

Stationen	Barometerstand um 9 Uhr	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad C.	Stationen	Barometerstand um 9 Uhr	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad C.
Stolzenberg	752,0	SB	4	10,0	Naparranda	759,0	2	10,0	—6
Darmstadt	750,0	6	4	10,0	Petersburg	754,0	2	10,0	—1
Berlin	753,0	6	1	10,0	Sibir	748,0	6	10,0	4
Frankfurt a. M.	752,0	6	5	10,0	Berdeen	739,0	2	10,0	4
München	757,0	2	2	10,0	Paris	751,0	2	10,0	5
Wien	760,0	2	1	10,0					

Wetterprognose für Donnerstag, den 21. März 1912.

Stellig heiter, am Tage mild, aber veränderlich, mit etwas Regen und sehr lebhaften südlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Abgeordnetenhaus.

41. Sitzung, Mittwoch, den 20. März, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerisch: v. Trotzig zu Solz.

Der Kultusetat.

Beim Titel „Evangelischer Oberkirchenrat“ bespricht

Abg. Kopsch (Sp.) die Prozesse gegen kirchlich-liberale Geistliche und polemisiert gegen die einseitig orthodoxe Stellungnahme des Abg. Windler (L.).

Abg. Dr. Runge (Sp.) fordert eine Reform der Synodalverfassung und des Kirchenwahlrechts. Die Meinung des Volkes muß zum Ausdruck kommen, denn die evangelische Kirche ist keine Priesterkirche. Berlins Bevölkerung ist weitestgehend kirchlich-liberal, trotzdem bevorzugt die Mehrheit orthodoxe Priester. Die Urteile gegen Jatho und Traub haben große Entrüstung hervorgerufen. Aber es geht doch vorwärts. (Beifall links.)

Kultusminister v. Trotzig zu Solz lehnt jede direkte Einwirkung auf den Oberkirchenrat ab. Die Kirche ist selbständig. (Bravo) rechts.)

Abg. Hoffmann (Soz.):

Der Minister gibt damit zu, daß es, was wir auch wissen, indirekte Einwirkungen des Ministers gibt. Wir sagen allerdings, daß die selbständige Kirche keine Steuergelder der Allgemeinheit zu bekommen hat. Eine Einwirkung des Ministers wäre nötig gegenüber den

Terrainspekulationen der Berliner Kirchengemeinden,

die die Anlage von Friedhöfen hindert. Der Blumenhandel der Kirchengemeinden ist auch schon zu tadeln. Aber viel schlimmer ist ihr Handel mit Grund und Boden. Wegen die Anlage eines neuen historischen Friedhofes in Buch erhebt die Kirche Einspruch, sie will der Stadt nur die Armenleichen gönnen, die bezahlten will sie selbst haben. (Hört! hört! links.) Das ist ja sehr christlich! Die Anlagen des Berliner Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde sind muntergültig und da kommt der Oberkirchenrat und erhebt gegen weitere städtische Kirchhöfe Einspruch, obgleich das Recht der Stadt nach dem Allgemeinen Landrecht gar nicht zweifelhaft ist. Man will der Stadt die Bekämpfung der Dissidenten erschweren! Man fordert die Beseitigung des Parkcharakters des Friedrichsfelder Friedhofes, er soll ganz belegt werden — alles nur wegen der unverantwortlichen Grundstückspekulationen der Kirche! Die

Spekulation auf Leichen

ist unchristlich und der Staat sollte sie nicht dulden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Freilich, diese Spekulation soll die Steigerung der Kirchensteuer aufhalten, von der man eine starke Förderung der Austrittsbewegung fürchtet. Es wäre hoch an der Zeit, über das Austrittsrecht reichs- oder landesgesetzliche Bestimmungen zu schaffen. Von Leuten, die mit der Kirche nichts zu tun haben wollen, Gelder für sie zu nehmen, ist unmoralisch. In Lauenburg gestattet man überhaupt keinen Austritt aus der Kirche, weil da angeblich ein Sonderrecht besteht. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In den Berliner Kirchen scheint in Bezug auf die Kirchensteuer eine Landallotrie in Ordnung zu herrschen. Leute, die seit 1800—1892 ausgetreten sind, werden jetzt plötzlich zur Zahlung von Kirchensteuer aufgefordert und es wird ihnen sogar Zwangsvollstreckung angedroht! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sogar eine längst verstorbene sollte gepfändet werden. Das überhaupt die Kirche Forderungen vornimmt, wo sie doch soviel Geld vom Staat bekommt, ist ein Skandal! In Kammin in Pommern ließ man einem seit dreieinhalb Jahren krankliegendem Arbeiter eine Kommode pfänden. Selbst längst ausgestretete sind gepfändet worden. Was hält die Kirche ihre Wäcker nicht in Ordnung?

Das Volk in seiner großen Mehrheit hat längst den Zusammenhang mit der heutigen Kirche verloren und wenn es da noch Steuer zahlen soll, tritt man lieber aus.

Zu den Priestermaßregelungen sage ich nur: wen die Götter vernichten wollen, den schlagen sie mit Blindheit! Ich kann das Vorgehen der Kirche nur loben, wenn sie die Priester hinauswirft, die es noch verstehen, die Massen in die Kirchen zu ziehen. Freilich sagt die Kirche, im Zweifel gibt es kein Halten mehr. Führen Sie nur den Antimodernismus ein, Herr Abgeordneter Hedenroth, Sie stimmen ja durch Ihren Wertes Kopfes zu! (Schallende Heiterkeit.) Ich sehe keine Hoffnungen darauf, daß das Kirchenwahlrecht reformiert wird. Es darf nicht mehr protestiert werden bei den Protestanten, auf dem Wege des Protestantismus darf nach dem Willen der Kirche kein Fortschritt gemacht werden.

Ungeheuerlich ist der Beschluß von Gemeinden, die Kirchensteuer ganz zu zahlen und auf die Gemeindefinassen zu verteilen. Nur das Einzige darf die Gemeinde übernehmen. Man hofft allerdings, dadurch die Kirchensteuer zu verheben und damit den Anlaß zur Behebung der Austrittssteuer zu nehmen.

Die zunehmende Induldiamkeit

treibt die Leute aus der Kirche. Wenn Sie aber alle, die nicht buchstabenblind sind, heraushaben wollen, so mühten Sie doch selbst den Austritt erleichtern! Der Redner gibt eine lange Liste abgesetzter und nicht beschäftigter Pfarrer bis zum Pfarrer Kraay, der den Kotau vor dem preussischen Sabel machen mußte, sonst wäre auch er geflohen! (Heiterkeit.) Da wundern Sie sich doch nicht, daß das Volk immer mehr die Enttauschung der Kirche fordert. In der Tolerationskommission des Reichstags von 1908—1907, der ich angehörte, gaben Konservative zu, daß ohne die staatliche Stütze die Kirche zusammenbrechen würde. (Hört! hört! bei den Soz.) Und da sagt ein Freisinniger wie Kopsch, Schule und Kirche gehörten zusammen! — Ein Bericht der Synode Karlsruhe konstatiert, daß das „gewohnheitsmäßige Christentum“ vor Wissenschaft und Kunst nicht standhalten kann. In Ihrem Verzweiflungskampf brauchen Sie Reherprojekte, Engländer, Roupproprio u. dgl. Präsident Dr. Jehr. v. Erffa mahnt den Redner zur Besinnung, worauf dieser dem Zentrum zuruft, daß auch diesem bei anderer Gelegenheit nichts geschenkt bleiben werde. (Heiterkeit.) Es fängt längst an, zu tagen, auch (nach rechts) bei den Leuten, die Sie noch fest an der Longe haben. (Zuruf rechts: Rein!) Bei dem Kaiser wird es wohl nie tagen. (Heiterkeit.)

Das Volk aber weiß, daß

Kapitalismus und Kirche eine gegenseitige Versicherungsgesellschaft

bilden, die die Regierung als Ausschuß eingesetzt hat. Die Versicherungsgesellschaft sollen Sie dem Volke auf, aber der Tag wird kommen, an dem das Volk den Kontrahenten einen dicken Strich durch die unverschämte Rechnung macht! (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. D. Hadenberg (natl.) stimmt dem Minister dahin zu, daß er sich in die innerkirchlichen Streitigkeiten nicht einmischen dürfe. Die evangelische Kirche sieht niemals über den persönlichen Glauben einzelner zu Gericht. Aber für die Angehörten der Kirche gibt es keine schrankenlose Freiheit, sonst würde der Organismus der Kirche zerstört. (Lebhafte Zustimmung.) Die Aufgabe, die Grenze zwischen der Bildung und der Freiheit der Kirchenbeamten zu bestimmen, ist unendlich schwer. Das Zerlehrgesetz, das mit dem kanonischen Recht gebrochen und das Verfahren auf evangelische Grundzüge gestellt hat, ist einer der größten Fortschritte der Kirche. Jetzt werden auch die Ent-

lassenen als Wahrheitsfächer weitergeführt, früher war das nicht so. Ich weise die Angriffe auf das Gelehrte und das Spruchkollegium namens der Vertretung der evangelischen Kirche auf das entscheidendste zurück. (Lebhafte Beifall rechts und bei den National-liberalen.)

Abg. Windler (L.) freut sich über die Worte des Ministers und dankt dem Abg. Hadenberg.

Abg. Hammer (L.) klagt nochmals über den Blumenhandel der Kirchengemeinden auf den Friedhöfen Berlins.

Unterstaatssekretär v. Chappuis: Vom Minister ist dem Oberkirchenrat nahegelegt worden, die Klagen der Berliner Gärtner in Erwägung zu ziehen.

Abg. Heyne (natl.) bringt auch aus der Provinz Klagen über Gärtnergeschäfte der Synoden vor.

Abg. Kamböhr (ff.): Das Urteil des Spruchkollegiums mag ausfallen, wie es will, dem Verurteilten hastet keinerlei Mitleid an. Das ist doch ein Fortschritt! Wenn ein alter brandenburgischer Geistlicher in Mecklenburg-Schwerin eine Pfarre übernehmen will, muß er dazu erst das zweite theologische Examen wiederholen und wird bis dahin Herr Kandidat angeredet. Diese chinesische Mauer sollte man doch beseitigen. (Beifall.)

Abg. Lüders (ff.) beklagt ebenfalls die Konkurrenz, die die Synoden den Gärtnern machen.

Nach kurzer, unwesentlicher Debatte über die Provinzial-schulräte folgt der

Etat der Elementarschulen.

Dazu beantragen die Abgg. Vorchardt (Soz.) und Genossen, die Staatsregierung um Vorlage eines Gesetzentwurfs noch in dieser Session zu erlassen, durch den gegenüber den Zwangsverfügungen der Schulaufsichtsbehörden das Verwaltungsverfahren zugelassen wird; ferner beantragen die Sozialdemokraten, die Staatsregierung zu erlassen, diejenigen Zwangsverfügungen mit Strafanordnungen und Straffestellungen aufzuheben, die von der Schulaufsicht ergangen sind wegen Erteilung von gewerbsweitem Unterricht an nicht mehr volkschulpflichtige Jugendliche, wegen Erteilung von nicht gewerbsweitem Unterricht an Jugendliche überhaupt, wegen Leitung von Turnen, Spielen, Singen Jugendlicher in Vereinen, bei Festen usw., wegen Abhaltung von unpolitischen Vorträgen vor Jugendlichen und wegen Beihilfe dazu. Die Staatsregierung soll weiter aufgefordert werden, die auf Grund solcher Zwangsverfügungen bereits eingezogenen Geldstrafen zurückzahlen und für event. Freiheitsstrafen und sonstige Schädigungen aus diesem Anlaß Ersatz zu leisten.

Es wird weiter beantragt vom Abg. Kronsohn (Sp.) die Aufhebung der geistlichen Disziplininspektion und die Errichtung der hauptamtlichen Kreisdisziplininspektion; vom Abg. v. Wogna (ff.) Aufwendung höherer Mittel für die Anstellung von Kreisdisziplininspektoren im Hauptamt; vom Abg. Dr. Heß (Z.), Aufhebung der Bestimmungen, wonach Volksschullehrer zur Ausübung der Jagd ausdrücklicher Genehmigung bedürfen; dieselben Abgeordneten Bewährung höherer Entschädigungen der Elementarlehrer für die Teilnahme an den amtlichen Kreisdisziplininspektionen; von der Volkspartei, den Volksschullehrern den Zutritt zu den akademischen Studien zu gewähren und von den Nationalliberalen Dr. v. Campe und Genossen, den Volksschullehrern den Unirufbefehl zu ermöglichen.

Abg. Jberhoff (ff.) beklagt die Ueberfüllung der Volksschulklassen und wünscht bessere Lehrerbildung.

Abg. Dr. Heß (Z.): Die Rede des Abg. Vorchardt vom Sonnabend war wissenschaftlich ungewöhnlich wertlos. Er hatte gar nicht nötig, sich so als parlamentarischer Anfänger zu zeigen, denn das wissen wir ja. Die von ihm geforderten Klassen mit zehn Schülern würden ungeheuer viel kosten. Diese Forderung ist einem Wuche des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Schulz, des früheren Lehrers, entnommen. Sie kann vielleicht dann durchgeführt werden, wenn Abg. Hoffmann Kultusminister ist. (Abg. Hoffmann: Dann werden Sie sofort mit vollem Gehalt pensioniert. (Große Heiterkeit.) Wenn die Klassen nur zehn Schüler haben, steigen die Ausgaben auf 8 Milliarden (Heiterkeit), dazu die unentgeltliche Verpflegung aller, auch der höheren Schüler, die Schulz verlangt, pro Kopf und Tag nur 50 Pfennig gerechnet, macht 1875 Millionen Mark, weitere 75 Millionen für die Kleidung auf Staatskosten, das sind insgesamt 4700 Millionen Mark pro Jahr. (Heiterkeit.) Würde der Schulunterricht, wie Schulz fordert, mit dem dritten Lebensjahr beginnen, so kostete das noch weitere 600 Millionen, also zusammen an laufenden Ausgaben 6300 Millionen Mark. (Große Heiterkeit rechts und im Zentrum.) Wo soll das Geld herkommen? Die Sozialdemokraten stellen immer nur Forderungen. Der „Vorwärts“ schrieb, die Sozialdemokratie frage nicht danach, was eine Schulreform koste, sondern ob sie notwendig sei. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Da wir für Meer und Flotte jährlich 1005 Millionen ausgeben, die die sozialdemokratische Politik auch kosten würde, haben wir vorläufig von den für die sozialdemokratische Schulreform notwendigen 6300 Mill. Mark noch nicht einen Groschen. (Heiterkeit. Abg. Hoffmann: Kirchenvermögen einzuziehen! — Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Schulz verlangt Beseitigung des Religionsunterrichts (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), weil nicht zur Demut, sondern zum Selbstbewußtsein erzogen werden müsse. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. — Rufe rechts und im Zentrum: Zum Streik!) Ein anderer sozialdemokratischer Schriftsteller nennt gar die christliche Religion verdorbene, zerlegte, sozulagen läßt gewordene heilenische Philosophie. (Zurufe der Sozialdemokraten: Falsch zitiert! Nicht die Religion, sondern den Religionsunterricht in der Schule!) Die 4/5 Millionen sozialdemokratischer Stimmen eröffnen eineurchbare Aussicht auf den religiösen Nihilismus. (Sehr wahr!) Ist der Freisinn mit dem antireligiösen Inhalt des sozialdemokratischen Schulprogramms einverstanden? Die führenden Kreise des deutschen Lehrervereins oder doch ein erheblicher Teil lockern den religiösen Inhalt der Sozialdemokratie den Boden in den Lehrerkreisen und werden damit zu Schrittmachern der Sozialdemokratie. (Lebh. Beifall im Zentrum und rechts, erregte Protestrufe der Volkspartei.)

Donnerstag 11 Uhr: Fortsetzung.

Schluß 4 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Mischlingsfrage vor der Budgetkommission des Reichstags.

Die Kommission beschäftigte sich in der Mittwochssitzung mit der Mischlingsfrage und mit dem Verbot von Mischlings-ehen in den Kolonien. Das Zentrum forderte in einer Resolution ein Gesetz, das die Gültigkeit der Ehen zwischen Weißen und Schwarzen in deutschen Schutzgebieten sicherstellt. Die Volkspartei beantragte dazu auch die Sicherstellung des Rechts derjenigen unehelichen Kinder, auf welche das bürgerliche Gesetzbuch keine Anwendung findet. Abg. Ledebour begrüßt diese Anträge und die Erkenntnis beider Parteien, daß eine gesetzliche Regelung eintreten muß, die die Sozialdemokratie schon früher gefordert, aber keine Gegenliebe bei den bürgerlichen Parteien gefunden hat. Die Mischlingsbevölkerung in den Kolonien wächst andauernd; so wird aus Togo berichtet, daß sie enorm an Zahl zunimmt. Die Ehe- und Konkubinatverbote haben also gar nichts genützt. Der heutige Zustand drückt die Mischlinge auf das Niveau der farbigen herunter und schafft unelidliche und schädliche Zustände. Die Mischlingsbevölkerung fördert sehr begabte Menschen

zutage, es darf nur an den älteren und jüngeren Dumas und viele andere erinnert werden. In Samoa sind die Mischlingskinder den Ehen der Weißen an Zahl überlegen. Staatssekretär Dr. Solz hat der Kommission geschildert, daß in Samoa die Kinder aus den Ehen von Weißen sehr oft auf das Niveau der Eingeborenen herabsinken. Demnach mühten dann in Samoa auch die Ehen unter Weißen verboten werden.

Abg. Erzberger fordert die Aufhebung der Eheverbote, wie ja auch England und Frankreich die Zulassung der Mischlingskinder ausgesprochen haben. Staatssekretär Solz meint, daß hier in Deutschland diese Frage nur sehr schwierig zu behandeln sei; denn die Gefahren der Rassenvermischung seien hier nicht so offenkundig und daher nur schwer zu beurteilen. Die üblen Konsequenzen der Rassenvermischung seien von allen Völkern erkannt worden, die Kolonialpolitik treiben. Die Rassenvermischung mache den Engländern, ebenso auch den Holländern auf Java sehr viel zu schaffen. Die Erfahrungen seien allgemein sehr trübe. Die Negers hätten sich im patriarchalischen Sklavenverhältnis sehr wohl gefühlt. In Nordamerika können jetzt Neger in der Theorie Präsident der Republik werden, in der Praxis würde aber solcher Kandidat einfach gelächelt werden. Wenn in Neu-Guinea ein farbiger zum Stabsbeamten kommen würde, um seine Vereinerung mit einer Weißen anzumelden, verdiente er, daß ihm 25 übergezogen würden. Wenn die Weißen nicht als die Herren in den Kolonien auftreten, verlieren sie ihr Prestige. Auch in Südwestafrika entwickelt sich das Herrenbewußtsein immer mehr; die weißen Handwerker petitionieren immer lebhafter, daß sie nicht mit schwarzen Arbeitern zusammen arbeiten müssen. Die Mischlingskinder dürften nicht die bürgerlich rechtlichen Konsequenzen haben wie eine Ehe unter Weißen.

Abg. Waldstein betont, daß die bürgerlich rechtliche Anerkennung der Mischlinge bei ihrem Wachstum nicht mehr aufgehalten werden kann. — Abg. Ledebour polemisiert lebhaft gegen den Staatssekretär, der mit seinem Eheverbot in Samoa in tödlicher Verlegenheit sei. Der Staatssekretär habe den nachsten Herrenstandpunkt eingenommen, der ein Ausfluß der kolonialen Eroberungs- und Gewaltpolitik ist. Die Engländer fürchten die Mischlingskinder in Indien hauptsächlich deshalb, weil durch die Mischlinge das sehr unentwickelte Selbstgefühl der Indier gehoben und dadurch die englische Herrschaft gefährdet werden kann. Abg. Graf Westarp wendet sich gegen die Zentrumsresolution. Wir wollen keine Volksgemeinschaft mit farbigen oder Mischlingen. Eine gewisse Alimentationspflicht weißer Väter gegen ihre unehelichen Mischlingskinder müsse aber anerkannt werden. Abg. Paasche vertritt gleichfalls den Herrenstandpunkt und meint weiter, die Weißen in den Kolonien sollten mehr Enthalt-samkeit üben und nicht jeder schwarzen Frau nachlaufen, dann werden sich die Verhältnisse bessern. Abg. Schulz weist darauf hin, daß die steigende Zahl der Mischlinge nichts von der Abneigung der Weißen gegen die schwarze Rasse merken lasse. Auch bei uns habe man die Erfahrung gemacht, daß weiße Frauen nicht immer eine tiefe Abneigung gegen schwarze Männer haben.

Die Abstimmung ergab die Annahme der Zentrumsresolution mit dem Amendement der Volkspartei; dagegen stimmten die Konservativen und der Abg. Numm, der also als protestantischer Theologe auch gegen die christliche Ehe zwischen Weißen und farbigen stimmte.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstags

beendigte am Mittwoch zunächst die Prüfung der Wahl des Abg. Kölsch im 7. badischen Wahlkreis. Die Kommission beschloß Beweiserhebung über die mannigfachen Beanstandungen, die in verschiedenen Wahlprotokollen vorgebracht sind. Die Kommission behandelte dann die Wahl des Abg. Haupt (Soz.), gewählt im Wahlkreis Jerichow I und II. Haupt ist in der Stichwahl mit 15 268 Stimmen gegen 15 256 Stimmen, die für den Konservativen v. Bern abgegeben wurden, gewählt worden. Eine Anzahl Stimmzetteln, die von den Wahlvorständen zu ungunsten Haupt als ungültig erklärt worden sind, wurden als gültig anerkannt. Ein Wahlprotest des Rittergutsbesitzers v. Wulffen behauptet Unregelmäßigkeiten bei der Wahl in Rödern; ein Mitglied des Wahlvorstandes soll Wahlzettel mit Stimmzetteln, statt sie in die Urne zu legen, zu den noch nicht benutzten Umschlägen gelegt haben, so daß dann verschiedene Wähler in dem Umschlag den sie erhielten, schon Zettel voranden. Ueber diese Behauptung wurde von der Kommission Beweiserhebung beschlossen, entgegen dem Antrag der sozialdemokratischen Mitglieder, die für sofortige Gültigkeitserklärung der Wahl eintraten, da keineswegs zu erwarten sei, daß die behauptete Unregelmäßigkeit die Mehrheit für Haupt erschüttern könne. Ferner wurde Beweiserhebung über amtliche Wahlbeeinflussung in Groß-Wubike beschlossen. Die Wahl des Abg. Fürst zu Salm (A. Rechen) wurde für gültig erklärt.

Die Gemeindevahlbewegung.

Heute, heute, Donnerstag, abends von 8 1/2 bis 8 Uhr, findet im Lokal von Rühl St. W. Wahl zwischen unserem Genossen Ralles und dem Sozialdemokraten Knefel statt. Es ist Pflicht der Arbeiterschaft, dafür zu sorgen, daß der Zimmerer Karl Ralles den Sieg davonträgt. Nur einige Stimmen fehlten und bei der Hauptwahl, darum mache jeder, der mit Jentzenen zusammenarbeitet, diese auf ihre Wahlpflicht aufmerksam.

Lichtstrabe, Sonntag, den 24. März, von 12—4 Uhr nachmittags, findet die Stichwahl zur Gemeindevahl in der dritten Abteilung statt. Arbeiter, Wähler, Gemeindevahlbewegung, bitte am Wahltag, daß es Euch ernst ist um die Wahrnehmung Eures ohnehin winzigen Rechtes. Unsere Gegner versuchen die Kandidaten der Arbeiterschaft vorzustellen als Leute, die nicht das Können in sich haben, das man einen Vertreter des Gemeinwohlens zu stellen berechtigt ist. Zeigt, daß die Kandidaten der Sozialdemokratie, die Genossen Bier und Kottig Euer volles Vertrauen besitzen. Ebenso gut kann auch bezweifelt werden, daß gerade die Kandidaten des Ortsvereins bis geborenen „Gemeindevahlbewegung“ sind. Darum auf zur Wahl! Am Tage vor der Stichwahl, am Sonnabend, den 23. März, abends 8 Uhr, findet noch einmal eine öffentliche Versammlung aller Gemeindevahlwähler im Wirtshaus Lichtstrabe statt. Referent: Genosse Ralle. Parteigenossen, sorgt für vollständigen Besuch dieser Veranstaltung.

Wahlergebnisse.

Friedenau. Bei der Wahl der Vertreter der dritten Klasse siegten in beiden Bezirken die Bürgerlichen. Im ersten Bezirk unterlagen wir mit 277 resp. 274 gegen 688 resp. 657 Stimmen. Hier hatten die rückständigen Spieker auch eine sogenannte Arbeiterkandidatur vom Schläge des Vergarbeitervertreter Wehrens in der Person des Reichstagsabgeordneten Hennig aufgestellt, der es auf 130 Stimmen brachte. Im zweiten Bezirk wurden für uns 437 resp. 429 und 430 Stimmen abgegeben, während die Bürgerlichen insgesamt 700 Stimmen erhielten. Der Wahlkampf wurde von den Bürgerlichen mit außerordentlicher Energie betrieben. Da sie sachlich gegen uns nichts auszurichten vermochten, schwänkten sie den roten Lappen. Lehrer und Gemeindevahlbewegung, die während der letzten Jahre parteiweise allabendlich die Treppen unserer jetzigen Vertreter belagerten, um durch sie ihren Wünschen und Forderungen innerhalb der Gemeindevahlbewegung Gehör zu verschaffen, wählten gesalben — wie ihnen befohlen. Selbst die Schuljugend wurde zum Kampf gegen die Vertreter des werktätigen Volkes gemüht. In verschiedenen Massen wurde den Jungen von den Lehrern Flugblätter und Handzettel gegen die Vertreter ihrer Eltern zur Verbreitung übergeben. Sogar zum Schleppen wurden Kinder herbeigeführt. Die Gemeindevahlbewegung wurden zwei

Unsern Freunden
Ambrosius Schmidt
 und seiner lieben Frau Auguste
 wünschen wir zur Feier des
 30 jährigen Ehejubiläums viel
 Glück. Das jagt ihr denn
 um ??? E. L. R. Sch. P. E. H.

Allen Verwandten und Be-
 kannten, Genossen und Genossinnen
 die kranke Nachricht, daß am
 Dienstag, den 19. März, früh
 3 Uhr, nach kurzen schweren
 Leiden meine inniggeliebte Frau,
 unsere herzensgute Tochter

Anna Zeidler geb. Galle
 im Alter von 29 Jahren verstorben
 ist. Dies zeigt nichtbetrübt im Namen
 der Hinterbliebenen an [7245]
Karl Zeidler, Kopenikusstr. 12 II.
 Die Beerdigung findet am Sonn-
 abend, nachmittags 4 Uhr, von
 der Leichenhalle des Zentral-Fried-
 hofes in Friedrichshagen aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein
 für den
4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Stralauer Viertel, Bez. 301 a.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unsere Genossin, die Halgerin
Anna Zeidler
 Kopenikusstr. 12, gestorben ist.
 Ihre ihrem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonn-
 abend, den 23. März, nachm.
 4 Uhr, von der Halle des Zentral-
 Friedhofs in Friedrichshagen aus statt.
 Um rege Beteiligung eruchtet
Der Vorstand.

Deutscher
Buchbinder-Verband.
 Zahlstelle Berlin.
 Den Mitgliedern zur Kenntnis,
 daß unsere Kollegin
Anna Zeidler geb. Galle
 am 19. d. Mts. verstorben ist.
 Ihre ihrem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonn-
 abend, den 23. März, nachm. 4
 Uhr, auf dem städt. Friedhof in Friedrichs-
 hagen statt.
 Zahlreiche Beteiligung erwartet
 23/19 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein
 für **Wilhelmsruh-**
Niederschönhausen - West.
 Den Mitgliedern zur Nach-
 richt, daß unser langjähriger Ge-
 nosse
Hermann Zühlke
 am Dienstag, den 19. März, nach
 langen Leiden verstorben ist.
 Ihre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Freitag, den 22. März, nach-
 mittags 4 1/2 Uhr, vom Trauer-
 hause, Lindenallee 10, aus statt.
 Um rege Beteiligung eruchtet
 7255 Die Bezirksleitung.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
 Den Kollegen zur Nachricht, daß
 unser Mitglied, der Metallarbeiter
Hermann Zühlke
 gestorben ist.
 Die Beerdigung findet am
 Freitag, den 22. März, nach-
 mittags 4 1/2 Uhr, vom Trauer-
 hause, Wilhelmstr. 10, aus statt.
 Nach dem Gemeinde-Fried-
 hof in Köpenick aus statt.

Reiner Hard unser Mitglied,
 der Mechaniker
Otto Schlüter
 am 15. März an Herzschlag.
 Die Beerdigung findet am
 Freitag, den 22. März, nach-
 mittags 5 Uhr, von der Leichen-
 halle des Sophien-Kirchhofes in
 Weihenfelde, Gustav-Kloster 67/74,
 aus statt.
 Ihre ihrem Andenken!
 Rege Beteiligung erwartet
 1144 Die Ortsverwaltung.

Schiedmayer
 Piano, gebraucht, tadellos erhalten,
 großer, gelungener Ton, nur 350.
 Fabriküberlage, Potsdamerstr. 27 B,
 vorn I. 48/15*

Am 18. März verschied plötzlich
 mein lieber Mann, unser guter
 Vater und Bruder, der Radierer
Otto Lemm
 im 46. Lebensjahre.
 In tiefer Trauer
 Helene Lemm und Kinder,
 Kurfürstendamm 162.
 Die Beerdigung findet Freitag,
 den 22. März, nachmittags 5 1/2 Uhr,
 von der Halle des Blücherdorfer
 Kirchhofes, Berliner Straße, aus
 statt. 7045

Verband der Fabrikarbeiter
Deutschlands.
 Zahlstelle Berlin.
 Am Montag, den 18. März,
 verstarb unser Mitglied
Paul Knappe.
 Ihre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute
 Donnerstag, den 21. März, nach-
 mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
 halle des Neußliner Gemeinde-
 Friedhofes, Mariendorfer Weg,
 aus statt.
 Rege Beteiligung erwartet
 Die Ortsverwaltung.

Dauftagung.
 Für die herzliche Teilnahme bei
 der Beerdigung meines lieben Mannes
 sage ich auf diesem Wege allen Be-
 kannten sowie der Firma Reinhold
 u. Co., den Kollegen, den Mietern des
 Hauses Petersburger Platz 4, dem
 Lotterieland Berlin und Umgegend
 und dem Bauarbeiter-Verband meinen
 herzlichsten Dank.
 Frau Martha Nebel geb. Graf
 und Kinder.

Orts-Krankenkasse
 der Zigarrenmacher, Zigaretten-
 macher, Zigarrensortierer und
 deren gewerblichen Hilfsarbeiter
 zu Berlin.
 Freitag, den 29. März 1912,
 abends 8 1/2 Uhr, im „Rosenthaler
 Hof“, Rosenthaler Str. 11/12:
General-Versammlung.
 Tagesordnung:
 1. Vorlegung des Jahresberichts.
 2. Bericht der Kommission zur Vor-
 prüfung der Jahresrechnung. 3. Be-
 sprechung über die Zentralisation der
 Berliner Orts-Krankenkassen. 4. Ver-
 schiedenes. 7115

Den **Vorwärts-Lesern**
 gewähre **Rabatt.**
Wundervoll gestickte
abgepaßte Portièren
 (Uebergartinen für Fenster
 und Türen)
 in Qualität **M. pro Fenster:**
Filztuch 3.35 bis 10.50
Naturleinen 3.85 bis 20.00
Velvetplüsch 8.85 bis 75.00
Persisch (doppel-
seitig) 8.75 bis 38.00
Kochelleinen 6.75 bis 60.00
Pa. reinw. Tuch 16.50 bis 150.00
 Nach auswärts per Nachnahme.
Teppich-Spezial-Haus
Emil
Lefèvre
 Berlin S. Seit 1882 nur
Oranienstr. 158
 Unterhalte nirgends Filialen!
Spezial-Katalog
 650 Abbildungen gratis u. franko.

Steinarbeiter.
 Freitag, den 22. März 1912, abends 8 Uhr, in den
 „Arminhallen“, Kommandantenstr. 58-59:
Kombinierte Versammlung.
 Tagesordnung:
 1. Stellungnahme zu den Ausführungsbestimmungen und Fest-
 setzung des Einführungsstermins der örtlichen Arbeitslofenunterstützung.
 2. Stellungnahme zum Verbandstag und Wahl der Delegierten.
 3. Verschiedenes.
 Damit die Versammlung präzise eröffnet werden kann, eruchtet
 um zahlreichen und pünktlichen Besuch
 171/6*

Die Ortsverwaltung.
 Sonntag, den 24. März, nachmittags 5 Uhr,
 im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27c:
Lichtbilder-Vortrag
 mit nachfolgendem Gemütlichen Beisammensein.
 Kollegen und deren Angehörige sind freundlichst eingeladen.
 D. O.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Verwaltung Berlin.
 Freitag, den 22. März, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
 Engländer 14/15 (Saal IV):
General-Versammlung

Tagesordnung:
 1. Kasienbericht. 2. Bericht der Ortsverwaltung. 3. Neuwahl eines
 Arbeitsvermittlers. 4. Erziehung zur Ortsverwaltung und der An-
 gestellten. 5. Anträge und Verbandsangelegenheiten.
 Mitgliedsbuch und Delegiertenkarte legitimiert.

Salousten-Arbeiter.
 Sonnabend, den 23. März, abends 8 1/2 Uhr pünktlich,
 in Anton Boetters Hofstätten, Weberstr. 17:
 Zur Feier der
10 jähr. Zugehörigkeit zum Deutschen Holzarbeiterverband
weiterer Künstler-Abend.
 Mitwirkende: Hoffmanns Norddeutsche Sänger.
Zerner: Konzert und Ball.
 Eintritt: Herren 50 Pf. Damen 30 Pf.
 NB. Die Branchenversammlung findet diesmal am Dienstag,
 den 26. März statt.

Bergolder.
 Montag, den 25. März, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
 Saal 1:
Branchen-Versammlung.
 Tagesordnung:
 1. Das Innungsverhalten in der Gewerbeordnung. Referent: Stadt-
 verordneter Genosse Ritter. — 2. Bericht der Branchenkommission. —
 3. Verschiedenes. 80/15

Orts-Krankenkasse
 der
Tabakfabrikarbeiter
 zu Berlin.
 Einladung
 zur außerordentlichen
General-Versammlung
 am Freitag, den 29. März 1912,
 abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn
Voß, Weberstr. 6.
 Tagesordnung:
 1. Vorlegung des Protokolls der
 letzten General-Versammlung.
 2. Stellungnahme der General-
 Versammlung zu dem Antrage der
 Zentralkommission betreffend Zentrali-
 sierung der Orts-Krankenkassen
 Berlins. 272/1
 3. Verschiedenes.
 Berlin, den 21. März 1912.
Der Vorstand.

großer
Inventur
 Ausverkauf
 Höchstverkauftes Kapital
 in Berlin-Schöneberg
 549, jeder Tag 25-
50%
 Einmaliger großer Verkauf
 von 100000 Stück
 in 10 Tagen
Kronen-Armhold
 Berlin, Albenplan 115
 Abteilung für Stark- u. Schwach-
 stromanlagen.

Möbel-Cohn
 58 Gr. Frankfurter Str. 58
 unweit der Kais.-straße.
Möbel auf Kredit
 Riesenauswahl
 Anzahlungen auf Stube und Küche:
 Mark 15 30 50 75
 bis 25 bis 45 bis 70 bis 100
 Moderne
Schlaf-, Speise-, Herren- und Wohnzimmer
 jeder gewünschten Art von 40 M. Anzahlung an.
 Einzeln Möbelstücke Größte Rücksicht bei
 Krankheit und Arbeits-
 losigkeit.
 Lieferung auch auswärts, Abzahlung wöchentlich, monatlich,
 resp. nach Uebereinkunft.
 Vorzeiger dies. Inserats erhält beim Kauf 5 M. gutgeschrieben.
 Sonntags 12 bis 2 Uhr geöffnet.

Verband der Schneider und Schneiderinnen
 Nachstehende Firmen haben den Tarif der Herrenschneider nicht
 anerkannt:
 Adam, S., Leipziger Str. 28
 Albrecht u. Kucharowicz, Französisch-
 Str. 8
 Alker, Spittelmarkt
 Baum, S., Behrenstr. 14/16
 Behrend u. Nahr, Friedrichstr. 166
 Berg u. Sehl, Krausenstr. 3
 Berger u. Ritta, Charlottenstraße
 Bitter, Unter den Linden 69
 Bloch u. Co., Friedrichstr. 203
 Böbling, Kanonenstr. 1
 Bollmann, Kaiser-Wilhelmstr. 31
 Borst, Markgrafenstr. 69/70
 Botmer u. Dünker, Unt. d. Linden 13
 Böttcher, Steglitz, Schloßstr. 88
 Braun, Steglitz
 Braun, Garten, Französischestr. 49
 Busse u. Gehmann, Zimmerstr. 49
 Ehl. Elgm., Friedrichstr. 10
 Copanagh, Unter den Linden 3
 Eohn, S., Kaiser-Wilhelmstr. 2
 Gimm u. Co., Friedrichstr. 90
 Dahms, Gebr., Krausenstr. 2
 David, D., Friedemann, Siglindestr. 10
 Döbbsun, S., Charlottenburg,
 Joachimsthaler Str. 40
 Diekmann, A., Jägerstr. 26
 Dittmann, A., Friedemann, Hofstr. 5
 Dobberstein, Dresdener Str. 42
 Ebenstein, Unter den Linden 40/41
 Ehrich, Albert, Mauerstr. 95
 Ehrlich u. Danz, Mittelstr. 9/10
 Etschig, Alexanderstr. 2
 Eising, Charlottenburg, Kanstr. 145
 Eitel, Joh. Rud. Pabst, Unter den
 Linden 57
 Engel, S., Klosterstr. 37
 Eppendorf, Französischestr. 62
 Ebers u. Dörfel, Gertraudenstr. 6/9
 Eginer, Charlottenstr. 79
 Fabian u. Grich, Unter den Linden 71
 Faehle, Königgräber Str. 83
 Fackelstein u. Rittmann, Unt. d. Linden 2
 Fischer, Rudwigs, Unter den Linden 47
 Forban, Zimmerstr. 29
 Förber, S., Kurfürstendamm 20/21
 Frank u. Co., Französischestr. 49
 Franz, Heinrich, Markgrafenstr. 67
 Gebuldig, Joachimsthaler Str. 9
 Gensel u. Freitag, Potsdamerstr. 13
 Genossenschaft „Erste Produktiv“, Kom-
 mandantenstraße
 Gerion, Herrn., Berberstraße 5/6
 Goldschmidt, Friedrichstr. 150
 Gollup, Louis, Unter den Linden 15
 Graetz, Gebr., Rastl. Lust u. Tär-
 fel, Wallstr. 1
 Greger, A., Alexanderstr. 73
 Griewisch, Fr., Unter den Linden 53
 Groß u. Markmann, Mohrenstr. 58
 Grüber, W., Wilhelmstr. 23
 Gröndler, Schützenstr. 53
 Gumpert, E., Steglitz, Albrechtstr. 8
 Guentz, Kruppstr. 5
 Hansen, Paul, Grenadierstr. 23
 Hauffstein, Oranienstr. 123
 Hedenberger u. Becker, Unter den
 Linden 48/49
 Herbig, Eöline, Leipziger Str. 9/11
 Herz, D., Französischestr. 33
 Herzberg, Gust., Zimmerstr. 24
 Heyder u. Jean Jaques, Unter den
 Linden 33
 Hülmer, Dorotheenstr. 54
 Hünkel, Französischestr. 19
 Hoffmann, Hermann, Friedrichs-
 tr. 50/51
 Hölter, Wils., Kaulenstr. 41.
 Homuth, Charlottenburg, Kaiser-
 Friedrich-Str. 48
 Hornig u. Co., Mohrenstr. 25
 Hirsch u. Wallst., Unter den
 Linden 20
 Janke, Charlottenburg, Bismarck-
 str. 9
 Jatz, Peter, Französischestr. 49
 Joffand, Ernst, u. Eohn, Charlotten-
 str. 48
 Kocher-Klub, Unter den Linden 75
 Johannson, Reanderstr. 25
 Jort, Friedrichstr. 113
 Jürgens, Friedrichstr. 216
 Kapfenberger, Kanstr. 17
 Keller u. Juch, Friedrichstr. 183
 Kern u. Lührs, Charlottenstr. 83
 Kirchstein u. Co., Charlottenstr. 49
 Knebel, Friedrichstr. 30
 Krenshäler, Krausenstr. 69
 Koppel u. Hises, Dorotheenstr. 42
 Koppel, W., Kronenstr. 66/67
 Kostomarov, Kanonenstr. 3
 Koffe u. Boldt, Mauerstr. 77
 Köh, Französischestr. 52
 Krause, Charlottenstr. 1
 Kriemitz u. Borgwardt, Kanonenstr. 10
 Kröhen, Charlottenburg, Wallstr. 30
 Ueber die genannten Firmen wird hiermit
die Sperre verhängt.
 Der Schneider **Joseph Gackreck**, Eißler Straße 41, stellt
 Streifenarbeit an und vermittelt solche. Ueber dessen Werkstätte wird hiermit
 die Sperre verhängt.
 103/4
Die Ortsverwaltung.

Knaben- und
Jünglings-Garderobe
 fertig u. nach Maß
 am billigsten und reellsten in
 der Fabrik
Koppenstr. 85, part.,
 2 Minuten v. Schles. Bahnhof.
Karl Hustädt.
 Herren-Garderobe nach Maß.

Chic und elegant
 kleidet man sich nach den Favorit-
 Schnittmustern, deren Auswahl aus
 dem soeben erschienenen Favorit-
 Modenalbum getroffen wird: ca. 800
 neueste Modelle bieten eine reiche
 Modenschau. Favorit - Mode-
 album zum Preise von 60 Pf.,
 franko 70 Pf. bei **C. Müller,**
Berlin 7, Spittelmarkt 5

Milka
 Zur Beachtung! **Milka exquisit** ist eine hochfeine, nach Art der **Nordschleswiger**
Butter hergestellte Tafelmargarine, welche dieser weder im
 Geschmack noch im Geruch nachsteht. Viele Tausende essen dieselbe täglich als solche.
 Ein paar Eier oder ein Beefsteak mit Milka gebraten sind Delikatessen, Kuchen mit ihr
 gebacken duften herrlich. Man achte aber darauf, dass man beim Kaufmann auch die richtige
Milka exquisit mit der Schutzmarke erhält, denn die Beliebtheit derselben ist Ursache, dass
 andere minderwertige Margarinesorten unter ähnlich klingenden Namen angeboten werden.
 Sämtliche Verkaufsstellen sind durch die bekannten **Milka Plakate** gekennzeichnet.
Also Vorrecht beim Einkauf!



nur 19⁷⁵!
Eleganter Seiden-
Mantel m. Spachtel-
Kragen das jetzt
modernste
von 17⁵⁰ - 97⁵⁰

nur 15²⁵!
Phantasie-Paletots
in vorzüglicher
Ware, neueste
Fassons
von 7⁷⁵ - 50⁰⁰

nur 28²⁵!
Fesche Kostüme
englischer Art,
durchweg auf Seide
von 19⁷⁵ - 75⁰⁰

nur 29⁷⁵!
Tuch-Paletots
in allen Mode-
Farben, reine
Wolle
von 12⁷⁵ - 65⁰⁰

Sehr flottes Kostüm
in blau Kammgarn,
tadelloser Sitz,
auf Seide
nur 22⁵⁰

Schickes Kleid
französischer Art,
reinwoll. Popeline
in reizend. Farben
nur 16⁷⁵

C. & A.

BRENNINKMEYER
Spezialhaus für Damen-, Backfisch- und Kinder-Konfektion

Königstrasse 33
Am Bahnhof Alexanderplatz

Chausseestr. 113
Ecke Invalidenstrasse

Franck-Gries

gehört zu jedem

Kaffeegetränk.

Möbel-Angebot.

Solltes Möbelgeschäft liefert bürgerliche Wohnungseinrichtungen (solche ein-
zelne Möbel gegen mäßige Zinsvergütung bei kleiner Anzahlung u. geringen
monatlichen Ratenzahlungen. Anfragen unter Postlagerkarte 35, Postamt 103.

Kein Abzahlungsgeschäft. 24772*

Die reellsten und billigsten
Möbel

und Polsterwaren erhält man zu Kassapreisen in der seit
33 Jahren bestehenden Möbelfabrik von A. Schulz, Reichenberger
Straße 5. Größte Auswahl in allen Holz- und Stülarten mit sehn-
jähriger Garantie. (5 Proz. Kassakonto.) Ev. auf Ratenzahlung.

An diesem
Schild
sind die Läden
erkennbar,



in denen
SINGER
Nähmaschinen
verkauft werden.

Mustergültig in Konstruktion und Ausführung,
gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.

BERLIN, Leipziger Straße 92.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Gänzlicher Ausverkauf

des übernommenen Schuhwarenlagers

Rosenthalerstr. 40-41

(Hackescher Markt) Kinderstiefel,

schwarz
kräftig in Oberleder u. Sohle
20-24 25-26 27-30 31-35
1.55 2.45 3.25 3.75

Kinderstiefel, braun mit Lack-
kappe
27-30 31-35
3.75 4.25

Damenstiefel

braun und schwarz
in Chevreau mit Lackkappe
breite u. halbbreite Passons
36-42 Paar 4.95
echt Chevreau mit Lack-
schicke Form, 36-42 5.75
echt Chevreau mit Lack-
Goodyear-Welt, amer. Formen
36-42 Paar 7.95

Herrenstiefel

Rindbox, Zug-
Schmür- u. Schmalen-
stiefel, kräftig,
Straßen-Stiefel,
40-47 ... nur 5.95
Chevreau-Schnürstiefel
mit Lackkappe
wunderbare Passons nur 6.95
Prima Chevreau Schnürstiefel,
Goodyear-Welt, in amer. elegant.
Formen, sehr schick ... 8.95

Halbschuhe

für Ball und Straße. Die
elegantesten Modelle in Lack,
Wildleder und Chevreau
nur 5.95 4.75 3.95

Leder-Hausschuhe

Damen; schwarz, braun u. rot,
jedes Paar
nur 1.65 M.



Neue Fesseln für das Proletariat durch die Strafgesetzgebung.

Der Vortrag des Genossen Dr. Heinemann über dieses Thema, mit dem am Sonntag die Generalversammlung von Groß-Berlin eingeleitet wurde, hatte ungefähr folgenden Wortlaut:

Sobald wir uns die Regelung irgend einer Materie der Reichsgesetzgebung vorstellen, zeigt es sich sofort, daß die Forderungen der sozialdemokratischen Partei an diese Regelung von denen sämtlicher bürgerlichen Parteien fundamental verschiedene sind. Nehmen wir die Strafgesetzgebung, deren Neugestaltung zurzeit in den Reichsämtern vorbereitet wird. Die gesamte bürgerliche Gesellschaft erklärt die bestehende Ordnung als auf das wahre, wirkliche Recht gegründet und daher alle Veränderungen auf Umänderung dieser bestehenden Ordnung für strafwürdig, während wir davon ausgehen, daß alle juristischen, politischen, ethischen, philosophischen, religiösen Vorstellungen der Menschen in letzter Instanz aus ihren wirtschaftlichen Lebensbedingungen, aus ihrer Weise zu produzieren und die Produkte auszutauschen, abgeleitet sind, und daß daher alle diese Vorstellungen sich ändern müssen, sobald unsere Forderungen der Aufhebung des Proletariats und damit des Klassenunterschiedes überhaupt verwirklicht ist. Dieser Gegensatz der Anschauungen kann natürlich niemals überbrückt werden. Wollte die kapitalistische Gesellschaft sich unserer Auffassung anschließen, so müßte sie sich selbst negieren.

Aber eines kann auch von den Vertretern der bürgerlichen Weltanschauung gefordert werden, daß sie das einschneidende Mittel der Strafe wenigstens nicht dazu benutzen, den sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse zu erschweren und ihr den Weg zur Anteilnahme an der Zivilisation der Menschheit zu verstopfen. Das aber tun die neuen strafrechtlichen Entwürfe, der Vorentwurf zu einem neuen Strafgesetzbuch nicht minder, wie die im vorigen Reichstag nicht mehr verabschiedete Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz und zur Strafprozessordnung. Beide Vorlagen werden, wenn auch vielleicht in etwas abgeänderter Form, wiederkehren. Haben doch selbst die entschiedensten liberalen Politiker diese Gesetzgebungsarbeiten als eine geeignete Grundlage für die geplante Reform bezeichnet.

Demgegenüber ist es unsere Aufgabe zu erklären, daß die härteste Partei des Reichstages es als eine dreifache Herausforderung ansieht, wenn man uns mit diesen Entwürfen wiederkommt, deren gesetzliche Annahme zu verhindern wir entschlossen sind und auch die Kraft haben. (Lebhafte Zustimmung.) Wir dürfen aber mit der Agitation nicht warten, bis die fertigen Entwürfe an den Reichstag gelangt sind, sondern jetzt ist es Zeit, die öffentliche Meinung über das geplante Attentat auf die politische und wirtschaftliche Freiheit der großen Mehrheit der Nation aufzuklären und keine Zweifel darüber zu lassen, daß die Justizbürokratie sich ihre Arbeit sparen kann, da die Arbeiterklasse nicht daran denkt, sich unter dem Anschein des gemeinen Rechts mittels neu ausgelegelter Ausnahmegefesse ihre politische und gewerkschaftliche Betätigung verbieten zu lassen. (Lebhafte Zustimmung.)

Ich beginne mit dem Gerichtsverfassungsgesetz und der Strafprozessordnung. Wir werden niemals einem Gesetze zustimmen, das die länger nicht mehr zurückstellbare Frage der Mitwirkung des Laienlements in der Rechtsprechung der Strafgerichte zu einer Komödie herabdrückt. Der Plan der Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz, die sogenannten Nebertretungen durch den Ankläger allein ohne Mitwirkung von Schöffen aburteilen zu lassen, ist durchaus zu verwerfen. Denn gerade hier ist das Gebiet, auf dem der Arbeiterbewegung all die kleinen und kleinsten politischen Missetaten verhängt werden. Ganz dasselbe gilt für die Verurteilung gegen die Urteile der Strafammern. Die Novelle schlug bekanntlich die eine Partei darstellende Regelung vor, daß die Laien zwar in der ersten Instanz an der Rechtsprechung beteiligt sind, daß der Staatsanwalt aber das uneingeschränkte Recht haben soll, gegen jedes unter Mitwirkung des Laien zustande gekommene Urteil sowohl was Schuld, als auch was Strafmasse anbelangt, Berufung einzulegen, und daß dann die endgültige Entscheidung einem nur aus Juristen bestehenden Gerichtshof übertragen wird. Die deutsche Arbeiterklasse wird sich nicht weigern lassen, daß ein Verfahren, bei dem in der zweiten, das wirkliche Urteil fallenden Instanz nur Juristen mitwirken, eine Laienrechtsprechung ist. (Sehr richtig.) Was die Auswahl der Laien anbelangt, so verharren wir selbstverständlich bei unserer alten Forderung, daß die Laienrichter der breiten Masse entnommen werden.

Die Motive suchen den Eindruck zu erwecken, als ob es der Regierung ernst sei mit der Beseitigung des geheimen inquisitorischen Vorfahrens. In Wirklichkeit soll alles beim alten bleiben und auch das traurigste Kapitel deutscher Rechtspflege, die Untersuchungshaft keine Änderung erfahren. Die Voraussetzungen, unter denen sie verhängt werden kann, lassen der Willkür der Behörden nach wie vor einen so weiten Spielraum, daß die staatsbürgerliche Freiheit auf das ernsteste gefährdet erscheint. Das Verfahren, auf Grund dessen der Verdächtige seiner Freiheit beraubt wird, läßt alle Garantien für einen gerechten Mißspruch vermissen: die kontradiktorische mündliche Verhandlung. Die dadurch hervorgerufenen Missetaten sind geradezu ungeheuerlich. Beim Königsberger Hochverratsprozeß wurde z. B. für eine Reihe von Angeklagten die Verhängung der Untersuchungshaft damit gerechtfertigt, daß die Verdächtigten der sozialdemokratischen Partei, d. h. derselben durch Solidarität ihrer politischen Rechte fest zusammengefaßten Partei angehören. Also, die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie als Faktor für die Begründung der Untersuchungshaft — das ist in der Tat der Gipfel der preussischen Rechtsfischerheit! (Lebhafte Zustimmung.) Bei anderen Angeklagten wurde die Untersuchungshaft damit gerechtfertigt, daß bei der Nähe der russischen Grenze Fluchtverdacht vorliege. (Große Heiterkeit.) Dies wurde angenommen, obwohl nach unserer Strafprozessordnung die Gefestkraft ein Hindernis der Strafverfolgung bietet. (Erneute Heiterkeit.) Dieser Zustand aber hätte bei den Angeklagten in bedauerlichem Maße gegen Aufstand angefaßt waren, die Gefesse gerade dieses gegen politische Verbrecher besonders gafffreundlichen Landes aufsuchen würden. (Große Heiterkeit.)

Die Regierung will aber nicht nur die volle Misere des heutigen Rechtszustandes fortbestehen lassen, sie macht ganze Arbeit, das geltende Recht soll noch verschlechtert werden. Unsere Strafrecht arbeitet angeblich zu langsam. Das paßt natürlich nicht für ein dem kaiserlichen Junkertum untergeordnetes Staatswesen. Man will deshalb ein sogenanntes summarisches Verfahren einführen, das längst das Herrenhaus begeistert empfunden hat. Dieses besteht darin: der Gefändige oder auf frischer Tat betroffene Angeklagte soll von dem Einzelrichter ohne Zuziehung von Schöffen, ohne Zuziehung einer Anklageschrift und ohne die Möglichkeit der Vorbereitung einer Verteidigung unvorbereitet, spätestens innerhalb 24 Stunden abgeurteilt werden. (Hört! Hört!) Stellen wir uns einmal vor, wie die Sache in der Praxis vor sich geht. Ein Redner in einer Versammlung tut einen Ausbruch, in dem der überwachende Schuttmann eine Majestätsbeleidigung, Aufreizung oder dergleichen findet. Der auf frischer Tat ergriffene Redner wird dem Amtsgericht zur sofortigen Aburteilung vorgeführt. Als einziger Tatzeuge ist der Schuttmann da. Namen von Gegenzeugen kann sich der seiner Freiheit Beraubte nicht verschaffen. Auch einen Verteidiger kann er nicht annehmen, denn innerhalb 24 Stunden findet die Hauptverhandlung statt, und ungefähr ebenso viel Zeit dauert es bei unseren bürokratischen Geschäftsgang, bis die Bitte des Angeklagten um Vorweisung, auf dem er einen Rechtsanwalt um seinen Besuch ersuchen will, an die zuständige Stelle gelangt ist, die darüber entscheidet, daß das Vorweisung dem Angeklagten zu gewähren ist. So kommt es zur Hauptverhandlung, bei der der Einzelrichter, oft ein ganz junger Assessor, eine

Gefängnisstrafe bis zu 5 Jahren verhängen kann. Machen wir uns weiter klar, daß dieses Verfahren auch für die Prehdelikte Geltung hat, so sehen wir sofort, wohin die Reise geht. Man will die Möglichkeit haben, in jedem Augenblick des Standrecht gegen politische Verbrecher ausüben zu können. Bei Gelegenheit der Wahlrechtsdemonstration, der Noabiter Krawalle usw. haben unsere Reaktionsäre ein Jammergeheul angestellt, daß man die Uebelthäter nicht sofort unter dem ersten Eindruck der Bege ohne Verteidigungsmöglichkeit aburteilen konnte. Dazu will man jetzt dieses Verfahren einführen, das ein Vorbild nur in der russischen Administrativjustiz hat, und die Anarchie im Rechte darstellt. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Regierung hat sich mit solcher Begeisterung in die Idee der Abschaffung der Strafsachen hineingelegt, daß ihr die Protokolle erster juristischer Schriftsteller ganz gleich sind. Mit bitterem Hohn schlug z. B. der große Berliner Strafrechtslehrer Binding gerichtliche Nachstellungen vor, damit der Verbrecher noch vor Tagesgrauen seine Strafe antreten kann. Und Professor von Bar, die Zierde der Göttinger Univeristät und liberaler Politiker, empfahl mit grimmiger Ironie dann lieber die gesetzliche Einführung der Unrechtsjustiz, die noch kürzere Zeit in Anspruch nimmt. Diese ist sogar vorzuziehen, weil es hier wenigstens Laien sind, die das Urteil sprechen, während der Entwurf dieses Amt dem juristisch vorgebildeten Richter anvertraut.

Der Angeklagte hat in unserer Strafprozessordnung nur ein einziges Recht, das die Bürokratie dem deutschen Volke niemals gegönnt hat, nämlich, die Vernehmung der vom Angeklagten und seinem Verteidiger geladenen Zeugen auch wider den Willen des Gerichts erzwingen zu können. Da die Strafe Schuld, und nicht Verdadtsstrafe sein soll, so muß dieser Grundsatz bestehen bleiben, noch in jedem Prozesse alle vorhandenen Beweise ausgenutzt werden. Daß in diesem wesentlichen Punkte die Regierung den Angeklagten entziehen will, hat in rein politischen Momenten seinen Grund. (Zustimmung.) Wie oft ist in den politischen Prozessen der jüngsten Vergangenheit der auf der Armenhäuserbank sitzende Angeklagte zum verdienstlosen, leidenschaftlichen Ankläger geworden! Ich brauche Sie nur zu erinnern an die Wahlrechtsdemonstrationsprozesse, wo wir die Tätigkeit von Spiegeln nachwiesen, an den Königsberger Hochverrats, den Hörsingprozesse und an den Noabiter Krawallprozeß, wo es allein dieser Bestimmung zu verdanken war, daß das Gericht gezwungen war, die sämtlichen vom Angeklagten herbeigeschafften Beweise zu erheben. Dies und die Erheblichkeit der dadurch geschaffenen Möglichkeit der Feststellung politischer Willkürkräfte erkennen die Strafkammern in den Entscheidungsgründen ausdrücklich an. Darum erklären wir, daß jede Reform, die diesen Grundsatz auch nur um Haarsbreite schmälert, für uns unannehmbar ist, mag sie im übrigen aussehen, wie sie will. (Bravo!)

Endlich möchte ich noch in diesem Zusammenhang den Gedanken mit Entschiedenheit zurückweisen, daß die Recht und Willkür der Staatsanwaltschaft dadurch ins Ungemessene gesteigert werde, daß es in einer Reihe von Strafsachen in ihr Belieben gestellt wird, ob sie Anklage erheben will oder nicht. Für das Wort des preussischen Justizministers Schönstedt: „Wenn zwei daselbe tun, so ist es nicht daselbe“, würde dadurch im Deutschen Reich die gesetzliche Grundlage geschaffen werden. Ich gehe hierauf nicht weiter ein, da der „Vorwärts“ alles, was sich gegen diese Verhöhnung der Idee des Rechtsstaates und der Rechtsgleichheit, gegen die dadurch hervorgerufene Korruption im Recht sagen läßt, im Jahre 1910 in voller Ausführlichkeit behandelt hat. Zutreffend wies der „Vorwärts“ darauf hin, daß die Konsequenz der Durchführung des gemachten Vorschlages sein würde, daß die Frage der Unterlassung oder der Erhebung der Anklage abhängig wäre lediglich von der Person des Käters, ohne Rücksicht auf die begangene Tat. Wir bleiben demgegenüber bei unserer alten Forderung stehen: Nicht Erweiterung der Willkür der Staatsanwaltschaft, sondern Befestigung ihres Anklagemonopols.

Ich komme jetzt zum materiellen Strafrecht. Der bisher der Öffentlichkeit übergebene erste Entwurf zu einem deutschen Strafgesetzbuch enthält im allgemeinen Teil zwar einige modern herausgeputzte Redewendungen, die im ersten Augenblick so übel garniert klingen, aber für und ohne praktische Wirkung sein werden. Denn fast überall hängt es von dem freien Ermessen des Gerichts ab, inwieweit es die vom Gesetz zugelassenen Verpönigungen gewähren will oder nicht. Damit ist der Klassenjustiz, dem Grundgedanken der doppelten Nachsicht in der Rechtsordnung Tür und Tor geöffnet. Aber selbst diese Scheinergestaltungen will die Regierung nicht umsonst machen, dafür sollen die heiligsten Volksrechte verächtet werden. Die heutige Wirtschaftsordnung, die jüngst einer unserer Genossen im Reichstag als eine nur wenige bereichernde, die breiten Massen des Volkes aber schwer bedrückende und belastende Verleuerungs-politik genannt hat, soll verweigert und durch Polizeistat und Staatsanwaltschaft gegen alle Angriffe gefeit werden. Um den Protest der Massen gegen diese volksfeindliche Politik zum Schweigen zu bringen, soll die politische Betätigung durch Strafgesetze verhindert werden. Um dem Streben der Arbeiter nach Erhöhung der Löhne zum Ausgleich für die künstlich geschaffene Verteuerung ihrer Lebenshaltung erfolgreich entgegenzutreten zu können, soll das Koalitionsrecht geraubt werden. Und zwar für eine große Kategorie von Arbeitern ganz offen und ohne jede Einschränkung. Alle Scheu ist abgestreift und die tollste Ausgeburt wilder Schatzmacherphantasie verwirklicht, wenn man allen Erstes den Vorschlag stellt, daß mit Gefängnisstrafe bis zu 3 Jahren bestraft werden soll, wer vorsätzlich den Betrieb einer dem öffentlichen Verkehr dienenden Eisenbahn oder der Post oder einer zur öffentlichen Versorgung mit Wasser oder Beleuchtung dienenden Anstalt verhindert. Das heißt mit anderen Worten: Millionen deutscher Arbeiter wird das Koalitionsrecht genommen, für sie wird der § 152 der Gewerbeordnung mit einem Federstrich außer Kraft gesetzt. (Bewegung.) Es gibt fast keine Kategorie von Arbeitern, die nicht unter die vorgezeichnete Bestimmung fallen kann. Denn ausdrücklich folgen die Motive, es sei ganz gleichgültig, ob die Anstalten, deren Arbeitern das Streikrecht verweigert werden soll, von dem Staat, einer Gemeinde oder sonstigen öffentlichen Körperschaften oder von Privaten betrieben werden. Mag also irgend ein Privatunternehmer, beispielsweise eine Elektrizitätsgesellschaft, ein Grundbesitzer noch so dreist die Arbeitskraft seiner Arbeiter ausbeuten und ausnützen, mag er noch so frech den geschlossenen Tarifvertrag brechen, mag die Verhandlung seiner Arbeiter durch einen brutalen Reisser eine noch so schlechte sein, alles dies rührt den Gesetzgeber nicht. Hier läßt der Staat das Schwert der Strafe in der Scheide stecken. Schreiten aber hingegen die Arbeiter zur Notwehr, greifen sie zum Leben, dem Schwachen offenstehenden Mittel, zur gemeinschaftlichen Arbeitsniederlegung, so ist die Folge Gefängnisstrafe bis zu 3 Jahren. Und man wende garnicht ein, dieser sinnlose Vorschlag kann doch niemals Gefestkraft erlangen. Eine solche Verleuerungsphantasie würde sich bitter rächen. Die Sache wird vielmehr blutiger Ernst; denn auf die liberalen Parteien ist in dem hier in Rede stehenden Punkte garnicht zu rechnen. 4 Professoren, darunter liberale Männer, haben dem Regierungsentwurf einen sogenannten Gegenentwurf entgegengesetzt, der sogar mit Gefängnis bis zu 5 Jahren den in einer dem öffentlichen Verkehr dienenden Anstalt beschäftigten Arbeiter bestrafen will, der durch Arbeitseinstellung den Betrieb stört. Wenn der Gegenentwurf hinzugefügt, daß die Strafbarkeit von der Nichtinhaltung der Kündigungsfrist abhängt, so wird dadurch die Ungerechtigkeit der Vorchrift und der gesetzgeberische Dilettantismus ihrer Verfasser nur um ein Geringes vermindert. Welche Willkür, welche sozialpolitische Verhängnislosigkeit zeigt sich darin, so ganz nebenbei, außer allem Zusammenhang gerissen den Kontraktbruch einer bestimmten Kategorie von Arbeitern mit den ungeheuerlichsten Strafen zu belegen, während der Kontraktbruch des Unternehmers mit heiliger Scheu als ein strafrechtliches Missetat betrachtet wird. Auf den Gedanken, dem Arbeit-

geber, dem so enorme Rechte gegenüber seinen Arbeitern verliehen werden, entsprechende Pflichten gegen seine Arbeiter aufzuerlegen und diese gegen Vertrags- und Gesetzverletzungen des Unternehmers strafrechtlich zu schützen, verfährt der Gegenentwurf nicht. Diese Ergänzung aber wäre ein Gebot selbstverständlicher ausgleichender Gerechtigkeit.

Gegenüber dieser sozialpolitischen Rückständigkeit und Unkenntnis sei es gestattet, mit einigen Worten auf den Geschenkwurf des früheren französischen Ministerpräsidenten Briand vom Dezember 1910 hinzuweisen. Dieser Entwurf geht von dem Gedanken aus, daß es eine schreiende Ungerechtigkeit wäre, in Vertrieben, deren Stillelegung mit schweren Nachteilen für die Gesamtheit verbunden ist, den Arbeitern das Streikrecht einfach zu entziehen, wie dies bei uns beabsichtigt ist, daß vielmehr, wenn man die durch Arbeitseinstellung geübte Selbsthilfe verbietet, an deren Stelle staatlicher Schutz treten muß, will man nicht die Arbeiterklasse wehrlos der Uebermacht des Unternehmers preisgeben. Deshalb bestimmt der französische Entwurf: die Forderungen der Arbeiter sind von unbeteiligter Seite zu prüfen. Ist eine Verständigung nicht zu erzielen, so tritt ein obligatorisches Schiedsgericht, dessen Stütze das Parlament bildet, in Tätigkeit. Die Entscheidungen des Schiedsgerichts haben zwingende Kraft. Außersten Falles darf sogar zur Konzeptionsentziehung gefahren werden. Auf weitere Einzelheiten dieses Entwurfes gehe ich hier nicht ein. Unsere Genossen in Frankreich haben sich mit volstem Recht gegen den Briandschen Entwurf ausgesprochen, ausgehend von dem Grundgedanken, daß, sobald man in irgendeiner Form den Streik verbietet, die Arbeiter zur Zwangsarbeit verurteilt werden, daß man damit nicht nur die gewerkschaftlichen Organisationen, sondern auch den Stolz des freien Arbeiters und das Bewußtsein des gemeinschaftlichen Interesses der Arbeiterklasse zerstört. Trotzdem erwähnte ich den Briandschen Entwurf, aber nur um zu zeigen, wie weit wir in Deutschland selbst gegenüber diesem Vorschlag noch zurück sind. Es läßt sich in der Tat keine nähere, brutalere, die Unternehmerinteressen begünstigendere Regelung denken, als die vorgeschlagene, die Millionen deutscher Arbeiter einfach das Koalitionsrecht nehmen will, ohne an Stelle der geraubten Selbsthilfe die Staatshilfe zu sehen. (Lebhafte Beifall.) Wir werden daher sofort in eine energische Agitation einzutreten müssen, um zu verhindern, daß der Gedanke verwirklicht wird, den Eisenbahnarbeitern und anderen das Koalitionsrecht zu nehmen und sie nach dem Vorbild des alten feudalen Staates zu Hörigen herabzuwürdigen. (Lebhafte Zustimmung.)

Auch sonst enthält der Vorentwurf die unerhörtesten Angriffe auf das Koalitionsrecht. Er ist nach dem Rezept gearbeitet: Man will seit Verschärfung der Umsturzvorlage und der Zuchthausvorlage des Grafen Posadowski nicht mehr den Weg der offenen Ausnahmegesetzgebung beschreiten. Man erweckt deshalb den Anschein, als ob man gegen jedermann geltende Strafbestimmungen schaffen will. Dabei sieht man den Tatbestand so lauschaufertig, daß man jede politische und gewerkschaftliche Betätigung damit unterdrücken kann. Die Arbeiterklasse fällt hierauf jedoch nicht herein. Die Anwendung des Erpreßungsparagrafen hat uns gelehrt. Der Erpreßer ist fast schlimmer als der Vorker, und da hat man gewagt, ein solches Subjekt mit dem ehrenhaften Arbeiter auf gleiche Stufe zu stellen, der nichts weiter tut, als durch Ankündigung der Arbeitseinstellung seine Lebensstellung zu verbessern. (Beifall.) Diese Rechtsprechung hat offenbar dem Vorentwurf zum Vorbild gedient. Der Kündigungsparagraf, die Friedensgefährdung durch gefährliche Drohung und eine Reihe anderer Vorschriften haben eine Fassung erhalten, durch die die bloße Ankündigung eines Streiks oder Boykotts mit schwerer Gefängnisstrafe bedroht wird. Wir fordern aber nicht nur, daß diese neu erlassenen Mittel gegen das Koalitionsrecht aus der Debatte auscheiden, sondern wir verlangen weiter, daß auch die bereits bestehenden Ankelungsparagrafen der Koalitionsfreiheit fallen, in erster Linie § 153 der Gewerbeordnung, den Weibel bereits vor mehr als einem Jahrzehnt als das ungerechteste Massengesetz bezeichnet hat. Nur die häufige Anwendung der Vorchrift hat unser Gefühl dafür abgestumpft, daß wir es hier mit einem Gewaltakt zu tun haben, dazu bestimmt, die Hebung der Arbeiterklasse zum Vorteil einer kleinen Minderheit niederzuhalten. Von einem Gewaltakt muß man deshalb sprechen, weil § 153 einzig und allein dem gewerblichen Arbeiter verbietet, Handlungen zur Verbesserung seiner Lebenshaltung vorzunehmen, die andere tagtäglich vornehmen dürfen. Es sei z. B. nur an die so oft in laufend Verzweigungen anerkannte Achtungserklärung erinnert gegen den, der seinen Verleuerungsunlauteren Wettbewerb macht. Die Ehre des Streikbrechers genießt im Deutschen Reich einen Schutz, dessen sich kein anderer Mensch rühmen kann. Nach der neuen Fassung, die der Majestätsbeleidigungsprozeß erfahren hat, wird nicht einmal der Landesherr, wohl aber nach der Gewerbeordnung der Arbeitswilige gegen die geringste „Erverletzung“ mit allen Nachmitteln des Staates geschützt, und letzteres sicher nicht aus besonderer Hochachtung, sondern aus rein wirtschaftlichen Gründen. Die Anwendung der im § 153 verordneten Mittel wird aber nur untersagt, wenn sie einen Arbeiter zum Beitritt oder zum Ausbleiben in einer Koalition veranlassen sollen; sie sind aber straflos, wenn sie die Verhinderung der Ausübung der Koalitionsfreiheit bezwecken. Ungerecht ist es schon, wenn Streik und Aussperrung rechtlich gleichgestellt werden. Der Streik ist stets etwas Erlaubtes, denn er dient dazu, da die Ware Arbeitskraft an die Person des Arbeiters geknüpft ist, diese zu heben und den Arbeiter auf eine höhere Kulturstufe zu bringen. Die Waffe des Streiks wird also stets im Interesse der Zivilisation der Menschheit geführt. Der Staat muß den Streik gestatten, will er die eine Partei des Arbeitsvertrages nicht der Willkür der anderen ausliefern. Der aussperrende Unternehmer dagegen verfügt willkürlich über die Produktionsmittel, die ihm der Staat überlassen hat, damit er sie im Interesse der Allgemeinheit des Volkes dem Unternehmer anvertrauten Rechts. (Lebhafte Zustimmung.) Wir fordern weiter, daß der Rechtsprechung betreffend die Erpreßung ein energisches Ende bereitet wird. Eine Quacksalberkur aber ist es, wenn man jetzt vorschlägt, daß künftighin nur (!) derjenige Arbeiter als Erpreßer bestraft wird, der unter Ankündigung des Streiks einen zu hohen Lohn verlangt. Den Strafrichter zum Sachverständigen über die Angemessenheit des Lohnes zu machen und die Ueberlieferung seiner Tage mit Gefängnis oder, wie der Entwurf will, sogar mit Zuchthaus zu bestrafen, darüber ernsthaft zu diskutieren, lehnen wir als unserer unwürdig ab.

Endlich verlangen wir, daß das Recht des Streikpostensrechts rechtsgerichtlich gemächert wird. Der des Rechtsgefühl des Volkes tiefbeleidigende Zustand, daß der Arbeiter bestraft wird, wenn er von dem ihm in der Theorie eingeräumten Recht praktischen Gebrauch macht, ist nicht mehr länger zu ertragen.

In ganz derselben Weise wie die wirtschaftliche Schwächung, will der Entwurf durch Strafgesetze auch die politische Entrechtung des Proletariats herbeiführen. Die maßlose Ausdehnung des Begriffs des Hochverrats, dieses Ränkeinstrumentes der römischen Kaiserzeit, ist stets Beweis dafür, daß eine Gesellschaft sich nur noch aufrecht erhalten kann durch Hinderung der freien Meinungsäußerung, daß sie sich im Verleuerungsprozeß befindet. Ist dies wahr, dann befindet sich unsere Gesellschaft mitten im Verleuerungsprozeß. Denn die Erweiterung des Begriffs des Hochverrats spottet jeder Verleuerung. Trotz des Prozesses gegen unsere Genossen Karl Liebknecht hat der Entwurf den Mut, zu erklären, daß der arme Staat heut schuldlos sei. Es sei unzulänglich, daß nur die Anwendung von Gewalt bestraft werde. Jahr müßte die Drohung mit Gewalt zum Zweck der Verleuerungsänderung gleichgestellt werden. Man sieht, die Demonstrationen gegen das preussische Wahlrecht haben es der Regierung angetan. Würde der Entwurf Gesetz, so wäre es Spielerei, diese

Wahlrechtsdemonstrationen mit lebenslänglichem Zuchthaus zu bestrafen

Die zweite, zurzeit tagende, Strafrechtskommission hat sich hier fast völlig der ersten angeschlossen. Wir gehen daher auch über die Beschlüsse dieser Volks- und Arbeiterkinder zur Tagesordnung über.

Durch die Bestrafung der Verherrlichung begangener Verbrechen will man die historische Forschung, durch die Einschränkung des Wahrscheinlichen bei Verleumdungen die freie Kritik, durch die geradezu skandalöse Fassung, die man dem arden Unugsparagrafen gegeben hat, die politische und gewerkschaftliche Betätigung des Proletariats verhindern.

Während nach geltendem Recht nur die Aufforderung zur Verletzung einer Straftat bestraft wird, soll nun auch die Anreizung strafbar sein. Schon die Erzeugung einer die gesellschaftliche Ordnung gefährdenden Stimmung soll ein Verbrechen sein. Und welche wunderbaren Perspektiven eröffnet da der Entwurf. Neben der durch Kurzerstarr und hartes Lager zu verschärfenden Freiheitsstrafe kann in bestimmten Fällen auf Unterbringung in ein Arbeitshaus auf die Dauer von drei Jahren erkannt werden, wenn die Tat auf Arbeitslosen zurückzuführen ist. Eine bei freilebenden Arbeitern äußerst empfehlenswerte Maßregel.

Wenn wir diese Pläne überblicken, so sehen wir, daß das deutsche Volk vielleicht vor dem ernstesten Wendepunkte steht, den es seit Gründung des Deutschen Reiches erlebt hat. Da die Kräfte des Ausnahmegesetzes und nicht zu bändigen vermocht haben, will man es jetzt mit den Störpfeilern des gemeinen Strafrechts versuchen. Und wenn der Staatssekretär des Reichsamt des Innern jüngst erklärt hat, daß die Regierung ein neues Justizgesetzbuch nicht wolle, so darf diese Erklärung unsere Wachsamkeit nicht einschlafen lassen. Man will nur deshalb ein neues Ausnahmegesetz, weil man eines solchen nicht bedarf, weil man erkannt hat, daß auch das gemeine Strafrecht die Funktionen eines Ausnahmegesetzes sehr gut erfüllen könne, wenn man nur die Gesetzeswörter recht unbestimmt und vieldeutig faßt. Alles andere meint man dann getrost der Rechtsprechung überlassen zu können, die ja gezeigt hat, was alles aus den Vorschriften des Strafgesetzbuches an politischem Mißbrauch zur Bekämpfung des Proletariats zu entnehmen ist. Gegen diese Pläne gilt es, das Proletariat auf die Schanzen zu rufen. Gewiß wird unsere Partei im Reichstag ihre volle Schuldigkeit tun. Aber nicht alles kann im Parlament geschehen, denn auf keine der bürgerlichen Parteien ist dort voller Verlaß. Der Hauptkampf muß außerhalb des Parlaments ausgefochten werden: durch unsere hundertfach bewährte flegelkräftige Taktik, durch Agitation und Organisation. (Beifall der Versammlung.) Wie notwendig beides ist, sehen wir im gegenwärtigen Augenblick im Ruhrgebiet, wo unsere Genossen von der Regierung nicht weiter verlangen als Anportierlichkeit und Freiheit der Bewegung, da sie die Kraft in sich fühlen, mit Hilfe eines anderen Staates als der Gerechtigkeit den steilen Weg zur Höhe der Kultur zu überwinden. Und was tut die Regierung? Sie antwortet mit Säbeln und Maschinengewehren, unter dem Beifall von Junkern und Herrenhaus.

Damit für die Zukunft solche Maßregeln nicht mehr nötig sind, will man ein Gesetz haben, das von vornherein Friedhofstrafe schafft und dem Proletariat jede politische und gewerkschaftliche Betätigung bei schwerer Strafe verbietet. Diese konzentrierte, in das raffinierteste System gebrachte Summe von Gewalt und Ingerichtigkeit nennt man dann Vorentwurf zu einem deutschen Strafgesetzbuch. Sorgen wir durch unablässige Kullfklärung der Massen dafür, daß dieses Scherzstück dahin wandert, wohin es gehört, in den Abgrund! (Stürmischer Beifall.)

Nachdem der Beifall verklungen war, den die Ausführungen des Genossen Dr. Heinemann hervorriefen, nahm Genosse Ernst die Abstimmung über die zu diesem Thema vorliegende Resolution vor. Dieselbe wurde einstimmig angenommen. Sie hat folgenden Wortlaut:

Die neuen strafrechtlichen Entwürfe sind von allen bürgerlichen Parteien als eine geeignete Grundlage bezeichnet worden, auf der ein vollständiges Strafgesetzbuch aufgebaut werden kann. Im Gegensatz hierzu erklärt die am 17. März 1912 tagende Generalversammlung des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgebung, daß sie diese Entwürfe als eine dreifache Herausforderung der Arbeiterklasse betrachtet, hervorgerufen aus dem Bestreben, jede auf Fortentwicklung der Gesellschaft gerichtete Tätigkeit mit Strafe zu belegen. Die Versicherung, daß nicht beabsichtigt sei, eine Ausnahmegesetzgebung gegen die politische und gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft einzuführen, darf unsere Agitation gegen den Entwurf nicht einen Augenblick einsinken.

In der dem Anschein des gemeinen Rechts wird in Wahrheit eine Ausnahmegesetzgebung vorbereitet, wie sie gleich rücksichtslos, vollstündlich und ungerichtet in keinem Kulturstaat bisher vorgekommen ist. Die freie Meinungsäußerung soll durch die härtesten Strafbestimmungen unterdrückt werden. Das Koalitionsrecht soll einem Teil der Arbeiter, nämlich denjenigen, die in einer dem öffentlichen Verkehr dienenden Anstalt beschäftigt sind, ganz offen und ausdrücklich, allen anderen Arbeiterkategorien auf indirektem Wege geraubt werden.

Die bisher veröffentlichten Beschlüsse der zurzeit tagenden zweiten Strafrechtskommission stellen sich in den entscheidenden Punkten lediglich als ein Klaffsch derjenigen der ersten Kommission dar und können daher unseres energischsten Widerstandes sicher sein.

Demgegenüber verlangt die Generalversammlung die Befreiung aller derjenigen Strafvorschriften, die dazu bestimmt sind, der politischen Betätigung des Proletariats Hindernisse zu bereiten. Wir fordern Schutz der Arbeitstrait gegen Ausbeutung und die Befreiung aller die Ausübung des Koalitionsrechtes erschwerenden Vorschriften des geltenden Rechts. Mit aller Entschiedenheit lehnen wir die neu erlassenen Bestimmungen zur Vernichtung des Koalitionsrechtes ab, die sich als rücksichtsloseste Klassenjustiz darstellen. Wir fordern die Befreiung aller beherrschbaren Begriffe aus dem Strafrecht und scharfe Präzisierung der Strafvorschriften, da die Unbestimmtheit der Fassung lediglich bezweckt, die Möglichkeit zu schaffen, Rechtsvorschriften zu politischen Zwecken zu mißbrauchen.

Wir verlangen endlich eine die Garantien des Angeklagten vermehrende Reform der Strafprozedurordnung, anstatt der vom jüngsten Regierungsentwurf vorgeschlagenen Einschränkung der Beweisfreiheit des Angeklagten und der Abschaffung der Strafsachen in einem sogenannten summarischen Verfahren. Die Tatsache, daß die Forderung auf Erweiterung des summarischen Verfahrens am vergangenen Dienstag im Herrenhaus mit Begeisterung vertreten wurde, beweist allein schon, daß es sich hier um ein neues Mittel zur Anbahnung des Proletariats und Verhinderung der Verbesserung seiner Lage handelt.

Bei der Berichterstattung über die Verbandsgeneralversammlung der sozialdemokratischen Wahlvereine Groß-Berlins ist gelegentlich der Wiedergabe der Resolution zum Stichwort abkomman insofern ein bedauerliches Artium unterlaufen, als unter Verlaß die Resolution am Schluß sagen läßt, daß die Parteigenossen verpflichtet wurden, die Wahl des fortschrittlichen Kandidaten durch „Stimmhaltung“ zu sichern.

Die Resolution lautet hingegen wörtlich: „Die Parteigenossen Groß-Berlins bedauern das Stichwahlabkommen des Parteivorstandes mit der fortschrittlichen Volkspartei insoweit, als dadurch unsere Genossen in 16 Kreisen, wo wir mit dem Freisinn in Stichwahl standen, verpflichtet wurden, die Wahl des fortschrittlichen Kandidaten durch „Dämpfung des Wahlkampfes“ zu sichern.“

Die Eisener Polizei im Dienste des Zechenverbandes.

Vor der Bochumer Strafkammer hatte sich, wie wir bereits kurz meldeten, am Freitag der verantwortliche Redakteur des

„Bochumer Volksblatt“, Genosse Bierenkämper, wegen Verleumdung der Postverwaltung zu verantworten. Zur Anklage stand ein Artikel, den das Organ des Steigerverbandes, „Der technische Grubenbeamte“, im vorigen Herbst gebracht, und der im „Volksblatt“ abgedruckt und ausführlicher kommentiert worden war. Im Artikel des „Technischen Grubenbeamten“ war gesagt worden, daß die Verfolgungen, denen die Mitglieder des Steigerverbandes seit Jahren, besonders aber im vorigen Herbst, durch die Zechenverband waren, ermöglicht worden seien dadurch, daß der Zechenverband in den Besitz der Abonnentenliste des „Technischen Grubenbeamten“ gelangt sei, und zwar sei der Zechenverband aller Wahrscheinlichkeit nach in den Besitz dieser Liste auf irgendeine Weise mit postalischer Hilfe gelangt. Für diese Vermutung wurden eine Reihe gravierender Verdachtsmomente angeführt. U. a. war in dem Artikel gesagt, daß die Mitglieder des Steigerverbandes von ganz bestimmten Postbezirken wegen ihrer Mitgliedschaft resp. Abonnements fast gleichzeitig von ihren Betriebsführern bzw. Direktoren zur Rede gestellt worden seien.

Das „Volksblatt“ hatte nach Wiedergabe dieses Artikels seiner Vermutung dahin Ausdruck gegeben, daß die Postverwaltung selbstverständlich den Verdacht, daß der Zechenverband mit irgendwelcher gearteter postalischer Hilfe in den Besitz der Namensverzeichnis gelangt sei, weiß von sich weisen werde. Es wurde dabei an die Debatten im Reichstage über den Bruch des Briefgeheimnisses in ausnahmsgefalliger Zeit, wie auch in jüngerer Zeit (Beispielung der russischen Emigranten in Berlin) erinnert. Zum Schluß wurde in dem Kommentar des „Volksblattes“ der Erwartung Ausdruck gegeben, daß bei der eminent öffentlichen Bedeutung der Sache höchste Aufklärung dringend wünschenswert sei über die Frage, ob wirklich bei der Angelegenheit postalische Indiskretionen mit im Spiele gewesen seien. — Der Strafantrag war vom Staatssekretär des Reichspostamts gestellt und stützte sich hauptsächlich auf den Kommentar des „Volksblattes“. Der Angeklagte, der von den Rechtsanwältin Frank L. Dornmund und Dr. Ebel-Essen verteidigt wurde, trat den Wahrheitsbeweis im vollen Umfang an. Soweit es sich um die im Reichstag zur Sprache gebrachten Fälle vom Bruch des Briefgeheimnisses handelte, beantragte die Verteidigung die Vernehmung der Rechtsanwältin Haase und Dr. Liebsch-Verlin. Der Staatsanwalt wandte sich gegen diesen Antrag, da es dem Staatssekretär des Reichspostamts zweifellos nur auf die auf den Steigerverband bezüglichen Behauptungen ankomme, eine Ansicht, die übrigens alsbald durch die Verlesung des Strafantrags ad absurdum geführt wurde. Das Gericht beschloß in einem späteren Stadium der Verhandlungen, die Ladung der beiden Rechtsanwältin abzulehnen, da es die in das Wissen dieser Zeugen gestellten Tatsachen als wahr unterstellte. (1) Die Beweisaufnahme brachte eine

vernichtende Anklage gegen die politische Polizei in Essen und den Zechenverband

ausgabe. Der Polizeiaffessor Hansch von Essen mußte als erster Zeuge zugeben, daß die politische Polizei in Essen die Adressen der Mitglieder des Steigerverbandes ermittelt und dem Zechenverband zur Verfügung gestellt hat. Er bestritt lediglich, daß die Ermittlung mit postalischer Hilfe geschehen sei. Auf die Frage des Verteidigers Frank, mit welcher Hilfe nun die Adressen ermittelt worden seien, erwiderte der Zeuge, daß er dafür keine Genehmigung habe, auszusagen. Der Verteidiger beantragte darauf, beim Polizeipräsidenten in Essen die Erweiterung der erteilten Aufgabenerlaubnis einzuholen, gegen welchen Antrag der Staatsanwalt sich wendete und der auch gegen Ende der Verhandlung vom Gericht abgelehnt wurde. — Zeuge Bergasseffor Strah vom Bureau des Zechenverbandes gibt zu, daß er auf Wunsch von der politischen Polizei das Verzeichnis bekommen hat. Es seien mehrere hundert Namen gewesen. Auf Befragen des Verteidigers Frank muß Zeuge weiter zugeben, daß der Herr, demgegenüber er den Wunsch ausgesprochen hat, der Polizeiaffessor Hansch gewesen sei. (1) Auf weiteres Befragen des Rechtsanwalts Frank, wie er zu dem Wunsch nach dem Mitgliederverzeichnis gekommen sei, erklärte der Zeuge Kleinlaut, daß dem Zechenverband etwas davon lag, die Namen zu erreichen, sei doch naheliegend. Die Frage des Verteidigers, ob der Zechenverband Geld für die Beschaffung der Liste ausgegeben habe, will Zeuge zunächst nicht beantworten. Schließlich bejaht er die Frage. Als der Verteidiger weiter fragt, wie viel, will Zeuge wieder nicht mit der Sprache heraus. Verteidiger und Vorsitzender befehlen darauf den Zeugen wohlwollend, daß, wenn er sich etwa strafbar gemacht habe, indem er einen Beamten beschönigt habe, die Anklage der weigern könne. Zeuge gibt dann schließlich an, daß

einige hundert Mark

zu Händen des Polizeiaffessors Hansch an Auslagen für die gehaltenen Vernehmungen zurückgezahlt worden seien, nachdem er diesen über die entstandenen Kosten gefragt hatte. Die Frage des Verteidigers Ebel, ob er die Liste noch habe, beantwortet Zeuge ausweichend, „journalisiert sei sie jedenfalls nicht. Daraus beantragt der Verteidiger, die Liste herbeizuschaffen, welchen Antrag der Verteidiger Frank dahin erweitert, die Polizeiverwaltung in Essen zu ersuchen, einen Beamten zu beauftragen, die Liste auf dem Bureau des Zechenverbandes zu fordern. Die Beschlußfassung über diesen Antrag wurde ausgesetzt, nachdem der Staatsanwalt sich gegen ihn ausgesprochen hatte.

Der Zeuge Kriminalassistent Simon verwickelt sich bei Beantwortung der Frage, nach welchem System die von ihm angeblich zusammengestellte Liste aufgestellt worden sei, ob nach Postbezirken oder nach dem Wohnort der Steiger oder nach Zechen, in einen Anwalts von Widersprüchen. Zeuge Betriebsführer Kellermann von der „Guten Hoffnungshütte“ bezeugt, daß Bergasseffor Strah ihn gelegentlich gefragt, ob er wissen wolle, wer von den Steigern genannten Berufs dem Steigerverband angehöre. Er habe diese Frage bejaht und Strah habe ihm dann die Namen gesagt. Er habe darauf die betreffenden Steiger zur Rede gestellt und ihnen gesagt, daß das nicht angängig sei.

Zeuge Bergat Heinrichmann von Zeche „Rohland“ bezeugt gleichfalls, daß Strah ihm die Namen der Steiger angeboten, die von jener Zeche im Steigerverband seien, es seien ihrer drei gewesen, denen er sofort gestündigt habe.

Der Vorsitzende des Steigerverbandes, Werner, gibt Auskunft über die Art des Verbandes des Verbandesorgans. Es sei dabei nach jeder Richtung hin die größte Vorsicht beobachtet worden und nur er allein sei im Besitz der Liste, er habe auch die Adressen, in denen das Organ verfaßt worden, selbst mit den Adressen versehen. Im Herbst sei ihm mitgeteilt worden, daß der Zechenverband sich mit der Polizei in Verbindung gesetzt habe, um mit Hilfe der Post oder der Druckerei in den Besitz der Mitgliederliste zu kommen. Er sei dabei speziell vor dem Postamt an der Schühendahn gewarnt worden. Es seien darauf die Vorsichtsmaßnahmen beim Versand des Organs noch verschärft worden. Bald darauf seien auf einer großen Anzahl von Zechen, und zwar meist innerhalb bestimmter Postbezirke, die dem Verband angehörenden Steiger von ihrem Betriebschef wegen ihrer Mitgliedschaft zur Rede gestellt worden. Dabei sei besonders folgendes auffällig ge-

wesen. „Auf Jede Prospekt“ seien die Steiger, die im Postbezirk Balenbrock wohnen, geladen worden, merkwürdigerweise aber nicht diejenigen aus dem Postbezirk Voltrap. Auf einer andern Zeche sei einem Steiger auf den Kopf zugelegt worden, er sei der einzige, der an jenem Ort das Verbandsorgan durch die Post bekomme, eine Behauptung, die übrigens zurechtend gewesen sei.

Der Staatsanwalt erklärte in seinem Plädoyer, daß für die Behauptung postalischer Hilfe auch nicht der Schatten eines Beweises erbracht sei. Von einer Wahrnehmung berechtigter Interessen könne allenfalls nur insofern die Rede sein, als der Angeklagte als Redakteur eines Blattes ein Interesse daran haben könne, daß das Briefgeheimnis auch Abonnenten seines Blattes gegenüber verletzt werden könnte. Er beantragte 600 M. Geldstrafe und Publikationsbefugnis. Die Verteidiger pläbierten in vorzüglicher Weise für Freisprechung, da der Wahrheitsbeweis, soweit er bei der beschränkten Beweisführung infolge der Ausgabebeschränkungen, die den Polizeibeamten auferlegt worden waren, überhaupt erbracht werden kann, als erbracht betrachtet werden müsse. Der Verteidiger Frank unterzog dabei noch besonders das in der Verhandlung bloßgelegte Treiben des Zechenverbandes und des Verhaltens der Polizei, die sich für Geld in den Dienst dieses Verbandes zum Zwecke der Bekämpfung des Steigerverbandes gestellt habe, einer herben Kritik.

Das Gericht hielt den Wahrheitsbeweis nicht für erbracht, billigte aber dem Angeklagten den Schutz des § 191 Str.-G.-B. insofern zu, weil er als Redakteur einer Zeitung für sich und die Abonnenten daselbst befürchten konnte, was vermeintlich dem Organ des Steigerverbandes widerfahren sei. Deshalb sei auf Freisprechung zu erkennen gewesen.

Siebenter Verbandstag der Gastwirtgehilfen.

Rürnberg, 10. März 1912.

Der Verbandstag ist von 80 Delegierten und 4 Mitgliedern der Hauptverwaltung besucht. Die Generalkommission vertritt Ruhr-Berlin, als Gäste sind ferner anwesend Vertreter von Bruderverbänden aus Holland, Dänemark, Schwyz und Wöhringen. Der deutsche Stewards-Verein von 1907 hat ebenfalls einen Delegierten entsandt. Nach dem üblichen Begrüßungsreden wurden Baummeister Berlin und Jilman-Hamburg als Vorsitzende des Verbandstages gewählt. Ihnen stehen 4 Schriftführer und 4 Beisitzer zur Seite. Die vorgeschene Tagesordnung wurde beschließt. Vor Eintritt in diese sprach der Verbandstag den kämpfenden Vergewaltigern seine mächtige Sympathie aus und bewilligte ihnen 2000 Mark aus der Hauptkasse. Die Mitglieder werden verpflichtet, sich rege an der Sammlung für die Vergewaltigern zu beteiligen.

Den Geschäftsbericht

erfolgte dann der Redebeitragsende Vorsitzende Baummeister Berlin, der seine Befriedigung über die Erfolge des Verbandes in der Berichtsjahre ausdrückte. Einen kurzen Auszug aus dem gedruckten Bericht, den Baummeister erläuterte, haben wir bereits gebracht. Hervorgehoben sei noch aus dem mündlichen Bericht, daß die Auflage des Verbandsorgans in den 2 Jahren um rund 7000 auf 18 000 stieg. Zurzeit beträgt die Auflage 10 500, also weit mehr, als der Verband Mitglieder zählt. Die Auflage der „Neue Internationale“, die der Verband für die Agitation unter den Kollegen im Ausland und unter den ausländischen Kollegen in Deutschland herausgibt, betrug zwischen 750 bis 6000 Exemplare alle 14 Tage. Die Organisation der Kellnerinnen macht erfreuliche Fortschritte, sie kommen immer mehr zum Verband. Das beweist, daß auch die Kellnerinnen organisationsfähig sind. In der Bahnbofsfrage habe der Verband alles getan, was getan werden konnte, aber ohne daß man einen Schritt weiter kam. Die Behandlung der Hotelbienen an den Bahnhöfen ist in vielen Orten unerträglich. Wie widerspruchsvoll die Bestimmungen der Eisenbahnbahörden über die Zulassung der Hotelbienen sind, zeigt, daß die Hotelbienen in einigen Städten nur unter bestimmten Voraussetzungen den Bahnhof oder Bahnsteig betreten dürfen. In Karlsruhe müssen die Hotelbienen die Schalterbeamten erst um Erlaubnis bitten, wenn sie bei schlechtem Wetter die Vorhalle betreten wollen. Der Arbeitsmarkt, betonte Baummeister, sei ein trauriges Kapitel für die Gastwirtgehilfen. Die Arbeitslosigkeit ist bei den Gastwirtsangestellten ganz enorm, eine 10 mal größere als bei anderen Berufen. In den letzten Jahren ist die Arbeitslosigkeit ganz gewaltig gestiegen. Der hierdurch hervorgerufene wirtschaftliche Druck auf die Angestellten wurde noch vermehrt durch die ruinösen Folgen der Steuer- und Zollpolitik des Reiches. Die dem Gastwirtsstande auferlegten neuen Steuern haben zur Verschlechterung der Einkommenverhältnisse der Angestellten beigetragen. Die Brauereien wählten die neuen Steuern doppelt und dreifach auf die Wirte ab, und diese wiederum erhöhten ihre Preise usw., so daß neben der neuen Belastung auch für sie noch ein Extraprofit übrig blieb. Die neuen Steuern fördern die rasche Entwicklung der gaswirtschaftlichen Großbetriebe, die kleineren Betriebe verschwinden immer mehr. Die paritätischen Arbeitsnachweise haben auch in den letzten 2 Jahren weitere Förderung erfahren; es bestehen deren 44, andere sind in Vorbereitung. Früher erhob der Verband diese Forderung allein, nun treten auch die Unterebener für den paritätischen Arbeitsnachweise ein. Der Geser Verband ist dagegen, er geht mit den gewerkschaftlichen Stellenvermittlern Hand in Hand.

Den Kassenbericht

gab hierauf Ströbinger-Berlin. Die Gesamt-Einnahmen und Ausgaben des Verbandes in der Geschäftsperiode balancieren mit 720 863,24 M. bei einem Kassenbestand von 171 973,67 M. An Beiträgen wurden 387 947,00 M. vereinnahmt. Von den Ausgaben seien hervorzuheben: Frankenerunterstützung 70 803,52 M., Sireil- und Gemahregelunterstützung 42 960,45 M., Rat der Hamburger Cafékellnerzeitung verbandlich allein 40 000 M., Agitation 26 893,07 M., Sachorgane 44 000 M. Ströbinger erklärte, der Kasse müßten größere Mittel zur Verfügung gestellt werden, wenn der Verband auch künftig allen Anforderungen gewachsen sein soll. Es ständen neue Kämpfe bevor.

Für den Ausschuh berichtete Steiger-Hamburg, der die Beschlüsse, die der Ausschuh zu erledigen hatte, erörterte. Wie schon vorher Baummeister, bedauerte auch dieser Redner das Ausbleiben des selbstberigen ersten Vorsitzenden Paesch-Berlin, der in die Redaktion der Sozialdemokratischen Parteikorrespondenz eingetreten ist. Auf Beschluß vom Hauptverband und Ausschuh behielt Wechs, ehrenamtlich den Posten als Verbandsvorsitzender. Baummeister wurde als sein Stellvertreter ernannt. Der Verbandstag soll nun eine endgültige Regelung vornehmen.

Vor Beginn der Debatte über die Berichte begründeten die einzelnen Delegierten die hierzu sehr zahlreiche vorliegenden Anträge. In diesen werden die verschiedensten Wünsche ausgesprochen. Besonders groß sind die Anträge, die sich auf die Agitation und Gausleitung (Kuanstellung von Gausleitern und Teilung der Gaus usw.) beziehen. In der allgemeinen Diskussion wurde, wie auch in den Anträgen, mehr agitatorische Tätigkeit für einzelne Stände verlangt. Die Hotelbienen Haupten, daß für sie in der Geschäftsperiode zu wenig getan worden sei. Mehr Agitation wird auch für das Küchenpersonal und für die Caféangestellten gewünscht. Der Gründung eigener Sektionen wird ebenfalls das Wort geredet. Die Wünsche auf Anstellung von neuen Beamten finden teilweise Unterstützung. — Kassierer Ströbinger wandte sich gegen die Anträge, deren Annahme eine größere Ausgabe zur Folge hätte. Würde man allen diesen Wünschen gerecht, so bedeuete dies eine Mehrausgabe von 100 000 M., das geht nicht.

Die Debatte wurde in der heutigen Sitzung nicht beendet, sie wird morgen fortgesetzt.

Palmona

muß deshalb als Pflanzen-Butter-Margarine bezeichnet werden, weil man sie sonst von Butter nicht unterscheiden könnte. Nehmen Sie die Verpackung weg und Sie haben die feinste Süßrahmbutter! Lassen Sie sich keine Nachahmungen aufdrängen!

Manoli

Cigarettes
Specialmarken

Abbas Dandy
Gibson Girl

Für Erwachsene ist Kufake
in Milch, Kakao, Suppen oder
Gemüsen die bestgeeignete,
leicht verdauliche u. nahrhafte
Krankenkost.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
Moritzplatz
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 21. März 1912
Anfang 7 1/2 Uhr.

Rgl. Schauspielhaus. Ein Fallse-
ment.
Deutsches. Viel Böse um Nichts.
Virtus Busch. Gala-Vorstellung.
Virtus Schumann. Gala-Vor-
stellung.
Virtus Sarrasani. Gala-Vor-
stellung.
Gaberland. Spezialitäten.

Anfang 8 Uhr.

Rgl. Opernhaus. Elektra.
Urania. Landestr. 48/49.
Der Großlockner, Gasteln und
die Salzburger Alpen.
Kammertheater. Margot kann mit
Gelassenheit werden. Pierrot's letztes
Abenteuer.

Anfang 8 Uhr.

Reines Schauspielhaus. Familien-
lieb.
Neues. Der Hebe Augustin.
Residenz. Alles für die Firma.
Romische Oper. Jar und Zimmer-
mann.
Kurfürstentheater. Der Schmutz der
Welt.

Anfang 8 Uhr.

Reines Schauspielhaus. Die Damen des
Regiments.
Berliner. Große Hoffen.
Neues. Die Verurteilten.
Schiller O. Koch-Virtus.
Sch. O. Charlotterburg. Die
Jüdin von Toledo.

Anfang 8 Uhr.

Reines Schauspielhaus. Zwei glückliche
Tage.
Zirkus. Eine leichte Person.
Neues. Der Gefangene von Jenda.
Wirtshaus. Die Nacht von Berlin.
Trianon. Das kleine Café.
Zentral. Kautschuk.
Wintergarten. Spezialitäten.
Kasino. Die lustige Strohmütze.
Wirtshaus. Spezialitäten.
Sarrasani. Spezialitäten.
Sarrasani. Spezialitäten.
Sarrasani. Spezialitäten.

Anfang 8 Uhr.

Reines Schauspielhaus. Ein Heiler
Rechtsanwalt. Bruder Julius.
Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Folies Caprice. Der Vollzeithund.
Das Broadway-Girl.
Waldfalk. Menschenrechte.
Boigt. Dabur. 88. Geländedramen.
Karl Stuart.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Neues Volkstheater. Der Meister.
Belle-Alliance. Im bunten Kos.
Jutimed. Der Brandstifter.
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62
Schiller-Theater O. Theater.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Kyrilz-Pyritz.
Freitag, abends 8 Uhr:
Zum erstenmal:
Lady Windermeres Fächer
Sonntag, abends 8 Uhr
Kyrilz-Pyritz.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Schiller-Theater Charlotten-
burg.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Jüdin von Toledo.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Weg zur Hölle.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Jüdin von Toledo.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Berliner Theater.
abends 8 Uhr:
Große Hoffen.
Theater in der Königsgrätzer Straße
abends 8 Uhr:
Die 5 Frankfurter.
Neues Theater.
abends 8 Uhr:
Der liebe Augustin.
Sonnt. 3 1/2 Uhr: Der Vogelhändler.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
8 Uhr:
Der Großlockner, Gasteln
und die Salzburger Alpen.
Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
abends 8 Uhr:
Alles für die Firma.
Schmutz in 3 Akten von R. Hermequin
und G. Mischel. Für die deutsche
Bühne bearbeitet von Volten-Bosford.
Morgen u. Jola. Tage: Alles f. d. Firma.
Sonntag, 21. März, 3 Uhr: Der
Prinzgemahl.
Theater des Westens.
Gente: Geschlossen.
Sonntag, 21. März, 8 Uhr zum erstenmal:
Die schöne Helena.
Sonntag 3 1/2 Uhr: Ein Wahntraum.
Luisen-Theater.
Donnerst.: Eine leichte Person.
Freitag: Eine leichte Person.
Sonntag, nachm. 4 Uhr: Rot-
käppchen. Abends: Die Rose von
Japan.
Belle-Alliance-Theater.
1 1/2 Uhr:
Im bunten Kos.
Freitag: Frühlingluft.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
8 Uhr:
Der Großlockner, Gasteln
und die Salzburger Alpen.
Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
abends 8 Uhr:
Alles für die Firma.
Schmutz in 3 Akten von R. Hermequin
und G. Mischel. Für die deutsche
Bühne bearbeitet von Volten-Bosford.
Morgen u. Jola. Tage: Alles f. d. Firma.
Sonntag, 21. März, 3 Uhr: Der
Prinzgemahl.

Theater des Westens.
Gente: Geschlossen.
Sonntag, 21. März, 8 Uhr zum erstenmal:
Die schöne Helena.
Sonntag 3 1/2 Uhr: Ein Wahntraum.

Luisen-Theater.
Donnerst.: Eine leichte Person.
Freitag: Eine leichte Person.
Sonntag, nachm. 4 Uhr: Rot-
käppchen. Abends: Die Rose von
Japan.

Belle-Alliance-Theater.
1 1/2 Uhr:
Im bunten Kos.
Freitag: Frühlingluft.

ROSE-THEATER
Wege Jeanstr. Str. 132.
abends 8 Uhr:
Der Gefangene von
Jenda.
Roman. Militärspiel in 5 Akten
von Edward Holt.
Deutsch von Siegr. B. Luz.
Morgen und folgende Tage: Der
Gefangene von Jenda.
Sonntag, nachm.: Ufendbrödel.

Apollo
Theater
ab 8 Uhr
Beste Woche
der großen komischen Novitäten
Oscar und Suzette
moderne Tänzer
Los No. 33
ufo.

Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Das kleine Café.

Admiralspalast
Am Bahnhof Friedrichstraße
Allabendlich:
Tänze auf d. Eise.
Die kleine Charlotte.
Weltmeister
Bror Meyer.
Das prächtige Eisballott
Alpenzauber.
Nachmittags:
Kunstlauf-Produktionen.
Bis 8 Uhr und von 10 1/2 Uhr
abends halbe Kassenpreise.

Mentes Volksgarten
Joh. Walter Schröter
Telephon: Amt Nichtenberg Nr. 164.
Nichtenberg, Roederstr. 28/29
Verlängerter Landsberger Allee.
Som. Alexanderplatz 15 Minuten.
Bis 64, 67, 71.
Einkaufsstraße—Gedenkhäuser.
Vom 1. April jeden Dienstag, Donnerstag
Frei-Tanz.
Sonntags: Großer Ball

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Zum Schluss:
Eine Hochzeit in der
Müllerstraße.
Burleske
von Renel.
Anfang
wochentags
8 Uhr.
Sonntag
7 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Zum Schluss:
Eine Hochzeit in der
Müllerstraße.
Burleske
von Renel.
Anfang
wochentags
8 Uhr.
Sonntag
7 Uhr.

Freie Volksbühne

Thalia-Theater
Schönthau:
Der Raub
der Sabinerinnen.
Lessing-Theater
8., 14., 21. April:
Wenn der junge
Wein blüht.
Abendabteilungen
Frederich:
Das Familienkind.

Neues Schauspielhaus
Calderon:
Das Leben ein Traum.
Residenz-Theater
Emil Angier:
Die arme Löwin.
Herrnfeld-Theater
Sven Lange
Simson und Della.

Die Mitglieder d. Nachmittagsabteilungen
können zu den Montagabendvorstellungen im
Neuen Schauspielhaus Gastkarten a 1.00 M. beim Ob-
mann im Theater (7-8 Uhr) erhalten. 232/11

24. Febr.
bis
24. März
Gedfnet
10-8 Uhr
Eintritt
M. 1.00
Die Frau in
Haus und Beruf
Kunststellungshallen Zoologischer Garten, Berlin 1912

„CLOU“
Berliner Konzert-Haus.
Mauerstr. 82 Zimmerstr. 90/91.
Großes Doppel-Konzert!!!
Musik d. 5. Grde-Regie. z. F. Oberm. Tschätsch.
Musik d. 1. Grde-Regie. Oberm. Haars.
!!! Zillertaler und Tegernseer Sänger, Plattler und Jodler !!!
Anfang 8 Uhr.

Boigt-Theater.
Donnerstag, den 21. März 1912:
Gastspiel in
Puhmanns Theater. Schönbauker
Häse 148.
Zum Benefiz für Hrl. Toni Dab:
Maria Stuart.
Trauerspiel in 5 Akten v. Fr. v. Schiller.
Kollektordarstellung 7. Anfang 8 1/2 Uhr.

Casino-Theater
Lothringers Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Novität!
Der neue Possenschlager
Die lustige Strohwitwe.
Woffe von Rich und Jacoba.
Sonnt. 3 1/2 Uhr: Die Tochter d. Strahlings.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Zum Schluss:
Eine Hochzeit in der
Müllerstraße.
Burleske
von Renel.
Anfang
wochentags
8 Uhr.
Sonntag
7 Uhr.

Metropol-Theater.

abends 8 Uhr: Kassen gestaltet.
Die Nacht von Berlin!
Große Sinfonie in 7 Bildern von
Jul. Freund. Musik von G. Dolländer.
In Szene gesetzt vom Dir. R. Schulz.

Zirkus
A. Schumann
Heute Donnerstag 7 1/2 Uhr:
Die besten Radkünstler
5 Herren Aurora 5
mit ihrem
lebenden Karussell
sowie Auftreten von Fri. Oera
Schumann und alle
übrigen neuen Spezialitäten.
Um 9 Uhr:
Beginn des bis jetzt unübertroffe-
nen, einzig dastehenden Aus-
stattungsstückes

Das Motorpferd
in 5 Akten.
Große Schlussparade mit noch
nie dagewesenen Effekten.

Sarrasani
Schönhauser Allee.
Telephon: Nord 4100

Donnerst., 21. März, 7 1/2 Uhr:
Parade-Abend
mit sämtlichen als her-
vorragend anerkannten
Novitäten. U. v. a.:
Wild-West
Billetvorverkauf bis ein-
schließlich Sonntag an d.
Circuskasse u. in sämtl.
Billetverkaufsstellen von
A. Wertheim.
Plätze der Plätze:
Galerie 40 Pf., III. Platz
70 Pf., II. Platz 1,20 M.,
I. Platz (numeriert) 2 M.,
Parkett 3 M., Loge 4 M.

Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Die Saison-Schlager
Der Polizeihund.
Das Broadway-Girl.

Königstadt-Kasino.
Ede Holzmarkt- u. Alexanderstraße
Täglich:
Ein seltener Rechtsanwalt und
Bruder Julius.
Kuhhandel 6 erstl. Quartanummern
Anf. 8 Uhr. Sonntags 1/2 Uhr.
Mittw., Sonnab., Sonn.: Tanz.

Passage-Theater.
Das
Geister-
fenster.
Das weiße Geheimnis.
Mella, die schönste Tänze-
rin Russlands.
Schneider-Duncker
und das große Mär-
chenprogramm!

Concordia - Festsäle.
Inh.: M. Wundt & A. Schütze.
64 Andrastraße 64.
Jeden Donnerstag:
Große Soiree
d. allgemein beliebten
und bekannten
Hoffmanns Sänger.
Direktion Fr. Faubler
Heute:
Löwenmut.
Lustspiel in 1 Akt.
Anfang 8 Uhr.
Nach der Frei-Tanz.
Vorzugskarten haben Gültigkeit.

Passage-Theater.
Das
Geister-
fenster.
Das weiße Geheimnis.
Mella, die schönste Tänze-
rin Russlands.
Schneider-Duncker
und das große Mär-
chenprogramm!

Für den Inhalt der Inserate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Herrnfeld Theater

Ein neuer
Sensationserfolg
Wie man
Männer bessert.

3 Akte von Anton u. Donat Herrnfeld
mit den Autoren in den Hauptrollen.
Hierzu die Novität:
Der Hausteufel.
Anfang 8 Uhr.
Billetvorverkauf 11-2 (Theaterkasse)

Zirkus Busch
Donnerstag, den 21. März 1912:
7 1/2 Uhr
Große Vorstellung.
„Die Hexe“.
Großes Volks-Manege-schauspiel
in 7 Bildern.
Die Orpingtons!
Unübertroffenster Rekordanstang
gymnastischer Kunst.
Um 9 1/2 Uhr:
Ringkampf.
Nur erstklassige, hochinter-
essante Kämpfe.
Nähere Einzelheiten im
Programm.

Nibles Fest-Säle
Dennewitzstraße 13.
Jeden Donnerstag:
Tanzkränzchen
und Soubiertrabel
bei freiem Entree. C. NIBLE.

Passage-Panoptikum.
Lebend! Lebend!
Hede, das
Löwen-
mädchen.
Das Mädchen mit dem
Männchenkopf.
Halb Mensch — halb Animal.
Das blaue Weib.
Die Frau in der Kanne.
Ohne Extra-Entree!

Passage-Panoptikum.
Lebend! Lebend!
Hede, das
Löwen-
mädchen.
Das Mädchen mit dem
Männchenkopf.
Halb Mensch — halb Animal.
Das blaue Weib.
Die Frau in der Kanne.
Ohne Extra-Entree!

Passage-Panoptikum.
Lebend! Lebend!
Hede, das
Löwen-
mädchen.
Das Mädchen mit dem
Männchenkopf.
Halb Mensch — halb Animal.
Das blaue Weib.
Die Frau in der Kanne.
Ohne Extra-Entree!

Passage-Panoptikum.
Lebend! Lebend!
Hede, das
Löwen-
mädchen.
Das Mädchen mit dem
Männchenkopf.
Halb Mensch — halb Animal.
Das blaue Weib.
Die Frau in der Kanne.
Ohne Extra-Entree!

Passage-Panoptikum.
Lebend! Lebend!
Hede, das
Löwen-
mädchen.
Das Mädchen mit dem
Männchenkopf.
Halb Mensch — halb Animal.
Das blaue Weib.
Die Frau in der Kanne.
Ohne Extra-Entree!

Passage-Panoptikum.
Lebend! Lebend!
Hede, das
Löwen-
mädchen.
Das Mädchen mit dem
Männchenkopf.
Halb Mensch — halb Animal.
Das blaue Weib.
Die Frau in der Kanne.
Ohne Extra-Entree!

Passage-Panoptikum.
Lebend! Lebend!
Hede, das
Löwen-
mädchen.
Das Mädchen mit dem
Männchenkopf.
Halb Mensch — halb Animal.
Das blaue Weib.
Die Frau in der Kanne.
Ohne Extra-Entree!

Verkäufe.

Leppiche (Korbentwiler) Gelegenheitskäufe, Korbentwiler, Korbentwiler, Korbentwiler...

Sechzehn Prozent Rabatt, Teppiche, Korbentwiler, Korbentwiler, Korbentwiler...

Möbel ohne Geld, Einzahlung, Möbel, Möbel, Möbel, Möbel...

Möbelbetten, 2 Hochlegante, 100,00, sofort, umzugswegen, Petersburgerstraße 18 L. 47/1

Fahrräder, Herrenfahrrad, Damenfahrrad, Geschäftsrad, Herrenfahrrad...

Ehrenerklärung, Die Behauptung, die ich gegen Herrn Demuth ausgesprochen...

Vermietungen.

Wohnungen, Prachtwohnungen, 2, 3 Zimmer, Loggia, Bad, Wäschzimmer...

Kaufgesuche.

Platinabfälle, per Gramm 5,75 Mark, Gold, Silber, Kupfer...

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle für Herrn, H. Schmidt, Planufer 93, Hof III.

Mietsgesuche.

Möblierte Schlafstelle, 1.4, sucht Genosse (Wedding - Gesundbrunnen), allein, Friedrichstr. unter H. A. 100...

Unterricht.

Unterricht in der englischen Sprache für Anfänger und Fortgeschrittene...

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote, Zeitungverkäufer für die Kennzettel, Jüngere Kaufmännin verlangt Richardis...

Verschiedenes.

Patentanwalt Wessel, Glinkenstr. 94, Patentanwalt Müller, Glinkenstr. 81...

Musikinstrumente.

Planino 190, tonisch, Reinhold, Juliusstraße 69, Weimann, Pianoforte, Harmonium, Flügel...

Bilder.

Sie kaufen Bilder nirgends billiger als direkt bei der Bildergalerie...

Redakteur gesucht

zum baldigen Eintritt in die Redaktion der Volkszeitung Mainz.

5000 Mark

Professionseinkommen und mehr verdienen unsere qualifizierte für eine konkurrenzlose Inseratkonten in großen Tageszeitungen...

Stellung

sucht zum 1. April i. d. Stellung resp. Kellnerbureau in allen dort arbeitenden vertrauten Stellungsgeschäften...

Achtung! Holzarbeiter.

Wegen Streit über Lohn, Differenzen sind getrennt: Tischlerei Schuster, Kopernikusstraße 23, Tischlerei Ottmann & Co., Gubenstr. 41...

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Kreis. Unterhaltungsabend der 1. und 2. Abteilung. Sonnabend, den 23. März, abends 8 1/2 Uhr, in Nigles Festsaal, Dammwegstr. 18. Mitwirkende: Mitglieder des Arbeiterturnvereins Schöneberg und „Berliner Ill-Trio“.

Dritter Kreis. Gölitzer Viertel. Zu der am Sonnabend, den 23. März, stattfindenden „Jugend“-Aufführung bei Borgmann, Andreasstr. 21, sind noch Billetts im Bureau des Wahlvereins sowie bei den Bezirksführern zu haben. Die Bezirksführer werden dringend ersucht, in den Bezirken lebhafteste Propaganda für diese Vorstellung zu machen. Die Viertelsteitung.

Schönwalde und Schöneberg (Bez. Pantow). Am Sonntag, den 24. März, nachmittags 4 Uhr, findet in Schönwalde bei Schulz eine große öffentliche Versammlung statt. Tagesordnung: Unsere Aufgaben nach der Reichstagswahl. Referent: Stadtverordneter Wilhelm Düweil. Freie Diskussion. Die Parteigenossen werden ersucht, für guten Besuch zu agitieren. Am Sonntag früh Handzettelverbreitung.

Die Pantower Genossen, welche an der Versammlung teilnehmen, fahren mit der Straßenbahn bis Franz. Buchholz. Um 8 Uhr von dort gemeinsamer Abmarsch nach Schönwalde.

Konoweb. Freitag, den 22. März, abends 8 1/2 Uhr, im Schindlers Lokal, Wilhelmstr. 41-43: Volkversammlung. Tagesordnung: „Kommunismus und Sozialdemokratie“. Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse Duca d. Frankfurt a.M.

Berliner Nachrichten.

Berliner Keller.

Auch Keller haben ihre Geschichte. Ihre Bedeutung für großstädtische Wohnungsverhältnisse ist neuerdings durch die Debatten des Zweckverbands-Propagandaausschusses für Groß-Berlin wieder in hellere Beleuchtung gerückt. Die Zahlenangabe, wonach in Groß-Berlin noch dreißigtausend Menschen in Kellerräumen hausen sollen, ist sicher nicht zu hoch gegriffen. Man sieht auf der Straße von diesem Kellererled nicht viel, wenn man hauptsächlich die neueren stattlichen Gebäude, in denen nach den geltenden Bauvorschriften Wohnkeller überhaupt nicht angelegt werden dürfen, vor Augen hat. Wer aber die älteren Stadtteile und Straßenzüge durchwandert, nicht bloß bis zur Linie der ehemaligen Berliner Stadtmauer, sondern noch erheblich darüber hinaus, und auf den Gegenstand achtet, wird bald maßlos erstaunt sein über den Reichtum an Kellerräumlichkeiten. In Hunderten von alten Gebäuden wird die gesamte Unterkellerung für Wohnzwecke benutzt. Wo an der Straßenfront ein Kellereingang vorhanden und so die Möglichkeit der Verwendung als Geschäftskeller gegeben ist, sind die Verhältnisse noch einigermaßen erträglich. Es gibt sogar noch eine erhebliche Anzahl Restaurationskeller, doch wird hier die Schankkonzession nach Auszug des alten Wirtes schon längst nicht mehr erteilt. Zahlreich sind auch noch die Kustur-, Platt-, Lumpen-, Wirtsalien-, Gemüsekeller, in denen neben dem mit allerlei unangenehmen Ausdünstungen verbundenen Gewerbebetrieb ganze Familien mit vielen Kindern hausen. Noch schlimmer steht es um die Keller in den Hinterhäusern. Hier führt der Eingang zum Keller fast immer erst vom Hausflur über eine steile Treppe, oft aus Steinen, und die Mittelräume, besonders also die „Korridore“, wo solche überhaupt vorhanden sind, liegen vollständig im Dunkeln. Wohnen in diesen Höhlen mehrere Mietparteien, so kann man die verschiedenen Türen nur mit Hilfe von Licht finden. Ueber die sonstige hygienische Beschaffenheit der Wohnkeller braucht man nicht erst viele Worte zu verlieren. Es mag einige Keller geben, in denen namentlich während der heißeren Jahreszeit der Aufenthalt gar nicht so unangenehm ist, aber in den meisten sind Bodenrässe, pilzige Wände und muffige Luft mit allen sich daraus ergebenden gesundheitlichen Nachteilen ständige Gäste. Daher stellen diese Räume, wie jeder Wohnungsstatistiker weiß, auch einen sehr hohen Krankheitsprozentsatz, und wenn von ihnen eine Seuche ihren Ausgangspunkt nimmt, darf man sich nicht wundern. Am Rande berührt sich, daß in der Mehrzahl der Keller das schlechtestgestellte Proletariat wohnt und neben allerunterster Prostitution auch viele Almosenempfänger und Stadtrentner, gewöhnlich ältere alleinstehende Personen, bei denen die Armenunterstützung oder die Rente eben gerade das Meisten eines Lebens, von dem dann nicht selten noch abvermietet wird, gestattet.

Wenn der Zweckverband sich wirklich fähig erweisen sollte, eine großzügige Bebauungs- und Wohnungsreform ins Werk zu setzen, wird er gleichzeitig auch Mittel und Wege finden müssen, um so bald als möglich unter Wahrung der Interessen allerärmster Leute Groß-Berlin wohnkellerfrei zu machen.

Umzug und Gemeindesteuer. Diejenigen unserer Leser, die noch in diesem Monat in eine andere Gemeinde verziehen, tun gut, sich noch in diesem Monat bei der Steuerbehörde ihres jetzigen Wohnortes selber, am zweckmäßigsten schriftlich, abzumelden. Es wird dadurch die Veranlagung zur Gemeindesteuer in zwei Gemeinden vermieden.

Die Gewerbeinspektionen in Groß-Berlin.

Am 1. April 1912 wird im Landespolizeibezirk Berlin eine neue Gewerbeinspektion mit dem Amtssitz in Lichtenberg errichtet. Gleichzeitig werden die Bezirke der Gewerbeinspektionen für den Landespolizeibezirk Berlin, wie folgt abgegrenzt:

- 1. Gewerbeinspektion Berlin C., umfassend die Polizeireviere 1, 2, 12 bis 16, 19 bis 21, 27, 28 und 40 (zurzeit: NO. 18., Elisabethstraße 50/51).
- 2. Gewerbeinspektion Berlin N., umfassend die Polizeireviere 9 bis 11, 17, 46, 50, 59 bis 62, 83 bis 90, 97, 99, 109, 114 und 115 (zurzeit: N. 20., Prinzenallee 88).
- 3. Gewerbeinspektion Berlin NO., umfassend die Polizeireviere 18, 51, 68, 80, 81, 92, 98, 105, 106 und 113 (zurzeit: NO. 18., Eibinger Straße 32).
- 4. Gewerbeinspektion Berlin NW., umfassend die Polizeireviere 5 bis 8, 57, 58, 60, 82, 91, 101, 107 und 112 (zurzeit: NW. 6., Philippsstraße 21).
- 5. Gewerbeinspektion Berlin O., umfassend die Polizeireviere 29 bis 34, 44, 45, 52, 65, 66, 93 bis 96, 102, 103, 108, 110, 111 und 116 (zurzeit: O. 34., Bromberger Straße 6).
- 6. Gewerbeinspektion Berlin S., umfassend die Polizeireviere 23, 30, 41, 42, 47, 48, 67, 72, 78 und 85 (zurzeit: SW. 61., Wittschiner Straße 110).
- 7. Gewerbeinspektion Berlin SO., umfassend die Polizeireviere 25, 26, 29, 43, 49, 53 bis 55, 70, 79, 86 und 87 (zurzeit: SO. 26., Döllsbauer Ufer 41).

8. Gewerbeinspektion Berlin SW., umfassend die Polizeireviere 3, 81 bis 87, 89, 96, 63, 71, 73 und 77 (zurzeit: W. 62., Wichmannstraße 12c).

9. Gewerbeinspektion Berlin W., umfassend die Polizeireviere 4, 64, 74 bis 76, 83, 84, 100 und 104 (zurzeit: NW. 52., Kirchstraße 18).

10. Gewerbeinspektion Charlottenburg, umfassend den Stadtkreis Charlottenburg (zurzeit: Westend, Lindenallee 45/46).

11. Gewerbeinspektion Lichtenberg, umfassend den Stadtkreis Lichtenberg und die Landgemeinden Voghen-Kummelsdorf und Stralau (zurzeit: Lichtenberg, Müggelstraße 21a).

12. Gewerbeinspektion Neukölln, umfassend den Stadtkreis Neukölln (zurzeit: Neukölln, Hermannstraße 74).

13. Gewerbeinspektion Schöneberg-Wilmersdorf, umfassend die Stadtkreise Schöneberg und Wilmersdorf (zurzeit: Wilmersdorf, Schrammstraße 2).

Die Berliner Stadtvertretung nach Wien eingeladen. Der Wiener Stadtrat hat beschlossen, den Bürgermeister Reumayer zu ermächtigen, die Gemeindevertretung der Stadt Berlin zu einem offiziellen Besuche Wiens für Mai einzuladen. Gestern mittag ist die telegraphische Einladung nach Berlin abgegangen, der noch eine schriftliche Einladung folgen wird.

Das Reichspostmuseum verfügt über eine besonders interessante Sammlung von Altertüchern über die Entwicklung des Schrifttums und der Beförderungseinrichtungen der alten Ägypter. Diese sind jetzt um die Nachbildung einer Gruppe bereichert worden, deren Original sich in dem königlichen Museum in Berlin befindet. Auf einem Holzsockel von 12 1/2 Zentimeter Länge und 4 1/2 Zentimeter Breite ruht die Figur eines stehenden Schreibers, der unter den Augen seines Schutzpatrons, des Gottes Thot in der Gestalt eines Pantelpapirus oder Cynocephalus hamadryas arbeitet. Die Figuren sind aus poliertem Stein hergestellt. Der Sockel trägt eine Hieroglyphenschrift, aus der hervorgeht, daß die Gruppe eine Spende des Schreibers Jai für den Gott Thot in seinem Tempel zu Schmun war. Sie stammt aus dem 15. vorchristlichen Jahrhundert. Die Spende soll bewirken, daß „dieser Herrlichkeit der Götter gewähre, schreiben zu können und schwierige Stellen zu lösen und geschickt zu sein in den Gottesworten und einzudringen in sie“.

Die betagte Baumeisterwitwe Rothenburg, über deren wiederholte widerrechtliche Internierung in der Dalldorfer Irrenanstalt wir im Februar berichteten, ist kürzlich im Virchow-Krankenhaus gestorben. Nach der ersten, völlig unbedingten durch Besondere des Hauses Lehner Str. 48b ohne Vorliegen eines Arzattestes veranlasseten Internierung am 23. Oktober 1911 wurde Frau Rothenburg auf Anordnung des Oberbürgermeisters Strikner binnen 24 Stunden wieder entlassen, fast ebenso schnell nach der zweiten, am 26. Januar 1912 erfolgten Einsperung von den Dalldorfer Irrenärzten, die offenbar mit diesem Menschenhandel nichts zu tun haben wollten, ins Virchow-Krankenhaus abgehoben. Man kann wohl mit ziemlicher Sicherheit annehmen, daß die Aufregungen der Internierung, wozu durch den Transport eine starke Erschütterung trat, zu dem Ableben der Greisin, wie das in ähnlich liegenden Fällen beobachtet worden ist, wesentlich beigetragen haben. Bekanntlich spielt in diese Irrengeschichte, die schon im verflohenen Jahrhundert viel Staub aufwirbelte, ein seit langen Jahren schwelender Erbschaftsstreit hinein. Es werden auch Versuche gemacht, den hinterbliebenen Sohn einzufangen — alles ums liebe Geld.

In den neun städtischen Wahlfortbildungsschulen für Mädchen und Frauen beginnt der Unterricht des Sommerhalbjahres am Mittwoch, den 10. April. Der Arbeitsplan dieser Anstalten ist den Bildungsbedürfnissen der schulentlassenen weiblichen Großstadtyugend angepaßt und trägt in seinen Befähigern dem Umfange Rechnung, daß bei der gegenwärtigen Lage des Wirtschaftslebens für die Töchter fast aller Schichten unserer städtischen Bevölkerung die Notwendigkeit besteht, vor dem Eintritt in eine eigene Haushaltung und Wirtschaftsführung einen lehrtragenden Beruf auszuüben. Deshalb bieten diese Schulen Gelegenheit sowohl zur Aneignung der für eine erfolgreiche Berufstätigkeit erforderlichen Bildung, als auch zur Erlangung der Kenntnisse und Fertigkeiten, die für eine gedehliche Tätigkeit im Haushalt von Bedeutung sind. Der Lehrplan ist demgemäß vielfältig und bietet wissenschaftliche, kaufmännische und gewerbliche Fächer. Bei letzteren bestehen neben den für die Zwecke der Haushaltung bestimmten Kursen besondere Fächer, z. B. für Schneidern und Wäscheanfertigung, die der Vorbereitung für den Beruf dienen. Das Schulgeld ist äußerst mäßig und beträgt für 2 Stunden wöchentlich in Deutsch, Rechnen, Schreiben, Zeichnen, Geographie halbjährlich 0,50 M., für je 2 Stunden in Buchführung, Korrespondenz, Handelslehre, Stenographie, Maschinenschreiben 2 M. halbjährlich, für je 4 Stunden wöchentlich in einer fremden Sprache 4 M., für 8 bzw. vier Stunden Schneidern oder Plätten 2 M., für Handarbeiten, Ausbessern, Putzmachen, Maschinennähen, Maschinesticken, Wäscheanfertigung, zusammen oder einzeln, 4 M. halbjährlich. Schülerinnen, welche die letztgenannten praktischen Fächer belegen, können an Deutsch, Rechnen, Schreiben und einfacher Buchführung unentgeltlich teilnehmen. Die Teilnahme an Gesang, Turnen und Gesundheitslehre ist frei. Außerdem unterhält die Stadt drei Koch- und Haushaltungsschulen für schulentlassene Mädchen. Das Schulgeld beträgt für einen einmonatigen Unterricht in der Woche 6 M. halbjährlich. Für dieses Schulgeld dürfen die Schülerinnen auch am Unterricht im Schneidern und Plätten an einer der Wahlfortbildungsschulen teilnehmen. Trotz des mäßigen Schulgeldes erhalten bedürftige Schülerinnen Freiplätze. Anmeldungen werden von den Dirigenten der neun Fortbildungsschulen und der Kochschulen entgegengenommen, die in ihren Sprechstunden gern Rat und Auskunft über alle Fortbildungsangelegenheiten erteilen. Im Norden der Stadt liegen die 2. Fortbildungsschule, Hochstr. 4, Dirigent Werten, die 8. Fortbildungsschule, Danziger Str. 23, Dirigent Krüger, die 9. Fortbildungsschule, Elisabethstraße 19/20, und 8. Koch- und Haushaltungsschule, Puffenstr. 4/5, Eingang 4a, Dirigentin Lau, die 2. Koch- und Haushaltungsschule, Dunderstr. 65/66, Leiterin Bräulein Grube, im Osten die 3. Fortbildungsschule, Langestr. 78, Dirigent Kulle, die 5. Fortbildungsschule und 1. Koch- und Haushaltungsschule, Gubener Str. 61/52, Leiter Rektor Riebart, im Nordwesten die 4. Fortbildungsschule, Turmstr. 75, Dirigent Hoberland, im Nordosten die 1. Fortbildungsschule, Friedenstr. 23, Dirigent Diege, im Südwesten die 6. Fortbildungsschule, Sneyenstraße 7, Dirigent Dieg, im Südosten die 7. Fortbildungsschule, Waldemarstr. 77, Dirigent Friedrich.

Ein Wahlkampf in der zweiten Abteilung ist bei den Stadtverordnetenwahlen in Berlin etwas Ungewöhnliches. Aus Anlaß der Erziehung im 10. Gemeindevahlbezirk sind sich die Bürgerlichen arg in die Haare geraten. Giese oder Rosenow war die Parole. Beide sind bei den Stadtverordnetenwahlen am 5. November in der dritten Abteilung unseren Genossen unterlegen, und beide haben den dringenden Wunsch, sobald als möglich wieder in die Stadtverordnetenversammlung zu kommen. Die Gelegenheit bot sich jetzt, da durch den Tod des Stadtverordneten Mentel ein Mandat frei geworden war. Von ihren Anhängern wurden Giese und Rosenow als Kandidaten aufgestellt. Und nun hat ein lebhafter Kampf an. Die Kandidatur Giese wurde insbesondere von den Hausbesitzern gestützt, die noch in der Sonnabendnummer des „Grundbesitzers“ folgendermaßen gegen Rosenow weiterten: „Von einer kleineren Gruppe hat sich Herr Leopold Rosenow als Kandidat dagegen aufstellen lassen. Abgesehen davon, daß Herr Rosenow als Anhänger der „Neuen Rinken“ in der Stadtverordnetenversammlung der sozialdemokratischen Fraktion recht nahe steht, also gerade den Hausbesitzern als geeigneter Vertreter

ihrer Interessen nicht erscheinen kann, ist gegen seine Wahl der Umstand anzuführen, daß er durch seine Tätigkeit als Direktor der Dienstbotenversicherung sowie als Landtagsabgeordneter so außerordentlich stark in Anspruch genommen wird, daß er außerstande sein dürfte, daneben auch noch das Mandat als Stadtverordneter in ersprießlicher Weise auszuüben.

Außerdem hat man in weiten Kreisen der Bürgerschaft die von den Freunden des Herrn Rosenow für diesen betrieblenen Wahlkandidatur, welche schon zu einer Zeit einsetzte, als Herr Mentel noch am Leben war, aber an schwerer Krankheit daniederlag, recht unangenehm empfunden, und es sind dann weiter von dieser Seite Nachrichten in die Tagespresse gebracht worden, die die Tatsachen geradezu auf den Kopf stellen, wie denn z. B. die konfessionelle Frage in höchst unangebrachter Art in diese Agitation hineingebracht worden ist.

Herr Rosenow muß als hypermoderner Sozialpolitiker mit Entschiedenheit abgelehnt werden, der insbesondere auch das Vertrauen der Hausbesitzer gerade nicht beanspruchen kann, während Herr Oskar Giese in seiner früheren langjährigen Tätigkeit in der städtischen Verwaltung gezeigt hat, daß er, ohne sich in utopistische Ideen zu verlieren, auf dem festen Boden der Wirklichkeit bleibend, fähig ist, die Bürgerschaft zu wirken geeignet ist.

Die Anhänger Rosenows blieben die Antwort nicht schuldig. Western fand endlich der Kampf am Wahltage sein Ende. Niederhaft war von beiden Seiten gearbeitet worden. Das Endergebnis war der Sieg Rosenows über Giese. Rosenow erhielt 505 Stimmen, während auf Giese 308 Stimmen fielen.

Eine Suche nach einem Taubstummen. Sonderbares erlebt man immer wieder mit der Polizei. Vor vierzehn Tagen machte sie sich wieder auf, um einen taubstummen Arbeiter Paul Krause festzunehmen, der im Hause Kameruner Straße Nr. 18 bei seinem Schwager Janide wohnte. Was Krause verbrochen haben sollte, ist nicht klar, aber für die Dinge, die wir hier schildern wollen, kommt es hierauf auch nicht an. Drei Schulkollegen verhafteten sich Zutritt zu der Janideschen Wohnung, holten Janide aus dem Bett heraus und führten ihn ab. Das war am 8. März. Als Krauses Vater von der Verhaftung erfuhr, ging dieser am 10. März zum Polizeipräsidenten, um sich nach dem Grund zu erkundigen und vielleicht seinen Sohn zu sprechen. Ihm wurde geantwortet: „Ja, der ist schon in Moabit!“ Daraufhin begab der Vater zusammen mit seiner verheirateten Tochter Frau Janide sich am 11. März nach dem Untersuchungsgefängnis in Moabit, aber hier wußte man nichts von einer Einlieferung eines Taubstummen Krause. Ein Beamter erklärte, der müsse wohl noch im Gewahrsam des Polizeipräsidenten sein. Am 12. März fragte der Vater wieder auf dem Polizeipräsidenten an, doch bekam er aufs neue die Antwort, der Sohn müsse schon im Untersuchungsgefängnis sitzen. Als am 13. März Frau Janide nochmals im Untersuchungsgefängnis anfragte, konnte wieder nur geantwortet werden, der Gefangene sei nicht da. Ein Beamter äußerte jetzt die Vermutung, daß die Polizei ihn vielleicht in eine Irrenanstalt eingeliefert haben werde. Krause ist in der Tat sehr schwachköpfig, auch kann er weder lesen noch schreiben, und ebenso wenig beherrscht er die übliche Taubstummenprache, so daß ihm eine Verständigung mit Fremden sehr schwer wird. Den Angehörigen war es rätselhaft, daß die Polizei, die ihn aus der Wohnung geholt hatte, nicht sollte eine sichere Angabe darüber machen können, wo er geblieben war. Der Vater mußte, weil er nur noch am Sonntag die nötige Zeit zu all diesen Laufereien haben konnte, zunächst bis zum 17. März warten. An diesem Tage suchte er auf dem Polizeipräsidenten den Kriminalkommissar Seinemeyer auf, der die Sache bearbeitet hatte, und forschte hier nach dem Verbleib des Sohnes. Jetzt wurde ihm die überraschende Auskunft gegeben, der Verhaftete sei schon am Tage nach seiner Festnahme, nachdem man erfolglose Versuche gemacht habe, sich mit ihm zu verständigen, wieder entlassen worden. Das zu hören, war dem Vater gewiß lieb, weil daraus hervorging, daß gegen den Sohn nichts von Belang vorliegen konnte. Die ganze Angelegenheit wurde aber für die Familie jetzt nur noch rätselhafter. Wie war es zu verstehen, daß ihr auf dem Polizeipräsidenten so widersprechende Mitteilungen über den Verbleib des Sohnes gemacht worden waren? Und was sollte sie davon denken, daß der Sohn seit dem Tage, wo er laut Angabe des Kriminalkommissars entlassen worden sein mußte, verschunden war? Nachfragen in verschiedenen Anstalten blieben ergebnislos. Wäre Krause irgendwo krank geworden oder betrunken, so daß man ihn in eine Anstalt eingeliefert hätte, dann müßte er wohl, meint die Familie, schon ermittelt sein. Er trägt an der Innenseite seiner Joppe ein festgenähtes Stück Pergamentpapier, auf dem geschrieben steht: „Ich heiße Paul Krause, bin taubstumme, wohne bei Schloffer Janide, Berlin R., Kameruner Straße 18, Ouergebäude, 4 Treppen.“ Am 18. März gab Frau Janide auf dem in Weidmarkt kommenden 57. Polizeibureau in der Müllerstraße eine Vermittlung auf, aber bis zum Abend des 20. März war ihr noch keine Nachricht zugegangen, daß der Vermißte ermittelt worden sei.

Selbstmord eines Schauspielers. Der bekannte Schauspieler Willi Froboese vom Lessingtheater hat gestern früh Selbstmord verübt, indem er sich auf einer Eisenbahnfahrt von Berlin nach Wensidendorf mit seinem Jagdgewehr erschöß. Froboese wurde auf der Station Wensidendorf in einem Winkel des Juges als Leiche aufgefunden; er hatte einen Schuh mitten durch das Herz. Die Leiche wurde einstweilen nach Liebenowalder gebracht und soll heute nach Berlin übergeführt werden. Froboese wirkte seit drei Jahren am Lessingtheater und hinterläßt eine Frau mit einem 10-jährigen Sohn. Vor seiner Tätigkeit am Lessingtheater war er 10 Jahre am Dresdener Hoftheater. Das Motiv für die Tat ist nicht recht klar.

In den Taschen des Dahingegangenen fand man folgenden Abschiedsbrief an seine Frau:

Frau Trude Froboese, Berlin, Thomasstraße 12, 2 Treppen. Liebe Trude! Verzeihe, daß ich diesen Schrift gekannt habe, ich konnte nicht anders. Verzeih! Erzieh unseren lieben Jungen in Treue und Liebe. . . (Hier folgt eine unleserliche, anscheinend durch Tränen verwickelte Zeile.)

Nochmals in Liebe Dein Willi. Froboese, der 48 Jahre alt war, hatte vor einiger Zeit ein Engagement nach Weimar abgeschlossen, das er wegen der geringen Gage, die ihm gezahlt werden sollte, als seiner unwürdig betrachtete. Engagement war ihm von seinen Freunden eingeredet worden, das Engagement rückgängig zu machen und lieber in Berlin zu bleiben. Tatsächlich hatte er auch schon Verhandlungen mit einem hiesigen Etablissement angeknüpft, die aber bisher noch zu keinem greifbaren Resultat geführt hatten.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich gestern mittag gegen 12 1/2 Uhr am Schlessischen Bahnhof. Dort wurde der 59-jährige Kaufmann Paul Brun, am Schlessischen Bahnhof 4 wohnhaft, beim Ueberfahren des Fahrbanns von einem Straßenbahnwagen der Berliner Ostbahn umgestoßen und geriet unter den Vorderperren. Er wurde, bis es dem Fahrer gelang, den Wagen zum Stehen zu bringen, eine Strecke weit mitgeschleift. Der Schwerverletzte wurde nach der Unfallstation am Grünen Weg geschafft, wo schwere innere Quetschungen, ein Bruch des Schlüsselbeins und des linken Fußgelenks festgestellt wurden. Er wurde dann nach seiner Wohnung geschafft.

Ein Freund von Damenassistenten wurde am Dienstag in der Ausstellung „Die Frau in Haus und Beruf“ in den Hallen des Zoologischen Gartens auf einem Diebstahl erfaßt. Ein Beamter der Tagesdienstadtverwaltung des Kriminalpolizeibezirks hat dort einen

Jungen Mann, der sich auffallend an Damen heranmachte. Obwohl er seinem ganzen Gebaren und seiner ganzen Erscheinung nach nicht wie ein Taschendieb ausfiel, so beobachtete der Beamte ihn doch weiter und nahm ihn fest, als er einer jungen Dame das Taschentuch aus dem Kameleauschlag des Mantels herausnahm und in seine Tasche steckte. Auf dem Polizeipräsidium entpuppte sich der Entappte, ein 19 Jahre alter Kaufmann Karl F., der Sohn achtbarer Eltern aus Charlottenburg, als ein Heißhühner besonderer Art. Er gab ohne weiteres zu, das Taschentuch entwunden zu haben, und nicht ohne weiteres, sondern auch noch viele andere. Wie er versichert, handelt es bei solchen Diebstählen unter einem inneren Zwange, dem er nicht widerstehen kann. Das ist schon so, seitdem er die ersten Langstundebeschäftigten machte. Die Wäsche, mit denen er die Langstunde besuchte, bereicherte ihn ihre schönsten Taschentücher und seitdem sah er beständig darauf, auch auf andere Weise in den Besitz von Damenartikeln zu gelangen. Jeder Diebstahl dieser Art bereicherte ihn einen sinnlichen Genuss. Auch zu Hause hat er an seiner Wäsche fortwährend seine Freude. Er läßt die Taschentücher sorgfältig säubern und verwahrt sie dann an einer besonderen Stelle in seinem Schrank. Hier hat er jetzt schon mehr als 50 aufgestapelt. Dieser Heißhühner ist in der Kriminalpolitik ziemlich selten. In der Berliner Kriminalchronik war er schon seit 10 Jahren nicht mehr zu verzeichnen.

Das verräterische Schimmelgespann. Seit einiger Zeit wurden auf dem Anhalter Güterbahnhof sehr häufig große Kisten Lebensmittel, wie Gerste, Wehl, Walnüsse und dergl. gestohlen, oft verschwand sogar auch ganze Wagenladungen, ohne daß es gelang, den oder die Diebe zu überführen. Es stellte sich nun heraus, daß die Diebstähle immer zu einer Zeit geschahen, wenn eine große Anzahl von Fuhrwerken zur Abholung von Früchten vor dem Ausladekram des Güterbahnhofs verammelt waren. In der letzten Zeit fiel es auch auf, daß zu dieser Zeit immer ein Schimmelgespann dort erschien, und nach kurzem Aufenthalt wieder verschwand. Die Bahnhofsbewachen machten nun die Kriminalpolizei auf dieses Fuhrwerk aufmerksam, und diese stellte jetzt fest, daß der Eigentümer des Wagens, der 33 Jahre alte Bierverleger und Händler Albert Niedwand war, der zusammen mit seinem Kutscher, einem 29 Jahre alten Ernst Schmidt, mit ungläublicher Dreistigkeit die Warenladungen auf den Waggons, die sie in einem unbewachten Augenblick erbrachen, entnahm und mit dem sinken Schimmelgespann zur Zeit des größten Fuhrwerkverkehrs davonfuhr. Beide wurden daraufhin festgenommen und dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Die Nachforschungen ergaben, daß die Verhafteten auch auf dem Ostbahnhof, dem Hamburger Güterbahnhof, dem Schiefischen Bahnhof und am Hamburger Zollshuppen gearbeitet haben. Wenn sich die Gelegenheit dazu bot, nahen die Diebe auch Kisten von anderen Wägen, luden sie auf ihr Fuhrwerk und verschwanden mit der Wente.

Der Verband der Laubkolonisten Berlin und Umgegend veranstaltete am heutigen Donnerstag in den „Sophienhöfen“, Sophienstraße 18, einen öffentlichen Lichtbildervortrag. Da der Herr Vortragende Dr. Hegemann im Besitze bester Photographien der Klein- (Laubkolonien) Amerikas, Englands und Deutschlands ist, wird ein äußerst interessanter Vortrag erwartet.

Dachstuhlbrand in der Schönhauser Allee. Ein größerer Dachstuhlbrand brach gestern nachmittags kurz nach 8 Uhr in der Schönhauser Allee 137 aus. Als die Feuerwehr mit drei Löschzügen anrückte, stand der Dachstuhl des Hauses fast in ganzer Ausdehnung in Flammen. Die Wehr mußte daher mit drei Kahren eingreifen, die von den Dampfkrigen gespeist wurden. Nach einstündigem Wassergeben war die Gefahr beseitigt. Der Dachstuhl ist größtenteils zerstört. Die Ursache des Brandes ist nicht ermittelt.

Vermißt. Seit dem 8. März ist die 10jährige Margarete Sachs aus Reutlitz, Karlsgartenstraße 15, spurlos verschwunden. Sie ist morgens, wie stets, von Hause fortgegangen, um ihre Arbeitsstelle aufzusuchen, ist aber dort nicht eingetroffen. Vermutlich ist das noch junge Mädchen entführt worden oder einem Mädchenhändler in die Hände gefallen. Es wird gebeten, Angaben über den Verbleib des Mädchens bei Frau Ida Sachs, Reutlitz, Karlsgartenstr. 15, machen zu wollen.

Vorort-Nachrichten.

Steglitz. Der Genbar als Funktionär des Wahlvereins.

Von Wuns wegen werden jetzt die Genbarne beauftragt, sich Aufgaben zu unterziehen, die sonst zu den Obliegenheiten der bezugenen Vertrauensleute der sozialdemokratischen Wahlvereine gehören.

Am Wahltag hatte ein Steglitzer Parteigenosse eines der üblichen Wahlplakate mit der Aufschrift: „Wählt Jubeil“ in einem kleinen Randorte des Kreises Textov herumgetragen. Dieser Frevel mußte gesühnt werden. Er erhielt ein Strafmandat folgenden Inhalts am 18. März, also nach mehr denn zwei Monaten, zu gestellt:

„Sie haben am 12. Januar 1912, um 1 1/2 Uhr nachmittags in Philippsthal ein Plakat mit der unzulässigen (!) Aufschrift „Wählt Jubeil“ öffentlich ausgehängt. Auch sind Sie auf die Unzulässigkeit (!) Ihrer Handlungsweise durch den Genbarmerie-Wahlmeister Jürgens hingewiesen worden.“

Auf Grund des „Prozeßgesetzes“ wird deshalb gegen Sie eine Geldstrafe von drei Mark, nebst 40 Pfg. Zustellungsgebühren, festgesetzt.“

In der Strafverfügung sind einige Korrekturen vorgenommen. Die von und gefordert wiedergegebenen erscheinenden Umstände sind also bewußt und absichtlich so formuliert worden. Ein Verstum des Verfassers ist also ausgeschlossen, ebenso irgendein Blätterschleier, der ja in amtlichen Schreiben überhaupt nicht vorkommen wird. Der mit dem Strafmandat beglückte Kandidat war sich auch nicht bewußt, seine Wahlarbeiten irgendwie „unzulässig“ ausgeübt zu haben, sondern hat treu und durchaus zuverlässig für den Sieg des sozialdemokratischen Kandidaten beitragen helfen. Am allerwenigsten ist aber dem Genbarman als Nichtparteiangehörigen das Recht einzuräumen, darüber zu urteilen, ob ein Sozialdemokrat seine Pflichten als Wahlhelfer zuverlässig oder unzuverlässig ausübt. Abgesehen davon, daß die Aufschrift „Wählt Jubeil“ durchaus zulässig ist, wurde der wider die heilige Ordnung sündigende Frevel auf Grund eines Gesetzes, nämlich des „Prozeßgesetzes“, verurteilt, das weder besteht, noch je bestanden hat. Die Berechtigung des Strafmandats ist mit Bezug auf die amtlichen „Gründe“ beim besten Willen nicht einzusehen. In diesem Sinne ist auch der Herr Amtsvorsteher verflämigt worden. Die Antwort steht noch aus.

Charlottenburg.

Die städtische Desinfektionsanstalt hat seit dem vorigen Jahre zwei Kubenische Uniersolapparate eingestellt, um auch solche Gegenstände, die im Dampfapparat verderben, wie Lederfächer, Mäher usw., desinfizieren zu können. Nachdem mehrere langausgedehnte und umfassende Versuchsreihen mit Sicherheit ergeben hatten, daß der Apparat zuverlässig desinfizierend wirkt und daß hierbei die ihm übergebenen Gegenstände auch in ihren feineren Teilen keine Schäden erleiden, wurde zur Wüchdesinfektion im großen gerüstet. Kürzlich fand die erste Wüchdesinfektion im privaten Auftrage statt. Es wurden drei Körbe mit einigen Hundert der verschiedensten Mäher aus der Klubbibliothek eines hiesigen Geschäftshauses in einer Ladung desinfiziert. Nach beendeteter Desinfektion zeigte keines der Mäher irgendeine wahrnehmbare Beschädigung, so namentlich nicht die wertvolleren Werke mit Goldschmuck, Prachtbinden und farbigen Bildern. Ebenso war die Form der Einbände unverändert geblieben. Der Erfolg entspricht durchaus den Erwartungen, zu denen die vorausgeschickten Versuche berechtigten. Die Wüchdesinfektionen in privaten Aufträgen finden von jetzt ab regelmäßig und zwar vorläufig am dem ersten Donnerstagen eines jeden Monats statt.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wach, Berlin. Für den

Friedrichshelde.

Aus der Gemeindevertretung. Einige Gemeindevorsteher hatten gegen die Möglichkeit des Protokolls der vorangegangenen Sitzung Einspruch erhoben mit der Motivierung, daß durch die Vertagung der Neuregelung der Beamteneinkünfte ein Teil des Etats nicht erledigt, folglich auch der Gesamtetat nicht festgestellt sein könne, wie ja auch die formelle Schlussabstimmung nicht vorgenommen worden sei. Die Mehrheit der Gemeindevertretung verlor bei der Abstimmung die gleiche Auffassung, aber nur in der Absicht, die Gehaltsregulierung, die man nach der letzten Sitzung als abgehandelt betrachtete, doch noch durchzuführen. Die Schwierigkeiten, die zu diesem Zwecke erforderlich sind 20 000 M. im Etat aufzubringen, waren keineswegs vermindert, aber das Eintreten der Beamten in der Öffentlichkeit für ihre Forderungen hatte offensichtlich in der Zwischenzeit seine Wirkung getan. Das geht deutlich genug aus einem recht kennzeichnenden Passus aus der Vorlage zu diesem Punkte hervor, der wie folgt lautet: „Der Gemeindevorstand, die Bau-, Kanalisations-, Etats- und Rechnungscommission haben mit ganz überwiegender Mehrheit am 11. März 1912 beschlossen, bei der Gemeindevertretung folgende Anträge zu stellen: . . . 2. Eine Neuregelung der Beamten- und Technikergehälter zum 1. 4. 1913 in der Voraussetzung eintreten zu lassen, daß sich die Beamten eines agitatorischen Eintretens in ihrer eigenen Angelegenheit enthalten mit Rücksicht auf ihren Beamtenstand.“ Genosse Pöfeler brandmarkte in scharfen Worten dieses reaktionäre Ansinnen an die Beamten, von denen man sich bei Wahlen usw. gern in weitestem Umfange Hilfe gefallen lasse, ihnen hier aber verdichten möchte, einmal im eigenen Interesse tätig zu sein. Im allgemeinen war man aber der Ansicht geworden, daß bereits jetzt eine Gehaltsregelung vorgenommen werden müsse. Um jedoch die Mehrforderungen mit dem Etat in Einklang zu bringen, kam man auf den gerade nicht glücklichen Ausweg, den Betrag des zu erwartenden Ueberschusses aus dem Vorjahre um 20 000 M. zu erhöhen. Leider fand das Vorgehen, eine einmalige, noch dazu recht ungewisse Einnahme als Deckung für eine dauernde Ausgabe zu verwenden, keine genügende Beachtung. War so im Prinzip die Neuregelung der Gehälter angenommen, bedurfte es noch einer zweistündigen Besprechung, um über gewisse Einzelheiten und Personalien zu einer Verständigung zu kommen.

Einem weiteren Beratungsgegenstand bildete das Anschlagwesen. Die Berliner Elektrizitätswerke haben eingewilligt, daß ihre Transformatorgehäuse zu Kellergewölbchen von der Gemeinde benutzt werden. Die Gemeindevertretung hat nun beschlossen, das Anschlagwesen an den Buchdruckermeister Richter-Karlshorst für 400 M. jährlich zu verpachten. Die Preise des zugleich genehmigten Toriffs erscheinen allerdings recht hoch, wenn man in Betracht zieht, daß der Plakatschlag immer nur für einen Ortsteil einen Wert haben kann.

Zu einer längeren und wiederum recht bezeichnenden Debatte kam es dann bei der Festschließung der Anliegerbeiträge zur Regulierung der Schloßstraße. Ein vor nicht so langer Zeit angenommenes Ortsstatut gibt der Gemeinde das Recht, die zur Straßentregulierung erforderlichen Grundbesitzerkosten bis zur Höhe von 75 Proz. durch Beiträge von den Anliegern einzuziehen. Hierunter sollte nun — natürlich in schonendster Weise — Gebrauch gemacht werden, indem nur rund 30 Proz. zur Erhebung kommen sollten. Die dem Einzelnen auferlegenden Beiträge sind allerdings auch so noch hoch genug, dank dem Umstand, daß mehrere Anlieger die Zwangsfrage der Gemeinde in der schonlichsten Weise ausgenutzt haben. Fest steht aber auch, daß die Beiträge bald schon wieder durch die sicher eintretende Wertsteigerung der Grundstücke mehr als ausgeglichen sein werden. Und dennoch hatten die Herren Seidel und Hehmer den Mut, eine weitere Ermäßigung zu fordern. Es wird Sache der Arbeiterschaft sein, am kommenden Sonntag durch rege Wahlbeteiligung unseren Einfluß auf die Kommunalpolitik steigern zu helfen im Interesse der Allgemeinheit, die ja in ihrer überwiegenden Mehrheit der ärmeren Bevölkerungsschicht angehört.

Ober-Schöneweide.

„Von 1848 bis 1912“ lautete das Thema, welches in einer am Montag, den 18. März, abgehaltenen, gut besuchten Volksversammlung Genosse Däumig in ausführlicher Weise behandelte. Der Referent verhandelte, die Zuhörer hineinzuversetzen in die bewegten Tage des Revolutionsjahres. Wohl habe das Volk aus den Kämpfen dieser Tage gelernt und sich organisiert, nicht aber der preussische Polizeistaat, sonst könnte es nicht möglich sein, daß bei dem gewaltigen Ringen der Bergarbeiter um geringe Lohnerhöhungen die preussische Regierung ohne irgendwelche stichhaltigen Gründe Schutze, Soldaten und Wachposten zur Unterdrückung dieses Kampfes nach dem Ruhrgebiet entsenden konnte. Genosse Däumig ließ seinen Vortrag anknüpfen in die Aufforderung, sich mehr und mehr der politischen Organisation anzuschließen. Die begeisterte Stimmung wurde noch gehoben durch zwei dem Tage entsprechende, vom Arbeitergesangsverein Ober-Schöneweide „Niederstapel“ vorgebrachte Lieder.

Weißensee.

Zwei für den Haus- und Grundbesitz wichtige Fragen hatte die letzte Gemeindevertretersitzung zu lösen. Eine Veränderung des Ortsstatuts betr. die anderweitige Festsetzung der Grundsteuer und die Festsetzung der Kanalisationsgebühren. Beide Änderungen sollen vom 1. April ab in Kraft treten und mußten daher vor der Stadtkonferenz erledigt sein, wenn sie die Genehmigung des Kreis-Ausschusses erhalten sollten. Wie nicht anders zu erwarten, eröffnete den Neigen in der Debatte der Vertreter des Großgrundbesitzes, Herr Konig. Der Herr betonte, daß er und seine Freunde die weitere Belastung des unbewachten Grundbesitzes ablehnen. Nur wenn es dem Großgrundbesitz gutgehe, gehe es auch den übrigen Bürgern gut. Ihm schlossen sich die Herren Pechner und Teichert an. Der letztere Herr zeichnet sich in letzter Zeit darin aus, daß er bei jeder Gelegenheit sich unsere Genossen aufs Korn nimmt und ihnen sowohl wie auch seinen eigenen Kollegen begründlich zu machen sucht, daß die Vertreter der dritten Abteilung im Innern ganz anders denken, das Parteiprogramm lasse sie indes nicht dementsprechend handeln. Die Genossen Fuhrmann, Franz und Raubmann parierten in der Debatte die Angriffe in geschickter Weise. Besonders Herrn Konig, dem Führer der alten Fraktion, mußte der berechtigte Vorwurf gemacht werden, daß er die wichtigsten Sitzungen geschwänzt habe und nunmehr die Öffentlichkeit benutze, um seine Person als Märtyrer hinzustellen. Die Besteuerung des unbewachten Grundbesitzes um das Doppelte des Bestandes wurde mit allen gegen die Stimmen der alten Fraktion angenommen. — Zur Frage der Erhöhung der Kanalisationsgebühren war eine ausführliche Vorlage vorhanden, so daß die Debatte gleich eröffnet wurde. Herr Pechner blies die Friedensschalme und machte den Versuch, eine Verständigung herbeizuführen, die Beitrags- und Gebührenfrage nochmals in einer Kommission an der Hand des vorliegenden Materials zu prüfen, er würde sich dann verbürgen, bei etwaiger Verständigung, daß alle Einprüche und Beschwerden zurückgezogen würden. Er hatte jetzt die Zeit für gekommen, daß Ruhe und Frieden in der Bürgerchaft einträte. Sein Fraktionskollege Teichert war nicht seiner Meinung; nicht der Hausbesitz könne diese Last allein tragen; auch die Allgemeinheit habe Nutzen von der Kanalisation und müsse daher die Kosten mit übernehmen. Unsere Genossen sahen sich wieder gezwungen, Herrn Teichert auf die gesetzlichen Bestimmungen hinzuweisen, wonach der Haus- und Grundbesitz allein für diese Kosten aufzukommen habe, denn durch Kanalisationseinrichtungen gewinne das Grundstück an Wert. Ferner verlangte derselbe Herr, daß Ratt der festgesetzten 50 M. Beiträge nur 25 M. erhoben werden sollen. Ebenso solle die Stundung nicht auf 12 Jahre, sondern auf 20 Jahre ausgedehnt werden. Die Gebühren dürften höchstens 8 Proz. betragen und nicht, wie verlangt, 6,8 Proz. Den übrig bleibenden Rest müsse man der Allgemeinheit auferlegen. Seine bürgerlichen Kollegen gingen auf dieses Angebot gar nicht ein, und die Abstimmung ergab, daß wieder mit Ausnahme der alten Fraktion

Inseratenteil detanto: Th. Gluck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

Der vorgelegte Antrag des Gemeindevorstandes Annahme fand. Es wurde noch eine Verständigungscommission gewählt, der u. a. die Genossen Frey und Fuhrmann angehören.

Reinickendorf.

Aus der Gemeindevertretung. Bei der Beratung des Etats der Armenverwaltung und Wohlfahrtspflege ersuchte Gen. Höppler, darauf hinzuwirken, daß den Kindern, denen warmes Frühstück in der Schule verabreicht wird, rechtzeitig mitgeteilt wird, daß und wann die Verabreichung ausfällt. Der Etat schließt in Einnahme mit 40 825 (33 000) M. und in Ausgabe mit 140 825 (131 000) M., so daß ein Rest von 106 000 (98 000) M. zu deden ist. Es entfallen sonach auf den Kopf der Bevölkerung an Armenlohn 2,65 M. Der Etat der Krankenhausverwaltung erfordert einen Aufschlag von 119 000 (103 000) M., der dem Krankenhausverband zu überweisen ist. Das Krankenhaus erfordert bei einer Einnahme von 249 200 (247 500) M. (inklusive eines Kreiszuschusses von 44 000 (38 000) Mark) und einer Ausgabe von 484 200 (433 500) M. einen Zuschuß von 215 000 (188 000) M., d. h. bei einer in den 4 Verbandsorten vorhandenen, der Berechnung zu Grunde zu legenden Bevölkerungsziffer von 71 282 Köpfen auf circa 3 M. pro Kopf. Die Etats der Friedhofverwaltung Einnahme und Ausgabe 14 000 (11 800) M., der Gärtnerverwaltung Einnahmen und Ausgaben 7000 (6600) Mark, sowie Schlachtvieh-, Fleischbeschau- und Freibahnverwaltung Einnahme und Ausgabe 30 000 (22 000) M., gleichen sich aus. Beim Etat der Straßen- und Wegverwaltung usw., der bei einer Einnahme von 47 000 (42 100) M. und einer Ausgabe von 237 000 (215 900) M. einen Zuschuß von 190 000 (173 200) M. erfordert, beantragte Genosse Höppler die von den Grundbesitzern zu erhebenden Straßenreinigungsgeldern auf das Doppelte zu erhöhen, da hierdurch der Gemeinde Einnahmen in Höhe von 21 000 M. zugeführt werden würden. Da die Reinigung der Straßen Mittel in Höhe von 71 000 M. beanspruchen, würden die Grundbesitzer dann immer noch erst etwa zur Hälfte zu den wirklichen Aufwendungen herangezogen. Es ist selbstverständlich, daß dieser Antrag in einer Korporation, die gewöhnlich zu zwei Dritteln aus Grundbesitzern zusammengesetzt ist, keine Annahme fand. Die Kanalisationsverwaltung balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 172 000 (145 500) Mark. Es sind zur Deckung der Ausgaben an Kanalisationsgebühren zu erheben 3 1/2 Proz. von dem auf 4 800 000 M. festgestellten Nutzungswert der an die Kanalisation angeschlossenen Grundstücke. Die Wasserwerkverwaltung wird bei einer Einnahme von 23 500 (201 000) M. und einer Ausgabe von 179 000 (170 500) M. einen Ueberschuss von 44 500 (80 500) M. bringen. Die Verwaltung des Industriegeländes erfordert noch immer einen Zuschuß von 21 000 (4000) M. bei einer Einnahme von 84 610 (82 200) M. und einer Ausgabe von 86 710 (86 200) M. Die Verzinsung, Amortisation und Verwaltung der Anleihen und Schulden in Höhe von 14 750 000 Mark erfordert Mittel in Höhe von 687 700 M. Die Ausgaben der Steuerverwaltung betragen 128 515 (117 000) M., einschließlich 120 000 (111 600) M. Kreissteuer, die an den Kreis in Form eines 24prozentigen Zuschusses zur Staatseinkommensteuer abzuführen sind. Es betragen sonach die Ueberschüsse einer Verwaltung 44 500 Mark, dagegen erfordern 12 Verwaltungen Zuschüsse in Höhe von 1 255 100 M., so daß 1 255 600 M. durch Steuern aufzubringen sind. Die Gemeindevertretung beschloß gegen die Stimmen unserer Genossen die Steuern wie folgt zu verteilen: direkte Steuern 140 (120) Proz. Zuschläge zur Staatseinkommensteuer: 378 100 (282 000) M., 140 Proz. Zuschläge zur fingierten Staatseinkommensteuer 109 200 (111 000) M., Gewerbesteuer 300 Proz. der staatlich veranlagten Beträge in der 1. und 2. Klasse, 200 Proz. in der 3. und 4. Klasse 75 000 (60 000) M. und 64 000 (84 500) M., 100 Proz. Zuschlag zur Betriebssteuer 4000 M., Grundsteuer 3 Proz. vom Wert der bebauten Grundstücke in Höhe von 88 Millionen Mark = 264 000 M. und 6 Proz. vom Wert der unbebauten Grundstücke im Werte von 54 Millionen Mark = 324 000 M., insgesamt 588 000 (520 500) M. An indirekten Steuern sollen bringen, die Wertsteuer 30 000 (29 000) M., die Liegenschaftsteuer 5000 (5000) Mark, die Wertwachsteuer 60 000 (80 000) M., die Grundstücks-umsatzsteuer 150 000 (150 000) M. und die Hundsteuer 27 850 (27 850) M. Die außerordentliche Verwaltung sieht zur Deckung dieser größerer Ausgaben die Aufnahme einer neuen Anleihe in Höhe von 1 300 000 M. vor. Der Gesamtetat schließt in Einnahme und Ausgabe mit einer Summe von 5 130 000 M. gegen 4 128 000 Mark im Vorjahre. Der Gesamtetat wurde gegen die Stimmen unserer Genossen angenommen.

Rotawald.

Freierhöhung im hiesigen Barbiergewerbe. Am Montag, abend tagte im Lätzerischen Lokal eine Versammlung der Gehilfen und Prinzipale des Barbiergewerbes, um neben den Fragen der Arbeitserhöhe am Ostermontag und des früheren Geschäftsklusses an Sonntagen auch über eine Freierhöhung zu beraten. Obwohl alle Prinzipale und Gehilfen eingeladen waren, hatten es viele doch vorgezogen, der Sitzung fernzubleiben. Beschlissen wurde, so wie am 2. Weihnachtstierstag auch am Ostermontag die Geschäfte geschlossen zu halten. — Abgelehnt wurde dagegen die von den Gehilfen und einigen Prinzipalen erhobene Forderung, den Geschäftsklüssen an den Sonntagen im Sommerhalbjahr auf 12 Uhr und im Winterhalbjahr auf 1 Uhr festzusetzen, trotzdem der anwesende Gauleiter des Verbandes der Friseurgehilfen nachwies, daß diese Einschränkung bereits seit Jahren in vielen Orten des Reiches zu allgemeiner Zufriedenheit durchgeführt ist. — Beschlissen wurde sodann nach längerer Debatte, vom 1. April ab den Preis für Einzelrasieren im Geschäft von 10 auf 15 Pf. zu erhöhen und auf die Abonnements im Geschäft und außerhalb desselben einen entsprechenden Aufschlag zu legen. Für Haarschneiden am Sonntag abend von 1 Uhr ab und am Sonntag sod außer der prozentualen Erhöhung ein Aufschlag von 10 Pf. erhoben werden. — Den Gehilfen wurde eine Lohnerhöhung für den Zeitpunkt in Aussicht gestellt, wo sich ein sicherer Ueberschuss über die mögliche Durchführung der beschlossenen Freierhöhung gewinnen lasse; dies könne vielleicht schon einen Monat später der Fall sein. — Die organisierte Arbeiterschaft wird es nicht verfehlen, daß die in sozialer Beziehung so wichtige Verkürzung der Sonntagsarbeit aus heillosen und egoistischen Gründen eine Ablehnung erfährt.

Cranienburg.

Gegen die beabsichtigte Sonderbesteuerung der Konsumvereine nahm eine leider nur mäßig besuchte Volksversammlung Stellung. Das Referat hierzu hielt Genosse Gärtler-Declin, dessen Ausführungen mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurden. Als Antwort auf die Konsumbesteuerung müsse ein massenhaftes Eintreten der Arbeiter in die Konsumvereine erfolgen. Diskussion über das Referat wurde nicht beliebt.

Briefkasten der Redaktion.

N. 23. 45. 1. Von Wuns wegen erhält der Schmelzwerker Leinweil Mitteilung, 2. In der Regel noch Müllräumung. — Staatsangehörigkeitsfrage. 1. In der Regel beides. 2. Der Standesbeamte ist zur Herausgabe verpflichtet. 3. Gen. J. Wolf, dort, Rechte. 6. 4. Keine. Nur die Befassung der Urkunden verursacht geringfügige Kosten. 5. Nein. — **Prohverf.** 1. Ja. 2. Nicht eingedrungen, wohl aber inwieweit beschuldigt, als dadurch der vorübergehende Unterhaltungsanspruch der Frau nicht oder nur zum Teil vom Obermann zu deden ist. — **T. 62.** Nein. — **W. 74.** 1. Der Vermieter ist verantwortlich, falls nicht im Mietvertrage etwas anderes bestimmt ist. 2. Das nach dem Geleß allerdings zustehende Aufrechnungsrecht ist in der Regel durch den Mietvertrag befristet. 3. In dies der Fall, dann kann, wenn Zahlung nach Aufforderung nicht erfolgt, Klage erhoben werden. — **W. 86.** 1. Ja. 2. Sie sind rechtlich forderungsrechtlich. 3. Etwa 7 M. pro Woche. — **S. 35.** Nein. Nach Zuteilung der Privatklagen können Sie durch Erklärung dem Gericht gegenüber Widerspruch erheben. — **A. 69.** Für das fest nach laufende Steuerjahre haben Sie keinen Anspruch auf Ermäßigung. — **T. 104.** 1. Magistrat sofort. 2. Polizeipräsidium. — **S. 100.** Ob alle, oder wie viele davon, dem Austritt berechnungsfähig haben, wissen wir nicht. Die Bestimmungen um solche Bewohnungsstellen auch gar nicht. — **R. 25.** Vermittelt am zuverlässigsten der Transportarbeiterverband, Engelshaus 15. — **S. 91.** Umgefahr 30 Grad. — **R. 59.** Erlauben Sie am besten beim Lehrer Jürgens. — **100. J. B. Paris.** 1. Erhalten in Düsseldorf. 2. Erlauben Sie dort.

Duchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.